

Nr. 24

Annabelle Gambe, Hartwig Hummel,
Ulrich Menzel, Birgit Wehrhöfer

**"Kampf der Kulturen" in den
internationalen Wirtschaftsbeziehungen?**

Februar 1998

ISSN-Nr. 0949-2267

Dieser Forschungsbericht enthält die überarbeitete Fassung des Endberichts für das Forschungsprojekt "Ethnisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und daraus resultierende Konflikte", das unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich Menzel an der TU Braunschweig durchgeführt wurde. Das Projekt wurde vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Rahmen des Projektverbunds Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen aus Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk gefördert.

Inhalt

1. Fragestellung, Konzeptualisierung und methodische Operationalisierung (Hartwig Hummel, Ulrich Menzel)	1
1.1 Die Fragestellung	1
1.2 Zum Konzept der Ethnisierung	3
1.3 Methodische Anlage	4
2. "Wirtschaftsblöcke"? Zur Ethnisierung der bilateralen Handelspolitik in den USA und Japan (Hartwig Hummel)	9
2.1 Problemstellung	9
2.2 Der politische Kontext des Handelskonflikts	10
2.2.1 Außenwirtschaftspolitik	10
2.2.2 Die asiatisch-pazifische Integration	14
2.3 Der Diskurs in den USA	16
2.3.1 Der Japan-Revisionismus als ethnisierender Diskurs	16
2.3.2 Die Bedeutung des Japan-Revisionismus im Diskurs der außenpolitischen Eliten - untersucht am Beispiel der Zeitschrift "Foreign Affairs"	19
2.4 Der Diskurs in Japan	22
2.4.1 Der neue Asianismus als ethnisierender Diskurs	22
2.4.2 Die Bedeutung des Neuen Asianismus im Diskurs der außenpolitischen Eliten - untersucht am Beispiel der Zeitschrift "Kokusai Mondai"	26
2.5 Ergebnis: Zur Bedeutung der Ethnisierung in der Handelspolitik	31
3. "Festung Europa"? Zur Ethnisierung der (Arbeits) Migrationspolitik in Europa an den Beispielen Frankreich und Deutschland (Birgit Wehrhöfer)	39
3.1 Problemstellung	39
3.2 Frankreich und Deutschland als Einwanderungsländer: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	40
3.3 "Fremdenfeindlichkeit". Rekonstruktion des idealtypischen ethnisierenden Diskurses	48
3.4 Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der Diskursanalyse	50
3.4.1 Der französische Migrationsdiskurs	50
3.4.2 Der deutsche Migrationsdiskurs	53
3.5 Fazit: Die "Festung Europa" als Resultat einer "neuen Ethnisierung"?	59

4. "Greater China"? Zur Ethnisierung des chinesischen Unternehmertums in Südostasien (Annabelle Gambe, Hartwig Hummel, Ulrich Menzel)	67
4.1 Problemstellung	67
4.2 Die Bedeutung des chinesischen Unternehmertums in Südostasien	69
4.2.1 Das "Bambus-Netzwerk": Charakteristika chinesischen Unternehmertums in Südostasien	69
4.2.2 Die Bedeutung chinesischen Kapitals in südostasiatischen Ökonomien	70
4.2.3 Chinesisches versus westliches Kapital in Südostasien	72
4.3 Das Szenario eines konflikthaften Aufeinandertreffens unvereinbarer Unternehmenslogiken	75
4.4 Die Bedeutung des Konfliktszenarios im Wirtschaftsdiskurs	77
4.5 Fazit	83
5. "Globalisierung" oder "Clash of Civilizations"? Vergleichende Auswertung der Fallstudien und friedenspolitische Bewertung (Hartwig Hummel, Ulrich Menzel)	85
5.1 Der Nachweis ethnisierender Tendenzen	85
5.2 Friedenspolitische Bewertung	90

1. Fragestellung, Konzeptualisierung und methodische Operationalisierung (Hartwig Hummel, Ulrich Menzel)

1.1 Die Fragestellung

In der Zeit des Kalten Krieges galt der vor allem sicherheits-politisch ausgetragene Ost-West-Konflikt als strukturbildender Grundkonflikt der internationalen Beziehungen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts herrscht Unsicherheit über die Frage, welches Strukturmuster in Zukunft die internationalen Beziehungen prägen wird, ob es überhaupt zur Herausbildung einer neuen strukturprägenden Konfliktformation kommt. Auf der einen Seite steht die Erwartung eines fortschreitenden Zivilisierungsprozesses¹ in den internationalen Beziehungen und die Hoffnung auf die "Eine Welt"², die auf das "Ende der Geschichte" folgt.³ Unterstellt wird hier die weltweite Anerkennung liberaler Ordnungsvorstellungen, also die endgültige Durchsetzung des Projekts der Moderne. Auf der anderen Seite lassen sich in der Welt nach dem Ost-West-Konflikt erneut geopolitische Bruchlinien und Fragmentierungen entdecken. Der Systemkonflikt des Kalten Krieges zwischen Demokratie und Marktwirtschaft vs. Diktatur und Planwirtschaft erscheint im Rückblick als Konflikt zwischen zwei Varianten der Moderne. Beide waren dem Fortschrittsglauben der Aufklärung verpflichtet, beide waren von der Vorstellung geprägt, daß am "Ende der Geschichte" bzw. nach der Weltrevolution sich eine einzige Weltordnung universal Geltung verschaffen werde. Dieser Fortschrittsglaube wird nun durch kulturrelativistische Denkweisen grundsätzlich in Frage gestellt. An die Stelle der universalistischen Entwicklungslogik der Moderne tritt der partikularistische Kulturrelativismus der Postmoderne. Wohl am prominentesten hat dies Samuel Huntington mit seiner These vom "clash of civilizations"⁴ formuliert.

Das Ende des Kalten Krieges bedeutete außerdem das Ende des globalen Wettrüstens. Dies scheint die Erkenntnis befördert zu haben, daß zumindest auf globaler Ebene internationale Kriege und Militärallianzen nicht mehr ihre frühere prägende Kraft ausüben können.⁵ Weltpolitisch strukturbildend könnte stattdessen, so eine andere weit verbreitete These, in Zukunft wirtschaftliche Fragen werden. Auf die Militarisierung der internationalen Beziehungen würde demnach deren Ökonomisierung folgen. Prägnant formuliert hat dies bereits in den 1980er Jahren Richard Rosecrance mit seiner These vom Sinnverlust militärischer Machtpolitik und vom Aufstieg der Handelsstaaten.⁶ Eine solche "Ökonomisierung" der Weltpolitik hat mehrere Konsequenzen für die Weltordnungsdebatte. Demzufolge würde sich der "clash of civilizations" als "clash of capitalisms" manifestieren, als konflikthafte Aufeinandertreffen unterschiedlicher ka-

¹ Senghaas (1995, 1997).

² Czempiel (1992), Commission on Global Governance (1995), Meyer (1996).

³ Fukuyama (1989, 1991).

⁴ Huntington (1993, 1996); vgl. dazu kritisch Menzel (1997).

⁵ Czempiel (1992).

⁶ Rosecrance (1987).

pitalistischer Wirtschaftsmodelle⁷ oder ökonomischer Entwicklungspfade⁸. Außerdem lassen sich unter dem Stichwort "Regionalisierung" nationalstaatenübergreifende, politisch-ökonomisch definierte Großregionen als zentrale Einheiten der "Neuen Weltordnung" begreifen.⁹ Auf die Konkurrenz der Unternehmen in einem nach liberalen Prinzipien organisierten Weltmarkt folgt die Konkurrenz der gegeneinander abgeschotteten Wirtschaftsblöcke, ein Szenario, das in den 1930er Jahren zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs gehörte.

In dem hier vorgestellten Forschungsprojekt wurden diese beiden, in der Regel getrennt voneinander behandelten, Diskussionsstränge der Weltordnungsdebatte, nämlich die Zweifel an der Moderne und die Ökonomisierung der Weltpolitik, miteinander verknüpft. Es galt, die Vermutung zu überprüfen, ob das weltpolitische Konfliktgeschehen zunehmend als "Ethnisierung" der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vor dem Hintergrund der ökonomischen Regionalisierung begriffen werden kann, und die sich daraus ergebenden friedenspolitischen Konsequenzen herauszuarbeiten. Zu diesem Zweck setzte sich das Forschungsprojekt in einem ersten Schritt mit dem Begriff der Ethnisierung auseinander. Diese Diskussion führte zum Vorschlag einer Kritik bzw. Dekonstruktion der Ethnisierung als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung angesichts der neuen Unübersichtlichkeit auch dieser Disziplin.

Des weiteren galt es, sich mit der Huntington-These kritisch auseinanderzusetzen, insbesondere auch der Frage nachzugehen, ob sie einen substantiellen Kern besitzt, der relevant ist für die Frage der Ethnisierung von Wirtschaftsbeziehungen. Ideologiekritisch war die Huntington-These daraufhin zu untersuchen, ob aus westlicher Sicht an die Stelle des alten Feindbilds "Ostblock" ein neues Feindbild "Konfuzianismus/Islam" gesetzt wird, das analog zu George Kennans Vorschlag von 1947 eine neue Form der "Eindämmung" verlangt¹⁰.

Die Dekonstruktion der Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen wurde in drei Fallstudien unternommen, die danach ausgewählt worden waren, denkbare Dimensionen von Ethnisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen möglichst breit abzudecken. Die ausgewählten Fallstudien betrafen erstens den Handelskonflikt zwischen den USA und Japan, zweitens die (Arbeits)Migrationspolitik in Europa an den Beispielen Frankreich und Deutschland und drittens den Umgang westlicher Unternehmen mit auslandschinesischen Unternehmensnetzwerken in Südostasien. Die Fallstudien wurden anschließend hinsichtlich der spezifi-

⁷ Populär wurden z.B. Albert (1992) oder Kotkin (1992). Auch der bereits klassische Sammelband von Katzenstein (1978) findet in diesem Zusammenhang wieder Beachtung, ebenso wie Max Webers Werke zur Religionssoziologie im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus (Weber 1921).

⁸ In der Entwicklungsländerforschung gewinnt die Überzeugung an Boden, daß es nicht nur ein allein gültiges Entwicklungsmodell gibt, sei es im modernisierungs- oder im dependenztheoretischen Sinne, sondern daß mehrere erfolgreiche Entwicklungsmodelle aus verschiedenen kulturellen Kontexten heraus entstehen können (westeuropäisch-nordamerikanisch, japanisch-koreanisch, chinesisch-südostasiatisch, vgl. Menzel 1994). In der gegenwärtigen Entwicklungspolitik ist insbesondere die Auseinandersetzung zwischen dem japanischen und dem angloamerikanischen Entwicklungsmodell virulent, vgl. World Bank (1993), Wade (1996).

⁹ vgl. Lorenz (1990), Lawrence (1991), Schott (1991), Anderson/Blackhurst (1993), Menzel (1995), Gamble/Payne (1996), Lawrence (1996), Lake (1997), Mansfield/Milner (1997).

¹⁰ Vgl. dazu Kennan (1947).

schen Ausprägung und Relevanz der Ethnisierung, des damit verbundenen Konfliktpotentials und der sich daraus ergebenden friedenspolitischen Konsequenzen vergleichend ausgewertet.

1.2 Zum Konzept der Ethnisierung

Der im Forschungsprojekt verwendete Begriff der Ethnisierung bedeutet, kulturelle Identitäten als wesentlichen politischen Orientierungsrahmen anzusehen, diese kulturellen Identitäten als transhistorisch vorgegebene, nicht weiter zu hinterfragende und praktisch unveränderbare Identitäten zu betrachten und ein Aufeinandertreffen grundsätzlich unvereinbarer kultureller Logiken zu unterstellen.¹¹ Ein solches Verständnis von Ethnisierung führt, wie Zalewski/Enloe schreiben, zwangsläufig zur Vorstellung einer "Anarchie der Ethnienwelt":

"...adversarial perception of identity arguably locks us into a vision of an anarchical international system tormented by an inevitable and unending conflict between the demands of national identity and the need for the global community in terms of solidarity and political co-existence."¹²

Der Kulturrelativismus im Sinne der geopolitischen, also auf die Elemente der Weltordnung bezogenen, Ethnisierung führt mithin die Vorstellungen des Realismus auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts fort. An die Stelle des Kampfes der Großmächte oder der Blockkonfrontation zwischen den beiden Supermächten tritt nun der "clash of civilizations" bzw. der Konflikt der Huntingtonschen "Kernmächte" solcher Zivilisationen. Für diejenigen, die sich an diesem Verständnis orientieren, können weltpolitische Konflikte nur bezüglich ihres Gewaltniveaus eingeeht, nicht jedoch überwunden werden, ist lediglich eine friedliche Koexistenz der Kulturen bzw. der kulturell geprägten Kapitalismen denkbar.

Im Rahmen der im Projekt geführten Diskussionen entstand als Alternative zum Kulturrelativismus das Konzept der "Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung".¹³ Damit ist gemeint, ethnische Identitäten für die neue Weltordnung zwar als Paradigmen ernstzunehmen, sie aber gleichzeitig zu dekonstruieren. Unter Bezug auf Benedict Andersons Konzept der "imagined communities"¹⁴ können solche ethnischen Identitäten als "Einbildungen" bzw. Konstrukte begriffen werden. Diese müssen deshalb ernst genommen werden, weil sie für die Beteiligten den politischen Handlungsrahmen definieren, weil sie festlegen, ob Frieden grundsätzlich vorstellbar ist oder nicht. Ethnische Identitäten sind demzufolge zwar durchaus handlungsrelevant, aber keine natürlich gegebenen, sondern historisch entstandene Phänomene und damit grundsätzlich und zumindest langfristig einer politischen Veränderbarkeit zugänglich. Wichtig ist deshalb herauszufinden, in welcher Situation ethnische Identitätsbildung stattfindet, auf welche soziopsychologischen Bedürfnisse und politisch-ökonomische Interessen sie Bezug nimmt und wer an diesem Konstruktionsprozeß in welcher Weise beteiligt ist.

¹¹ Hummel/Wehrhöfer (1996).

¹² Zalewski/Enloe (1995:287).

¹³ Hummel/Wehrhöfer (1996).

¹⁴ Anderson (1983).

Indem das Konzept der "Ethnisierung" auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen übertragen wird, stellt sich auch die Frage nach den Akteuren und den Handlungsebenen. Die alten Vorstellungen über zentrale Konfliktlinien, relevante Akteure und deren politischen Bezugsrahmen scheinen sich aufzulösen. Diese Akteure, gemäß den Prämissen des Neorealismus, auf homogen und rational ihre Interessen verfolgende Nationalstaaten und deren Handlungsebene auf "internationale" Beziehungen zu beschränken, wird der oben skizzierten Problematik der "Neuen Weltordnung" nicht mehr gerecht. Aber auch die bisher unterstellten Konfliktformationen¹⁵ zwischen **dem** "Westen", **dem** "Osten", **dem** "Süden" und **dem** "Norden" haben offenbar ihre Geltung verloren. Festgestellt werden das "Ende der Dritten Welt"¹⁶, das Ende des "Sozialismus"¹⁷ und das Zerschneiden der Einheit des Westens als Folge von Regionalisierung und Regionalismus. Konstatiert wurde eine gleichzeitige Globalisierung und Fragmentierung des Weltsystems.¹⁸

Das Forschungsprojekt ging daher nicht von den bisher üblichen Prämissen bezüglich der Akteure aus, sondern orientierte sich am Prozeß der Konstruktion neuer Akteure im Sinne geopolitischer Identitäten auf makroregionaler Ebene in Verbindung mit den sich herausbildenden Weltwirtschaftsregionen.¹⁹ Es geht dabei um eine politische Ökonomie der Neuen Weltordnung,²⁰ die verschiedene Handlungsebenen umfaßt, wobei neben die klassische Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen die supranationale Ebene im Sinne des "global governance" oder des "regional governance" und die transnationale Ebene im Sinne der Gesellschaftswelt treten.²¹

1.3 Methodische Anlage

Im Zentrum des empirischen Teils des Forschungsprojekts stand die Frage, ob sich ethnisierte Tendenzen im wirtschaftspolitischen Diskurs feststellen lassen und ob diese in der Lage sind, den Diskurs zu bestimmen, ob sie hegemonial werden. Könnte diese Frage positiv beantwortet werden, ließe sich daraus der Schluß ziehen, daß über den Diskurs auch Wirklichkeit geschaffen (konstruiert) wird, eine tatsächliche Ethnisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen somit angestoßen, mindestens aber legitimiert wird. Da es sich um ein für die Fachdisziplin unkonventionelles Thema und um eine eher ungewohnte Fragestellung handelt, sollte der Untersuchung in erster Linie eine induktiv-explorative Funktion zukommen. Sie wollte zunächst die angesprochene Problematik in möglichst großer Breite aufdecken und hofft, damit weitere Forschungen anzuregen.

In die methodische Anlage der Untersuchung flossen folgende Überlegungen ein:

¹⁵ Senghaas (1988).

¹⁶ Harris (1986), Menzel (1991).

¹⁷ Fukuyama (1989).

¹⁸ Zürn (1992), Senghaas (1993), Menzel (1998).

¹⁹ Diese Verknüpfung führten Hummel/Wehrhöfer (1996) in die Fachdiskussion ein.

²⁰ Cox (1981).

²¹ Czempiel (1992).

1. Die Ethnisierung des wirtschaftlichen Diskurses sollte möglichst konkret nachgewiesen werden. Daher war es unumgänglich, die Analyse auf ausgewählte Fallstudien zu konzentrieren. Ausgewählt wurden dazu drei Politikfelder, die jeweils einen zentralen Aspekt internationaler Wirtschaftsbeziehungen abdecken:

- (1) die Handelspolitik und damit den Warenhandel;
- (2) die Arbeitsmarktpolitik und damit die Mobilität von Arbeitskräften;
- (3) die Unternehmenspolitik und damit die Mobilität von Kapital.

Diese Politikfelder wurden in einem zweiten Schritt mit möglichen politischen Handlungsebenen kombiniert, wobei die klassische Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht mehr als einzig relevante Ebene angenommen wird. Diese Handlungsebenen sind:

- (1) die klassische zwischenstaatliche (internationale) Handelspolitik;
- (2) die supranationale, im Rahmen regionaler Integration stattfindende, Arbeitsmarktpolitik;
- (3) die transnationale, auch außerhalb des staatlichen Rahmens stattfindende, Unternehmenstätigkeit.

Schließlich sollten die Fallstudien auch geographisch breit gestreut sein und möglichst die drei großen Weltwirtschaftsregionen (Westeuropa, Nordamerika, Ost- und Südostasien) sowie deren Beziehungen untereinander abdecken. Diese Überlegungen und die daraus resultierenden Differenzierungen führten zu folgender Konkretisierung der drei Fallstudien:

- (1) Bilaterale Handelspolitik zwischen den USA und Japan;
- (2) Supranationale (Arbeits-)Migrationspolitik in der EU anhand der Beispiele Frankreich und Deutschland, die die beiden Pole im Spektrum der europäischen Migrationspolitik darstellen;
- (3) Transnationale Unternehmenskartelle der Überseechinesen in Südostasien und ihr Aufeinandertreffen mit westlichen Unternehmen in der Region.

Das methodische Vorgehen war also, um es noch einmal auf den Begriff zu bringen, von folgender Überlegung geleitet: Wir wollten zentrale Gegenstandsbereiche internationaler Wirtschaft, nämlich Handel, (Arbeits)migration und Unternehmenstätigkeit im Ausland untersuchen; wir wollten feststellen, ob es auf diesen Feldern Probleme gibt, z.B. als Folge von andauernden hohen Handelsbilanzungleichgewichten, als Folge von stark zunehmender Migration oder als Folge von erfolglosen unternehmerischen Tätigkeiten; wir wollten dann feststellen, wie diese Probleme publizistisch von den politischen Akteuren oder Betroffenen verarbeitet werden; wollten insbesondere feststellen, ob in diesen Diskursen ethnisierende Argumentationsmuster auftauchen und wenn ja, ob Sie dominant zu werden vermögen. Unterstellt wird, daß dominante ethnisierende Argumentationsmuster auch politikrelevant und politiklegitimierend wirken und damit konfliktträchtig sind.

2. Um Ethnisierung als soziales Konstrukt zu untersuchen, wurde die Methode der quantitativen und qualitativen Diskursanalyse angewendet. Diesem Vorgehen lag die Vermutung zugrunde, daß soziale Identitätsbildung als intersubjektive Sinnstiftung auf sprachlicher Vermittlung beruht. Diese sprachlichen Verständigungen sind einer empirischen Untersuchung in der Regel in der Form von Texten zugänglich. Im Projekt wurde davon ausgegangen, daß sich der Prozeß der Identitätsbildung besonders gut aus einschlägigen Diskursen rekonstruieren läßt, die in Zeitschriften stattfinden. Das erfordert allerdings die plausible Begründung, daß die

untersuchten Zeitschriften für eine jeweils zu spezifizierende Öffentlichkeit meinungsbildend bzw. repräsentativ sind.

Grundlage der Diskursanalyse waren:

- (1) die Kenntnis des historisch politischen Kontexts der zu untersuchenden Diskurse;
- (2) die Kenntnis der in der einschlägigen Literatur dargestellten oder aus ihr rekonstruierbaren ethnisierenden Argumentation zum jeweiligen Politikfeld, um sie im diesbezüglichen Zeitschriften-Diskurs identifizieren zu können.

Auch bei der Diskursanalyse wurde angestrebt, ein breites Spektrum möglicher "Öffentlichkeiten" zu erfassen. Die Zuordnung bot sich aus der Natur der Sache heraus folgendermaßen an:

- (1) Der Diskurs unter den politische Eliten in der Fallstudie zur Handelspolitik zwischen den USA und Japan, da es sich hier um eine ordnungspolitische Frage ersten Ranges handelt, die eng mit sicherheitspolitischen Fragen (Bündnis USA/Japan) verwoben ist, also zum Bereich der "high politics" zählt;
- (2) der an eine allgemeine Öffentlichkeit gerichtete Diskurs in der Fallstudie zur (Arbeits-) Migrationspolitik in Europa, da hier die Migration und deren Konsequenzen hinsichtlich des Arbeitsmarkts, der sozialen Sicherungssysteme etc. für breite Kreise der Bevölkerung von Relevanz sind, auf jeden Fall zu ihrem unmittelbaren Erfahrungsbereich gehören;
- (3) der Diskurs unter den wirtschaftlichen Eliten (Manager, Unternehmer) in der Fallstudie über Unternehmensnetzwerke der Überseechinesen in Südostasien und deren Aufeinandertreffen mit westlichen Unternehmen.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die einzelnen Fallstudien²² vorgestellt und vergleichend ausgewertet. Dabei wird jeweils erläutert, welche Zeitschriften schließlich für die Diskursanalyse ausgewählt wurden. Die Diskursanalyse umfaßt in allen Fallstudien aus Gründen der Vergleichbarkeit den Zeitraum 1985/86 bis 1996, wobei das Jahr 1985 mit dem Amtsantritt Gorbatschows als der Anfang vom Ende der alten und als Beginn der neuen Weltordnung angesehen werden kann.

²² Zu den einzelnen Fallstudien liegen folgende Forschungsberichte vor: Gambe, Annabelle: Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. TU Braunschweig. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, Nr. 14, November 1996. 145 S.; Hummel, Hartwig: "Japan Bashing". Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu Japan im politischen Diskurs der USA. TU Braunschweig. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, Nr. 16, Januar 1997. 68 S.; Wehrhöfer, Birgit: Der französische Migrationsdiskurs als Beitrag zur ethnischen Grenzziehung Europas. TU Braunschweig. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, Nr. 17, Februar 1997. 87 S.; Hummel, Hartwig: Der neue Asianismus. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu den USA im politischen Diskurs Japans. TU Braunschweig. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, Nr. 21, November 1997. 76 S.; Gambe, Annabelle: Competitive Collaboration: Western Liberal and Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. TU Braunschweig. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, Nr. 22, November 1997. 101 S.; Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. TU Braunschweig. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, Nr. 23, November 1997. 121 S.

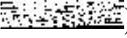
Literatur:

- Albert, Michel: *Kapitalismus Contra Kapitalismus*. Frankfurt a.M., New York, 1992.
- Anderson, Benedict: *Imagined Communities, Reflections on the Origin and the Spread of Nationalism*, London: Verso, 1983.
- Anderson, Kym/Blackhurst, Richard (eds.): *Regional Integration and the Global Trading System*. New York: St. Martins, 1993.
- Commission on Global Governance: *Our global Neighborhood: The Report of the Commission on Global Governance*. Oxford, New York: Oxford University Press, 1995.
- Cox, Robert W. *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*. In: *Millennium* 10(1981)2, S. 127-155.
- Czempiel, Ernst-Otto: *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost- West-Konflikts*. München: Beck, 1992.
- Fukuyama, Francis: *The End of History?*. In: *The National Interest*, (1989)summer. S. 3-18.
- Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press, 1991.
- Galtung, Johan: *Gewalt, Frieden und Friedensforschung*. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung*. Frankfurt, 1971. S. 55-104.
- Gamble, Andrew/Payne, Anthony (eds.): *Regionalism and World Order*. London: Macmillan, 1996.
- Harris, Nigel: *The End of the Third World. Newly Industrializing Countries and the Decline of an Ideology*. Harmondsworth: Penguin, 1986.
- Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit: *Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung*. In: *WeltTrends* Nr. 12 (1996). S. 7-34.
- Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations?*. In: *Foreign Affairs* 72(1993)3. S. 22-49.
- Huntington, Samuel P. (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster, 1996.
- Katzenstein, Peter J. (ed.): *Between Power and Plenty. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States*. Madison/WI: University of Wisconsin Press, 1978.
- Kennan, George F (=X): *The Sources of Soviet Conduct*. In: *Foreign Affairs* 25 (1947)4. S. 566-582.
- Kohler, Gernot: *Global Apartheid*. New York: Institute for World Orders, 1978.
- Kotkin, Joel: *Tribes: How Race, Religion, and Identity Determine Success in the New Global Economy*. New York: Random House, 1992.
- Lake, David A.: *Regional Relations. A Systemic Approach*. In: Lake, David A./Morgan, Patrick (eds.): *Regional Orders: Building Security in a New World*. College Park: Pennsylvania State University Press, 1997.
- Lawrence, Robert Z.: *Emerging Regional Arrangements: Building Blocs or Stumbling Blocs?* In: O'Brien, Richard (ed.): *Finance and the International Economy* 5. Oxford, 1991.
- Lawrence, Robert Z.: *Regionalism, Multilateralism, and Deeper Integration*. Washington/DC: Brookings Institution, 1996.

- Lorenz, Detlef: Regionale Entwicklungslinien in der Weltwirtschaft. Tendenzen zur Bildung von regionalen Wachstumspolen? In: Kantzenbach, Erhard/Mayer, Otto G. (Hrsg.): Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung und ihre Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland. Hamburg, 1990. S. 11-31.
- Mansfield, Edward D./Milner, Helen V. (eds.): The Political Economy of Regionalism. New York, Chichester: Columbia University Press, 1997.
- Menzel, Ulrich: Das Ende der "Dritten Welt" und das Scheitern der großen Theorie. Zur Soziologie einer Disziplin in auch selbstkritischer Absicht. In: Politische Vierteljahresschrift 23(1991)1. S. 4-33.
- Menzel, Ulrich: Nachholende Modernisierung in Ostasien aus entwicklungspolitischer Perspektive. In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 8: Ostasien und Ozeanien. Bonn: Dietz, 1994. S. 14-61.
- Menzel, Ulrich: The West Against the Rest: Samuel Huntingtons Rekonstruktion des Westens. In: Peripherie 17(1997)68. S. 61-80.
- Meyer, Berthold (Hrsg.): Eine Welt oder Chaos? Frankfurt a.M., 1996.
- Richmond, Anthony H.: Global Apartheid: Refugees, Racism, and the New World Order. Toronto: Oxford University Press, 1994.
- Rosecrance, Richard: Der neue Handelsstaat. Frankfurt a.M., 1987.
- Schott, Jeffrey J.: Trading Blocs and the World Trading System. In: World Economy, 14(1991)1. S. 1-17.
- Senghaas, Dieter: Konfliktformationen im Internationalen System. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1988.
- Senghaas, Dieter: Zwischen Globalisierung und Fragmentierung. Ein Beitrag zur Weltordnungsdebatte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 28(1993)1. S. 50-59.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.): Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1995.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.): Frieden machen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1997.
- Titus, Alexander: Unravelling Global Apartheid. An Overview of World Politics. Cambridge, 1996.
- Wade, Robert: Japan, the World Bank, and the Art of Paradigm Maintenance: The East Asian Miracle in Political Perspective. In: New Left Review (1996) 217, May.
- Weber, Max: Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. In: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I-III. Tübingen, 1921.
- World Bank: The East Asian Miracle. Economic Growth and Public Policy. Oxford: Oxford University Press, 1993.
- Zalewski, Marysia/Enloe, Cynthia: Questions about Identity in International Relations. In: Booth, Ken/Smith, Steve (eds.): International Relations Theory Today. University Park/PA: Pennsylvania State University Press, 1995. S. 278-305.
- Zürn, Michael: Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung. In: Leviathan, (1992)4. S. 490-513.

2. "Wirtschaftsblöcke"? Zur Ethnisierung der bilateralen Handelspolitik in den USA und Japan (Hartwig Hummel)

2.1 Problemstellung

Die Integration Japans in die von den USA ordnungspolitisch dominierte Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war angesichts der gemeinsamen Sicherheitsinteressen gegenüber dem Ostblock in beiden Ländern lange Zeit unumstritten. Die protektionistische Lobby in den USA ließ sich mit dem Hinweis auf die strategische Bedeutung der Sicherheitspartnerschaft mit Japan eindämmen. Umgekehrt wurde der kulturelle Nationalismus in Japan mit seiner Betonung der Einzigartigkeit Japans (Nihonjinron ) in der Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik nur sehr zurückhaltend vertreten.

In den 1980er Jahren wurde diese Gemeinsamkeit jedoch in beiden Ländern durch revisionistische Diskurse in Frage gestellt. Diese Diskurse betonen die kulturellen Unterschiede zwischen den USA bzw. dem Westen und Japan bzw. Asien und liefern damit eine mögliche Rechtfertigung für die Lockerung der transpazifischen Integration und für die Errichtung von Wirtschaftsblöcken. In den USA wurde dieser Revisionismus unter dem Begriff des "Japan bashing" bekannt. In Japan entwickelte sich ein neuer Asianismus, der an den alten Asianismus der Vorkriegszeit anknüpfte und über den isolationistischen "Nihonjinron"-Diskurs der 1950er-1970er Jahre hinausging. Die Art, wie die USA und Japan mit dem Handelskonflikt umgehen, spielt dabei nicht nur für die bilateralen Beziehungen eine wichtige Rolle, sondern kann auch als paradigmatisch für die Entwicklung des Weltwirtschaftssystems insgesamt angesehen werden. Immerhin handelt es sich um den bilateralen Handel der beiden mit Abstand größten Volkswirtschaften der Welt. Andererseits stehen die USA und Japan stellvertretend für den "Westen" und "Asien". Zwischen diesen Regionen scheint sich auch die Sollbruchstelle der liberalen Weltwirtschaftsordnung zu befinden, die Stelle, an der am ehesten das Auseinanderbrechen des GATT/WTO-Regimes und die Formierung miteinander konfligierender Wirtschaftsblöcke erwartet wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem Einfluß der revisionistischen Diskurse und damit nach dem Ausmaß der Ethnisierung in der bilateralen Handelspolitik zwischen Japan und den USA. In welcher Weise, unter welchen Umständen und zu welcher Zeit fanden revisionistische Argumente Eingang in den Diskurs der außenpolitischen Eliten, also derjenigen Personenkreise, die in den außenpolitischen Entscheidungsprozeß involviert sind bzw. die Entscheidungsträger beraten? Ist ein politisches Projekt zur Schaffung kulturalistisch - etwa im Sinne Huntingtons - begründeter Wirtschaftsregionen erkennbar? In zwei Teilstudien, die im Rahmen des Forschungsprojekts angefertigt wurden,²³ wurde der politische Kontext des Handelskonflikts beschrieben und wurden die beiden ethnischen Diskurse in der Form des Japan-Revisionismus in den USA bzw. des Neuen Asianismus in Japan behandelt. Dabei wurden für

²³ Hummel (1997a, 1997b).

die außenpolitischen Elitendiskurse in den USA bzw. Japan zwei führende repräsentative Zeitschriften, nämlich "Foreign Affairs" und "Kokusai Mondai" (= Internationale Probleme), quantitativ und qualitativ daraufhin ausgewertet, ob und ggf. inwieweit sich dort eine Ethnisierung der Diskurse erkennen läßt.

Folgende Fragen leiteten die Untersuchung der einschlägigen Beiträge zu den Zeitschriften an:

- | Welchen Stellenwert hat das Thema in Relation zu anderen Themen beider Zeitschriften?
- | In welchem politischen Kontext wird der Handelskonflikt behandelt? Zu denken wäre beispielsweise an eine Thematisierung als Problem des diplomatischen Managements der bilateralen Beziehungen, als Teil der Weltordnungsdebatte, als Element des Regionalisierungsprozesses oder als Reflexion der politischen Entwicklungen in den USA bzw. Japan.
- | Wie sieht die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Handelskonflikt aus? Finden revisionistische oder asianistische Argumente Beachtung oder werden sie gar übernommen?
- | Werden führende Vertreter des revisionistischen oder asianistischen Diskurses zitiert oder kommen sie gar selbst zu Wort?
- | Welches Bild Japans und der USA bzw. Asiens und des Westens liegt der jeweiligen Argumentation zugrunde?

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse der beiden Teilstudien zusammenfassend vorgestellt.

2.2 Der politische Kontext des Handelskonflikts

2.2.1 Außenwirtschaftspolitik

Im Vordergrund des Handelskonflikts zwischen Japan und den USA stand lange Zeit der Schutz verschiedener Branchen und Sektoren auf dem US-Binnenmarkt gegen die japanische Konkurrenz. Das Instrument waren vorzugsweise "freiwillige" Selbstbeschränkungsabkommen für japanische Exporte in die USA, die die japanische Regierung für die jeweils betroffenen japanischen Unternehmen aushandelte und dann praktisch umsetzte. Die korrespondierende Öffnung des japanischen Marktes für Importe aus den USA wurde demgegenüber unsystematisch und eher unverbindlich betrieben.

Mit der Aufwertung des US-Dollars Anfang der 1980er Jahren sah sich die amerikanische Industrie wachsendem internationalem Konkurrenzdruck ausgesetzt. Dies führte zum Arbeitsplatzverlust in traditionellen Industrieregionen, zu verstärkten Auslandsinvestitionen amerikanischer Firmen, zu einer Fusionswelle unter US-amerikanischen Unternehmen und zur Zunahme protektionistischer Stimmungen im Kongreß. Zu einem wichtigen Bezugspunkt der Debatte wurde das bilaterale Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber Japan (siehe Abbildung 2.1). Die Reagan-Administration präferierte in ihrer Handelspolitik zudem weniger die multilateralen Mechanismen des GATT, sondern eher regional begrenzte Freihandelsabkommen, so 1983 die Caribbean Basin Initiative, 1984 die US-Israel Free Trade Area und 1987 das US-Canada Free Trade Agreement.²⁴ In der ersten Hälfte der 1980er Jahre häuften sich im Kongreß Gesetzes-

²⁴ Pearson/Riedel (1990: 105).

initiativen, in denen weitere unilaterale Schritte zur Öffnung ausländischer Märkte und Maßnahmen zum Schutz der bedrängten US-Industrie gefordert wurden. Die Handelspolitik blieb auch in den Folgejahren ein zentrales Wahlkampfthema.

Seit Mitte der 1980er Jahre kam es zu einer grundlegenden Veränderung der politischen Ökonomie des Handelskonflikts. Im Plaza-Abkommen des Jahres 1985 erreichten die führenden Weltwirtschaftsländer eine Neubewertung ihrer Währungen, durch die der US-Dollar und das britische Pfund gegenüber dem Yen und anderen asiatischen und europäischen Währungen erheblich abgewertet wurde. Dies machte nicht nur Kapitalanlagen im Dollarraum für japanische Investoren interessant, sondern veranlaßte exportorientierte japanische Unternehmen auch zur teilweisen Verlagerung ihrer Produktion vom Standort Japan nach Nordamerika, Mexiko, in die Philippinen und andere Länder der Dollar-Zone, aber auch nach Ost- und Südostasien. Die verstärkte Präsenz japanischer Unternehmen und Investoren in den USA löste dort Überfremdungsängste aus und schürte antijapanische Stimmungen. Ein Aufschrei über den Ausverkauf nationaler Symbole ging beispielsweise durch die US-Presse, als im Herbst 1989 Sony die Leitung von Columbia Records übernahm, Mitsubishi Estate das Rockefeller Center in New York erwarb und ein Jahr später Matsushita bei MCA einstieg.

1985 änderte die US-Regierung ihre handelspolitische Strategie gegenüber Japan und reagierte damit nicht zuletzt auf die protektionistische Stimmung im Kongreß. Präsident Reagan setzte bereits 1984 eine "Task Force" für die Handelspolitik mit Japan unter Leitung von Vizepräsident Bush ein, die die Grundzüge der neuen Strategie entwarf.²⁵ Diese neue Strategie zielte im Gegensatz zur bisherigen Politik nicht primär auf den Schutz des US-Marktes, sondern auf die systematische Öffnung des japanischen Marktes. Dieses Politik wurde unter wechselnden Bezeichnungen verfolgt. 1985 begannen die Verhandlungen zunächst unter der Bezeichnung *Market Oriented Sector Specific* (MOSS) und konzentrierten sich auf die Branchen Telekommunikation, Elektronik, Holzprodukte, medizinische Geräte und Pharmazeutika. Die MOSS-Gespräche verliefen weitgehend ergebnislos. Dagegen konnten die US-Handelsdiplomaten in branchenspezifischen Einzelverhandlungen Erfolge erzielen. 1986 vereinbarte die US-Regierung mit der japanischen Regierung das Halbleiterabkommen, in dem die japanische Seite vertraulich die Erhöhung des ausländischen Marktanteils auf 20 Prozent binnen fünf Jahren versprach. 1988 willigte die japanische Regierung in die Öffnung des japanischen Marktes für Südfrüchte und Rindfleisch ein und stimmte der Beteiligung von US-Firmen beim Bau des Großflughafens in Osaka und bei der Entwicklung eines neuen japanischen Kampfflugzeugs zu. 1988 verabschiedete der Kongreß den Omnibus Trade and Competitiveness Act, der die "Super 301"-Bestimmung enthielt. Dieser Artikel verpflichtet die US-Regierung, die jeweiligen Haupthindernisse (bestimmte Handelspraktiken und bestimmte Länder) für einen freien Zugang zu ausländischen Märkten zu benennen. Die Benennung der Haupthindernisse für den freien Marktzugang durch den US-Handelsbeauftragten (USTR) hat zur Folge, daß in diesen Fällen Verhandlungen zur Beseitigung der Handelshemmnisse begonnen werden müssen. Haben die Verhandlungen nach einer festgelegten Frist zu keinem Ergebnis geführt, muß die Administration Handelssanktionen verhängen. Die US-Regierung stufte daraufhin im Mai 1989 Japan

²⁵ Dryden (1995) hat die Geschichte der US-Handelspolitik ausführlich dokumentiert.

gemäß Super 301 als unfairen Handelspartner in den Sektoren Holzprodukte, Supercomputer, Telekommunikation und Satelliten ein.²⁶ Zur Abwendung drohender Handelssanktionen der USA begannen beide Regierungen unter der Bezeichnung Structural Impediments Initiative (SII) Verhandlungen über den beiderseitigen Abbau struktureller Handelshemmnisse. Die US-Regierung forderte dabei von Japan öffentliche Infrastrukturausgaben zur Ankurbelung des Binnenmarktes, Änderungen des Einzelhandelsgesetzes in Japan und Antimonopolmaßnahmen gegen die mächtigen japanischen Konzerngruppen (Keiretsu). Die japanische Regierung verlangte die Verringerung des US-Haushaltsdefizits, die Verbesserung des US-Bildungssystems und höhere Spar- und Investitionsquoten in den USA. Die SII-Gespräche wurden durch Abkommen im April und Juni 1990 abgeschlossen, worauf die US-Regierung die Super-301-Bestimmung wieder außer Kraft setzte.

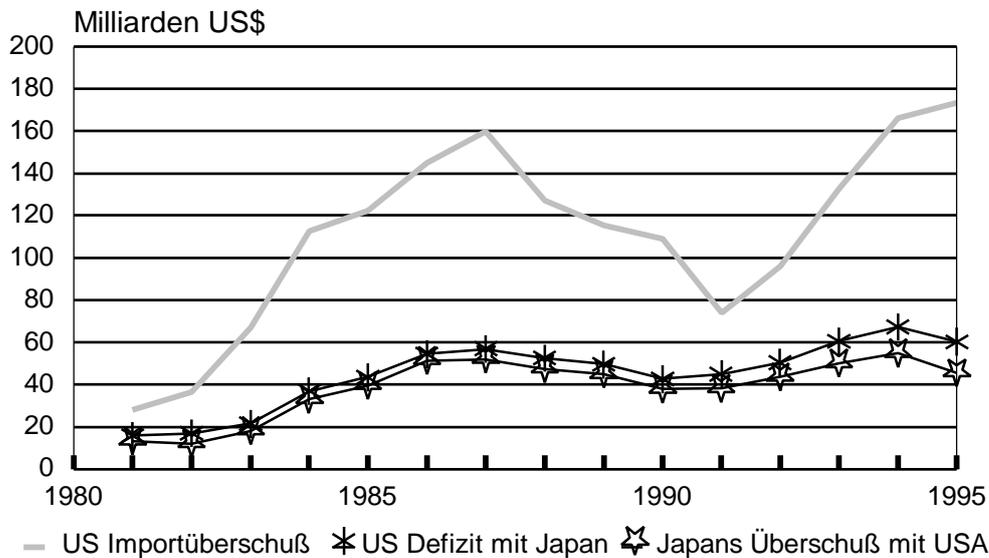
Das Handelsgesetz von 1988 kann als bisheriger Höhepunkt des Unilateralismus der USA angesehen werden. In der Folgezeit traten wieder regionale und internationale Handelsregime in den Vordergrund. Der demokratische Präsident Clinton konnte 1993 erfolgreich die Ratifizierung des NAFTA-Vertrags und des WTO-Abkommens im Kongreß durchsetzen. Auf dem ersten Gipfeltreffen der APEC im November 1993 in Seattle verständigten sich die USA mit den anderen APEC-Mitgliedern grundsätzlich darauf, im asiatisch-pazifischen Raum eine Freihandelszone einzurichten, deren konkrete Ausgestaltung späteren Treffen vorbehalten sein sollte. Handelskonflikte wurden unter der Clinton-Administration zum Teil zwar weiterhin bilateral ausgetragen, doch zeichnete sich gleichzeitig ein stärkere Neigung zur Einschaltung multilateraler Institutionen ab.

Im Sommer 1993 vereinbarten die Regierungen der USA und Japans Verhandlungen im Rahmen des "Framework for a New Economic Partnership", die sogenannten "Framework-Talks" über die Branchen Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile, medizinische Geräte, Telekommunikation, Versicherungen. Im Februar 1994 widersetzte sich der japanische Ministerpräsident Morihiro Hosokawa bei einem Gipfeltreffen mit Clinton offen den handelspolitischen Forderungen der USA, insbesondere der Forderung nach "objektiven Kriterien" bzw. "numerischen Quoten" für den ausländischen Marktanteil in Japan. Wenige Tage nach dem Scheitern der Verhandlungen verkündete die US-Regierung Sanktionen gegen japanische Mobiltelefone. Diese Maßnahme hing allerdings nicht unmittelbar mit den "Framework Talks" zusammen, sondern war Folge einer von der US-Regierung behaupteten Verletzung einer früheren Vereinbarung über den ausländischen Zugang auf diesem Markt in Japan. Im März 1994 setzte der US-Präsident die Super 301-Bestimmung wieder in Kraft. Durch eine Einigung in drei der vier umstrittenen Branchen konnten unmittelbar drohende Handelssanktionen im Herbst 1994 zunächst abgewendet werden. Um eine Einigung in der vierten Branche, Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile, zu erzwingen, drohte die US-Regierung im Frühjahr 1995 mit Sanktionen gegen den Import japanischer Luxus-PKW, zog diese Drohung aber im Juni 1995 in letzter Minute wieder zurück, ohne mehr als nur symbolische Zusagen Japans erreicht zu haben.²⁷

²⁶ Mastanduno (1992), Schoppa (1992).

²⁷ Bhagwati (1996).

Abbildung 2.1: Bilanz des bilateralen Warenhandels USA-Japan, 1981-1995



Quellen: Survey of Current Business (1995)6, S. 94, (1996)7, S. 78; Japan: Wirtschaft-Politik-Gesellschaft (1995)August, S. 407 (Daten des japanischen Finanzministeriums und der Bank of Japan); MITI: Tsûshô Hakushô (Weißbuch des Außenhandels) Heisei 8 nenpan, 1996, S. 19.

Die Marktöffnungspolitik der USA gegenüber Japan stellt im Grunde den Versuch dar, über die Drohung mit Handelssanktionen eine Strukturanpassungspolitik neoliberaler Prägung in Japan durchzusetzen. Liberalisierungswilligen japanischen Politikern waren die entsprechenden Initiativen der USA teilweise auch als "gaiatsu" (外圧), als "Druck von außen" willkommen, um die Strukturanpassung in Japan als Reaktion auf externe Zwänge zu rechtfertigen. Die japanische Regierung erkannte frühzeitig die Brisanz der neuen Politik und setzte unter Leitung des früheren Zentralbankpräsidenten Haruo Maekawa eine "Beratungskommission für die wirtschaftliche Strukturanpassung" ein. Diese legte 1986 den vielbeachteten ersten "Maekawa-Report" vor. Der Report bezeichnete die Exportüberschüsse Japans als bedenklich und empfahl einen Kurswechsel vom exportorientierten Wachstum zu stärkerer Binnenorientierung. Ein konkreter Aktionsplan zur Umsetzung dieses Vorhabens folgte im April 1987 mit dem zweiten "Maekawa-Report".²⁸ Die Debatte über Reformen des politischen und ökonomischen Systems in Japan setzte sich fort, wobei es nicht mehr nur um die Frage ging, wie Regierung und Ministerialbürokratie die Umgestaltung der japanischen Wirtschaft einleiten könnten, sondern ob sie sich überhaupt noch im bisherigen Ausmaß in die Ökonomie einmischen sollten. In dem Maß, wie der Reformprozeß in Japan an innenpolitischer Dynamik gewann, rückte die japanische Regierung von der gaiatsu-Strategie ab und begann, sich den handelspolitischen Forderungen der USA zu widersetzen. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Reformprozeß in Japan mit dem Regierungswechsel von 1993.

²⁸ Ernst/Hilpert/Laumer (1993: 73f).

2.2.2 Die asiatisch-pazifische Integration

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Idee einer regionalen Integration in Ost- und Südostasien unter Einschluß Japans lange Zeit diskreditiert. Statt dessen wurde Japan im Zuge des Ost-West-Konflikts fest in das von den USA dominierte Weltwirtschaftssystem eingebunden. Die US-Regierungen setzten die Aufnahme Japans in die entsprechenden Organisationen und Abkommen wie das Bretton-Woods-System, GATT oder die OECD gegen den teilweise heftigen Widerstand anderer westlicher Industrieländer durch. So konnte Japan 1952 dem Internationalen Währungsfonds und 1955 dem GATT beitreten. 1964 wurde Japan schließlich in die OECD aufgenommen und damit als vollwertiges westliches Industrieland anerkannt. Zu dieser Zeit war der Ferne Osten primär militärisch, nämlich als fernöstliche "Kommandoregion" in der globalen Kriegführungsstrategie der USA definiert. Ökonomisch hingegen galt die Region als "unterentwickelt" und durch koloniale bzw. blockinterne Verflechtungen geprägt. Japan jedoch akzeptierte diese Klassifizierungen für sich selber nicht, sondern sah sich in politischer, ökonomischer und kultureller Sicht von der Region isoliert.

In den frühen 1970er Jahren begann sich diese Situation zu ändern. China näherte sich mit dem Shanghai-Comunique von 1972 den USA an. Nach heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen setzte sich seit 1978 unter Führung von Deng Xiaoping auch eine wirtschaftspolitische Öffnungs- und Liberalisierungspolitik durch. Die ASEAN-Gruppe, 1967 zunächst als Allianz der südostasiatischen Staaten gegen die außen- und innenpolitische Bedrohung durch den Kommunismus gegründet, verlagerte den Schwerpunkt zunehmend auf die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Mitgliedsländern. Die japanische Regierung und die japanische Unternehmen nutzten dies als Chance, die ökonomische Präsenz in Südostasien und später auch in China erheblich auszubauen. Als Folge der Yen-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar von 1985 nahmen die japanischen Investitionen in der Region noch weiter zu. Strukturiert wird die Region inzwischen "durch eine Arbeitsteilung, die auf die japanische Ökonomie zugeschnitten ist."²⁹ Dabei gilt einigen Regierungen Japan nicht nur als Kapital- und Technologielieferant, sondern auch als Entwicklungsmodell.

Vor diesem Hintergrund wurden bereits in den 1960er Jahren verschiedene Ideen zur Institutionalisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration in der Region geboren. Erst 1980 gelang es in einer gemeinsamen Initiative der japanischen und der australischen Regierung, den halboffiziellen Pacific Economic Cooperation Council (PECC) als ersten institutionalisierten regionalen Gesprächsrahmen zu etablieren, an dem asiatisch-pazifische Länder, Japan und die USA teilnehmen.

Die Reagan-Administration erwog Mitte der 1980er Jahre zeitweise, das bilaterale Freihandelsabkommen mit Kanada um weitere Länder in der asiatisch-pazifischen Region zu erweitern. Dieses wurde von der japanischen Regierung als Strategie interpretiert, die Handelsbeziehungen der betreffenden Länder von Japan wegzulenken. Die vom japanischen Ministerpräsidenten Noboru Takeshita daraufhin 1988 eingesetzte "Sakamoto-Kommission" empfahl in ihrem Be-

²⁹ Menzel (1993:185).

richt die Schaffung eines asiatisch-pazifischen Wirtschaftsforums unter Einbeziehung der USA, um den Zerfall der Weltwirtschaft in konkurrierende Wirtschaftsblöcke zu verhindern.³⁰

Aus diplomatischer Rücksichtnahme wurde die japanische Regierung nicht selbst initiativ, sondern bewog die australische Regierung, offiziell im Januar 1989 die Gründung einer "Asia Pacific Economic Cooperation" (APEC) nach dem Vorbild der OECD vorzuschlagen. Bereits im November 1989 fand in Canberra die Gründungskonferenz der APEC statt, an der neben den ASEAN-Ländern Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea, die USA und Kanada teilnahmen. Die APEC entwickelte sich rasch. Beim APEC-Gipfel 1991 in Seoul wurden China, Taiwan und Hongkong als Mitglieder aufgenommen. Die APEC-Konferenz in Bangkok 1992 beschloß die Gründung eines Sekretariats in Singapur und setzte als Think Tank die "Eminent Persons Group" unter Leitung des US-Ökonomen C. Fred Bergsten ein. US-Präsident Clinton lud die Regierungschefs der APEC-Länder 1993 zu einem ersten informellen Gipfel nach Seattle ein. Die Teilnehmer erzielten dort einen Konsens über die Bildung einer "Asia Pacific Community". Außerdem wurden Mexiko und Papua-Neuguinea in die APEC aufgenommen. Der APEC-Gipfel in Bogor (Indonesien) im Jahre 1994 verabschiedete die Bogor-Deklaration und kündigte darin die Errichtung einer asiatisch-pazifischen Freihandelszone bis zum Jahre 2020 an. Chile wurde als vorerst letztes Neumitglied in die APEC aufgenommen.

APEC ist aber in der Region und auch in Japan beileibe nicht ganz unumstritten. Das prominenteste Gegenkonzept wurde im Dezember 1990 vom malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir vorgeschlagen. Er propagierte die Idee einer "East Asian Economic Grouping" (EAEG), die nur die asiatischen Länder, d.h. ASEAN, China, Südkorea und Japan, umfassen sollte. Dieser Vorschlag stieß sofort auf heftige Kritik der US-Regierung und wurde von den Regierungen Südkoreas und Japans sehr zurückhaltend aufgenommen. Mahathir änderte angesichts der Kritik den Namen in "East Asian Economic Caucus" (EAEC), womit eine eher informelle Vorabsprache (caucus) der asiatischen Länder innerhalb von APEC gemeint ist. Der EAEC-Vorschlag wurde zwar von den ASEAN-Ländern gebilligt, konnte bisher aber nicht in die Praxis umgesetzt werden. Die japanischen Politiker taten sich sehr schwer, auf den EAEC-Vorschlag überhaupt zu reagieren. Seit etwa 1993 zeichnete sich als offizielle Linie ab, daß die japanische Regierung EAEC als Untergruppe innerhalb von APEC akzeptiert, falls auch Australien und Neuseeland daran teilnehmen können und EAEC damit den exklusiven und rassistischen anti-westlichen Charakter verliert.

Vor diesem politischen Hintergrund spielt der Diskurs über den bilateralen Handelskonflikt zwischen den USA und Japan eine zentrale Rolle für die außenpolitische Orientierung der Eliten in beiden Ländern. Sehen sie sich als Teil einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung oder betreiben sie die Formierung von konkurrierenden Handelsblöcken auf der Basis von Kulturgemeinschaften? Zur Beantwortung dieser Frage wurde im Projekt zunächst der Eliten-Diskurs in den USA, anschließend sein Gegenstück in Japan untersucht.

³⁰ ausführlich zur Entwicklung des asiatisch-pazifischen Integrationsprozesses Funabashi (1995).

2.3 Der Diskurs in den USA

2.3.1 Der Japan-Revisionismus als ethnizierender Diskurs

Am 28.7.1985 erschien im "New York Times Magazine" ein von den angesehenen Journalisten Theodore H. White verfaßter Artikel mit der Überschrift "The Danger from Japan".³¹ Der Artikel erschien während der Senatsanhörungen für den von Präsident Reagan für das Amt des Amerikanischen Handelsbeauftragten nominierten Clayton Yeutter, von dem eine neue offensive Verhandlungsstrategie in der Handelsdiplomatie gegenüber Japan erwartet wurde. Dieser Artikel wird in der Literatur nahezu einhellig als Beginn des aktuellen Japan-Revisionismus in den USA genannt.³²

In dem Artikel erinnert White an die japanische Kapitulation am Ende des Zweiten Weltkriegs. Er spannt dann einen Bogen zur Handelsoffensive Japans gegenüber der US-Industrie, durch die Japan den militärisch verlorenen Krieg im Pazifik letztlich mit wirtschaftlichen Mitteln gewinnen wolle. Japan setze dazu auf staatliche Lenkung und aggressive Handelspraktiken und nütze die Ignoranz und Unfähigkeit der US-Politiker und Manager aus. Die US-Gesellschaft sei letztlich der japanischen überlegen, müsse aber gegen die japanische Offensive durch eine aktive staatliche Industriepolitik, gesellschaftliche Reformen und eine energische Handelspolitik verteidigt werden. Auch sicherheitspolitisch müßten die Fronten geklärt werden. Japan solle sich stärker am militärischen "burden-sharing" beteiligen, andernfalls müßten sich die USA aus dem Bündnis mit Japan zurückziehen.

Etwa fünf Jahre später, am 7. Mai 1990, veröffentlichte das politische Wochenmagazin "US News & World Report" einen Artikel mit der Überschrift "The Gang of Four Defends the Revisionist Line".³³ Im Vorwort der Redaktion zu diesem Artikel heißt es, eine "neue Generation" von Asienexperten diskutiere nicht mehr über Fairness, sondern über die Andersartigkeit Japans. Die führenden Japan-Revisionisten, die gemeinsam den Artikel verfaßt hatten, waren James Fallows, Chalmers Johnson, Clyde Prestowitz und Karel van Wolferen, die sogenannte "Viererbande".

Chalmers Johnson, Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten in Berkeley und später San Diego und nach seiner Emeritierung Leiter eines privaten Think Tanks, gilt als Vordenker des Revisionismus.³⁴ Karel van Wolferen, Wirtschaftsjournalist für die niederländische Zeitung NRC Handelsblad, war Vorsitzender des Foreign Correspondents' Club in Tokyo.³⁵ James Fallows, Journalist und Herausgeber der Zeitschriften "Washington Monthly" und "The

³¹ White (1985).

³² Miyoshi (1991:63), Dryden (1995:305-306), Frost (1987), Packard (1987:352).

³³ Fallows et al. (1990).

³⁴ seine wichtigsten Werke sind: Johnson, Chalmers: MITI and the Japanese Miracle. The Growth of Industrial Policy, 1925-1975. Stanford/CA: Stanford University Press, 1982 und Johnson, Chalmers: Japan: Who Governs? The Rise of the Developmental State. New York, London: W.W. Norton, 1995.

³⁵ Karel Van Wolferen wurde bekannt durch sein Buch "The Enigma of Japanese Power: People and Politics in a Stateless Nation", New York: Knopf, 1988, und seine Beiträge in Foreign Affairs: The Japan Problem, in: Foreign Affairs 65(1986)2, winter, 288-303; The Japan Problem Revisited, in: Foreign Affairs 69(1990)4, 42-55 und Japan's Non-Revolution, in: Foreign Affairs 72(1993)4, Sep-Oct, 54-65.

Atlantic Monthly", arbeitete als Hauptredenschreiber für den demokratischen Präsidenten Jimmy Carter und hat auch zur demokratischen Clinton-Administration enge Verbindungen.³⁶ Clyde Prestowitz war von 1983 bis 1986 im US Handelsministerium direkt an der Handelsdiplomatie mit Japan beteiligt. Nach seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst wurde er Präsident des Economic Strategy Institute in Washington, eines privaten, der US-Industrie nahestehenden Think Tanks.³⁷ Die genannten Autoren verbindet auch ein enges persönliches Netzwerk und sie bilden den Kern der revisionistischen Denkschule.

Der Artikel in "US News & World Report" stellt eine authentische Zusammenfassung der Kernargumente der Japan-Revisionisten dar. Sie bekennen sich zur Bezeichnung "Revisionisten" und lehnen den Ausdruck "Japan bashing" ab, der ihrer Ansicht nach ein rassistisches Vorurteil gegenüber Japan unterstelle. Die Autoren der "Viererbande" betonen in ihrem Artikel in "US News & World Report", daß sie ungeachtet ihrer unterschiedlicher Kontexte in sechs Punkten übereinstimmen:

1. Die unausgeglichene Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und den USA bedrohten die bilateralen politischen Beziehungen und das Weiterbestehen des Welthandelssystems, das auf die USA als Führungsmacht angewiesen sei. Besonders heben sie den Verlust industrieller Fertigung und Arbeitsplätze sowie den Verlust des technologischen Vorsprungs an Japan hervor.
2. Die bisherige Verhandlungsstrategie gegenüber Japan zur Beseitigung des Handelsungleichgewichts sei falsch und trage nur zur emotionalen Verhärtung der Positionen bei. Die US-Handelsdiplomatie gehe nämlich von einer falschen Konvergenzprämisse aus und erwarte die Verwestlichung Japans in Richtung auf eine konsumentenbestimmte, individualistische Gesellschaft.
3. Japan stelle aber ein Gesellschaftssystem dar, das von dem des Westens, damit meinen sie Nordamerika und Europa, grundsätzlich verschieden sei. Sie nennen vier Hauptunterschiede des "japanischen Systems" gegenüber dem westlichen System des "demokratischen Kapitalismus": die Bevorzugung der Unternehmen auf Kosten der Verbraucher bzw. des Massenwohlstands, die Förderung der wirtschaftlichen Konzentration, die Präferenz kollektiver, gesamtgesellschaftlicher Interessen vor Individualrechten und schließlich der geringe Stellenwert von ethnischen oder geschlechtsbezogenen Antidiskriminierungsmaßnahmen in Japan.
4. Der gesellschaftliche Wandel in Japan verändere den Kern des japanischen Systems nicht. Es sei robust und intern stabil. Es sei jedenfalls falsch, auf einen Wertewandel in Japan zu hoffen.
5. Die richtige Antwort auf das Handelsproblem stelle eine aktive Wirtschaftspolitik durch die US-Regierung dar, die bereits im Sinne von "managed trade" oder "industrial policy" Realität sei. Es sei falsch, aktive staatliche Wirtschaftspolitik zu tabuisieren.

³⁶ Die wichtigsten Beiträge von James Fallows sind: "Containing Japan", in: The Atlantic (1989)May: 40-54; "Getting along with Japan", in: Atlantic Monthly (1989) December, No. 264: 53-64; "More Like Us. Making America Great Again." Boston: Houghton Mifflin, 1989 und "Looking at the Sun: The Rise of the New East Asian Economic and Political System." New York: Pantheon, 1994.

³⁷ vgl. Clyde Prestowitz: Trading Places. How We Are Giving Our Future to Japan and How to Reclaim It. New York: Basic Books, 1988.

6. Um eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik durchsetzen zu können, müsse in den USA eine Diskussion über nationale Interessen geführt werden, denen Partikularinteressen und Lobbyismus unterzuordnen seien.

Die Revisionisten grenzen sich hier wie in vielen anderen Stellungnahmen gegen die "Fairness"-Denkschule ab. Bei der Forderung nach "fair trade" bzw. "level playing fields" gehe es vordergründig um die Gleichbehandlung, nämlich die Nichtdiskriminierung von US-Unternehmen in Japan gegenüber einheimischen Firmen. Impliziert sei damit nach Ansicht der Revisionisten eine Angleichungspolitik gegenüber der japanischen Gesellschaft, die so werden solle wie die US-amerikanische, sowie ein Verzicht auf wettbewerbsverzerrende staatliche Eingriffe und Industriepolitik. Demgegenüber fordern die Revisionisten, daß sich die USA auf die eigenen Werte besinnen und eine nationale Industriepolitik verfolgen müßten.

Wichtig ist allerdings, daß sich der revisionistische Diskurs nicht in erster Linie an den kulturellen Merkmalen der japanischen Gesellschaft abarbeitet. Die in Japan und unter Japanologen verbreitete Debatte über das Wesen der japanischen Kultur und Gesellschaft (Nihonjinron) steht bei den Revisionisten nicht im Vordergrund. Vielmehr bezieht sich der revisionistische Diskurs in erster Linie auf das politisch-ökonomische System. Japan gilt ordnungspolitisch als ein grundsätzlich anderes System ähnlich wie die Sowjetunion während des Kalten Krieges. Der Handelskonflikt zwischen den USA und Japan wird somit als regelrechter Systemkonflikt gedeutet. Diese Argumentation ist Teil eines allgemeineren Diskurses über verschiedene konfliktthaft aufeinandertreffende Kapitalismus-Typen.³⁸

Der Japan-Revisionismus in den USA weist außerdem Parallelen zu Huntingtons These vom "Clash of Civilizations" auf.³⁹ Darauf deutet insbesondere die Neigung revisionistischer Autoren hin, den "Westen" "Japan" bzw. "Ostasien" gegenüberzustellen, ähnlich wie es Huntington mit seinen Kulturkreisen tut. Alternative geopolitische Identitäten wie der Rekurs auf die alten "Achsenmächte" Japan und Deutschland, die den Alliierten gegenüberstehen, oder die Dichotomie zwischen angloamerikanischem Liberalismus und kontinentaleuropäisch-japanischem Merkantilismus konnten sich dagegen nicht durchsetzen. An der Konstruktion geopolitischer, großkultureller Identitäten sind führende Revisionisten jedenfalls aktiv beteiligt. Den Westen als Zusammenführung von Westeuropa und Nordamerika strebt Clyde Prestowitz an, wenn er für die Gründung einer "Trans Atlantic Free Trade Area" (TAFTA) plädiert. An der Konstruktion Ostasiens als Gegenpart des Westens versucht sich James Fallows in seinem Buch "Looking at the Sun. The Rise of the New East Asian Economic and Political System".⁴⁰

Nachdem laut Meinungsumfragen die US-amerikanische Öffentlichkeit Japan noch bis Mitte der 1980er Jahre sehr positiv eingeschätzt hatte, deutete sich in der amerikanischen Öffentlichkeit unter dem Eindruck des Japan-Revisionismus eine Veränderung an. Mit dem Verblässen des Ost-West-Konflikts zeigt sich Japan in Meinungsumfragen zunehmend als Bedrohung für die USA. So berichtete "Business Week" am 7.8.89 im vielzitierten Artikel "Rethinking Japan", daß 68 Prozent der befragten US-Amerikaner die wirtschaftliche Bedrohung durch Japan für

³⁸ vgl. Albert (1992), Thurow (1992).

³⁹ Huntington (1993).

⁴⁰ Fallows (1994).

eine größere Gefahr hielten als die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion. Übereinstimmend wird aber in der einschlägigen Literatur darauf verwiesen, daß entgegen dieses sensationell anmutenden Umfrageergebnisses trotzdem eine Mehrheit der Bevölkerung die bilateralen Beziehungen im Grunde als freundschaftlich betrachte.⁴¹

Somit ist zwar der Einfluß des Japan-Revisionismus auf die öffentliche Meinung belegbar. Unklar bleibt aber die relative Bedeutung des revisionistischen Diskurses für die Meinungsbildung der politischen Elite in den USA. Auch Chalmers Johnson ist sich in dieser Frage unschlüssig:

"In retrospect, I believe that the work of the revisionists - the books and articles by Karel van Wolferen, Glenn Fukushima, James Fallows, Pat Choate, Marie Anghoduguy, Michael Crichton, Clyde Prestowitz, and me, among others - was important in accelerating a shift in U.S. attention to the Pacific. But the long-range success of this effort, particularly at the American official level, remains in doubt."⁴²

Die anschließende Untersuchung ging anhand der Veröffentlichungen in der Zeitschrift "Foreign Affairs" dieser Frage weiter nach.

2.3.2 Die Bedeutung des Japan-Revisionismus im Diskurs der außenpolitischen Eliten - untersucht am Beispiel der Zeitschrift "Foreign Affairs"

Als repräsentativ für die Meinungsbildung in der außenpolitischen Elite in den USA wurde die Zeitschrift "Foreign Affairs" ausgewählt. Sie wird seit 1922 vom "Council on Foreign Relations" herausgegeben und gilt als eine der auflagenstärksten und einflußreichsten politischen Zeitschriften in den USA. "Foreign Affairs" versteht sich als überparteilich und bemüht sich, die Meinungsbildung der politischen Elite in den USA in ihrer ganzen Breite zu erfassen. Die Zeitschrift publizierte so bahnbrechende Beiträge wie George Kennans Forderung von 1947, die Expansion der Sowjetunion einzudämmen, das Plädoyer von US-Präsident Richard Nixon für freundschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China oder den Artikel von Samuel Huntington über den bevorstehenden "Clash of Civilizations" nach dem Ende des Kalten Krieges.

In der Fallstudie wurden zunächst alle einschlägigen Artikel über den Zeitraum von 1980 bis 1996 erfaßt und ausgewertet. Später konnte der Untersuchungszeitraum weiter eingegrenzt werden und umfaßt jetzt nur noch die zwölf Jahrgänge ab 1985. Dafür sprachen verschiedene Gründe. Zum einen verlagerte sich 1985 die Strategie der US-Handelspolitik weg von protektionistischen Maßnahmen zum Schutz des US-Marktes hin zur offensiven Forderung nach Marktöffnung in Japan, was mit einem deutlich wahrnehmbaren Wandel des öffentlichen Diskurses einherging. Zum zweiten markierte das Jahr 1985 auch die grundsätzliche Veränderung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen der Beziehungen zwischen den USA und Japan (Plaza-Abkommen, Einfluß Gorbatschows). Schließlich wurde damit die Vergleichbarkeit mit der im nächsten Abschnitt vorgestellten Teilstudie zum japanischen Diskurs verbessert.

⁴¹ Benjamin/Yager (1993), Ó Tuathail (1993), Otte/Grimes (1993).

⁴² Johnson (1995:102).

"Foreign Affairs" erschien 1985 bis 1993 mit fünf und 1994 bis 1996 mit sechs Heften pro Jahr. Daß die Heftzahl pro Jahr und der Seitenumfang pro Heft erweitert wurden, weist auf eine Belebung der außenpolitischen Debatte in den USA hin. In diesem Zeitraum erschienen in "Foreign Affairs" insgesamt 646 Artikel und Essays (außer Leserbriefen, Buchrezensionen und Kurzkomentaren). Durchschnittlich ein Fünftel der Artikel behandelt sicherheitspolitische Themen, ein weiteres Fünftel wirtschaftliche Themen. Der Anteil der Artikel aus der Kategorie "Politik/Zeitgeschichte" nimmt über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg tendenziell ab, der Anteil der Kategorie "Wirtschaft" hingegen tendenziell zu. Der Anteil der sicherheitspolitischen Artikel schwankt zwar recht deutlich von Jahr zu Jahr, weist aber über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet eine gleichbleibende Tendenz auf.

Das Ende des Kalten Krieges und damit der Bedeutungsverlust der nuklearen Abschreckung, der Rüstungskontrollpolitik und der Ost-West-Stellvertreterkriege ließ eigentlich eine abnehmende Relevanz sicherheitspolitischer Fragen in der außenpolitischen Diskussion der Eliten erwarten. Bei näherer Betrachtung der behandelten Themen zeigt sich jedoch, daß stattdessen seitdem Regionalkonflikte und die Interventionsproblematik die sicherheitspolitische Debatte beleben. Beiträge aus der Kategorie "Kultur" machen in allen Jahren außer 1993 deutlich weniger als ein Zehntel der Beiträge aus. Eine Ausnahme ist das Jahr 1993, als Samuel Huntingtons Aufsatz "Clash of Civilizations" eine lebhafte Debatte auslöste.

Schwerpunktmäßig mit Japan haben sich im Untersuchungszeitraum nur 26 Artikel befaßt. Allerdings zeigt sich hier und noch deutlicher bei der Rubrik "Asienbezogene Artikel" insgesamt eine deutlich zunehmende Tendenz. Einen einmaligen hohen Anteil erreichten Asien- bzw. Japanbezogene Artikel im Jahr 1991. Hintergrund dafür war die Debatte über eine Neuordnung der Beziehungen der USA zu Asien angesichts des Endes des Kalten Krieges, eine Debatte, die durch den 50. Gedenktag an den japanischen Überfall auf Pearl Harbor und den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg besonders stimuliert wurde. Die geringe Zahl der Artikel mit Schwerpunkt Japan deutet zunächst nicht auf eine besonders starke, sondern nur eine zeitweise bedeutsame Relevanz des Japan-Revisionismus für die außenpolitische Debatte in den USA hin. Die inhaltliche Analyse der Beiträge in "Foreign Affairs" zeigte allerdings, daß eine Auseinandersetzung mit dem Japan-Revisionismus nicht nur in japanspezifischen Artikeln, sondern durchaus auch in allgemeinen wirtschaftspolitischen, kulturellen oder auf die gesamte Region Asien-Pazifik bezogenen Artikeln stattfindet. In die qualitative Auswertung des Diskurses wurden schließlich 55 einschlägige Texte einbezogen.

Die Analyse der Beiträge in "Foreign Affairs" belegt, daß revisionistisches Denken im außenpolitischen Diskurs der US-Eliten durchaus relevant wurde. Die Kenntnis der wichtigen Texte und der Hauptautoren des Revisionismus ermöglicht auch die Entdeckung weniger offensichtlicher revisionistischer Argumente. Bemerkenswert ist, daß alle identifizierten zentralen Texte des revisionistischen Diskurses der "Foreign Affairs" explizit oder implizit rezipiert wurden. Besondere Prominenz erhielt der Japan-Revisionismus in der zweiten Hälfte der 1980er und Anfang der 1990er Jahre jeweils in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit einer aktuellen Zuspitzung des Handelskonflikts. Mit Karel van Wolferen und, wenn auch nur mit sicherheitspolitischen Artikeln, Chalmers Johnson kamen zwei führende Revisionisten in Foreign Affairs selbst zu Wort. Der parallele ethnisierende Diskurs in Japan, der dortige "neue Asianis-

mus" (siehe unten), wurde dagegen so gut wie nicht wahrgenommen. Immerhin war mit Sakakibara einer der Hauptprotagonisten dieses Diskurses mit einem eigenen Beitrag in "Foreign Affairs" vertreten.⁴³

Daß sich "Foreign Affairs" mit revisionistischen Argumenten und Autoren auseinandersetzt, trägt dazu bei, dem Japan-Revisionismus Aufmerksamkeit und Anerkennung innerhalb der politischen Eliten in den USA zu verschaffen. Der revisionistische Diskurs bleibt in "Foreign Affairs" aber trotz aller Aufmerksamkeit eine Außenseiterposition. Entscheidend ist, daß die Auseinandersetzung mit revisionistischen Argumenten in der Regel begleitet wird von Warnungen vor einem zu großen politischen Einfluß des Revisionismus. Im Tenor der Beiträge wird die vom Revisionismus geforderte Isolation Japans oder Abschottung der USA nicht ernsthaft aufgegriffen. Die revisionistischen Beiträge bleiben somit eingebettet in einen Diskurskontext, in dem die Hegemonie des internationalistischen und liberalen Paradigmas innerhalb der außenpolitischen Elite der USA deutlich wird. Revisionistische Beiträge stammen außerdem überwiegend von Journalisten, teilweise von Wissenschaftlern, nie jedoch von prominenten Politikern. Führende Politiker oder Diplomaten, am prominentesten der damalige Außenminister Baker, betonen in ihren Artikeln durchgehend die Bedeutung des Bündnisses zwischen den USA und Japan und die Einbettung der bilateralen Beziehungen in eine pazifische Gemeinschaft. Die Präsenz des Japan-Revisionismus in "Foreign Affairs" steht zudem in allen Fällen in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit aktuellen Handelskonflikten. Dies läßt vermuten, daß der Japan-Revisionismus zwar nicht zu einem hegemonialen Paradigma wird, sich jedoch punktuell für die Legitimierung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Öffentlichkeit eignet.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum wird eine bemerkenswerte Ausweitung des revisionistischen Diskurses sichtbar. Die zunächst auf das bilaterale Verhältnis konzentrierte Debatte scheint sich immer mehr zu einer Asien- bzw. Großkulturdebatte auszuweiten. Ihr Ausgang ist derzeit nicht absehbar. Japan wird manchmal als Teil des Westens im Sinne der westlichen Industrieländer verstanden, manchmal als Teil einer entstehenden transpazifischen Gemeinschaft, manchmal als Teil (Ost)Asiens und manchmal als isolierte Kultur. Diese geopolitische Identifizierung Japans ist durchaus nicht belanglos, denn sie impliziert eine jeweils unterschiedliche politische Behandlung Japans: entweder als Juniorpartner bei der "global governance" in der Neuen Weltordnung bzw. als Verbündeter bei der asiatisch-pazifischen Integration oder als einzudämmender Gegner und Konkurrent in der drohenden Auseinandersetzung der Kulturen. Schnell wurde innerhalb der US-Elite aber klar, daß der Japan-Revisionismus schwer zu steuern ist und leicht eine Eigendynamik entwickeln kann, die übergeordnete Interessen, wie z.B. die sicherheitspolitische Zusammenarbeit oder die gemeinsame Handhabung globaler Probleme, ernsthaft gefährden könnte. Chalmers Johnson trat bereits vehement für eine Beendigung des Militärbündnisses mit Japan und einen Rückzug der US-Truppen aus Ostasien ein. Mit der Zeit wurden daher Bemühungen unternommen, den Revisionismus einzudämmen und zu begrenzen. Davon zeugt die Relativierung revisionistischer Beiträge in "Foreign Affairs" durch Gegenbeiträge, in denen die revisionistischen Argumente kritisiert werden.

⁴³ Sakakibara, Eisuke: The End of Progressivism. In: Foreign Affairs 74(1995)5, Sep-Oct. S. 8-14.

In der Zeit einer neuen geopolitischen Identitätsbildung stellt der Japan-Revisionismus aber mehr als nur einen Ausdruck des Wirtschaftsnationalismus der USA dar. Es geht ihm um die Gegenüberstellung Japans mit dem "Westen". Damit bereitet der Japan-Revisionismus den geistigen Boden für die Huntingtonsche These vom zukünftigen Kampf der Kulturen. Die revisionistische Argumentation führt nämlich konsequenterweise zur Stärkung des "Atlantizismus" und zur Forderung nach einer Integration des Westens, das heißt Nordamerikas und (West)Europas, zu einer atlantischen Union und zur Ablehnung der Idee einer asiatisch-pazifischen Gemeinschaft.

2.4 Der Diskurs in Japan

2.4.1 Der neue Asianismus als ethnischer Diskurs

In der zweiten Teilstudie zum japanischen außenpolitischen Diskurs ging es um die Auseinandersetzung mit dem Japan-Revisionismus in den USA, aber zusätzlich auch um die Auseinandersetzung mit dem in den USA kaum bekannten "Neuen Asianismus" (ajiashugi, アジア主義), dem ethnischen Diskurs in Japan als Folge des Handelskonflikts zwischen beiden Ländern. Während sich der revisionistische Diskurs in den USA bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in der öffentlichen Debatte bemerkbar machte, fand der Neue Asianismus in Japan erst mit dem 1989 erschienenen Buch über "Das Japan, das 'Nein' sagen kann" von Akio Morita und Shintarô Ishihara breite öffentliche Beachtung. Angesichts dieser zeitlichen Abfolge könnte der japanische Asianismus auf den ersten Blick als verspätete emotionale Gegenreaktion auf das amerikanische "Japan bashing" gedeutet werden. Gegen eine simple Aktions-Reaktions-Interpretation spricht aber, daß es auch einen vom "Japan bashing" unabhängigen Diskurskontext gibt, der Neue Asianismus in Japan deshalb auch ohne den Stimulus des "Japan bashing" hätte entstehen können.

Anlässe für den neuen Diskurs bilden vor allem zwei spezifische Herausforderungen für die politische Ökonomie Japans, die der Neue Asianismus zu verarbeiten sucht: Erstens bezieht sich der Diskurs auf die im vorigen Kapitel geschilderte offensive US-Handelsdiplomatie und setzt der Forderung nach Deregulierung und Privatisierung, nach Angleichung an das US-System, die Notwendigkeit der Gemeinschaftsorientierung und einer durch eine weitsichtige Staatsbürokratie gelenkten Entwicklung entgegen. Es überrascht daher nicht, daß wichtige Vertreter des revisionistischen Diskurses in Japan eng mit der attackierten japanischen Bürokratie verbunden sind. Zweitens bezieht sich der Diskurs auf die seit dem Plaza-Abkommen beschleunigte Verflechtung der japanischen Ökonomie mit den Ländern Ost- und Südostasiens, die als Produktionsstandorte, aber zunehmend auch als Absatzgebiete für japanische Unternehmen interessant werden. Dies trug dazu bei, die geopolitische Identität Japans weniger in Kategorien japanischer Einzigartigkeit, sondern eher als Teil einer asiatischen Kulturgemeinschaft neu zu bestimmen.

Unter Begriffen wie "Neuer Asianismus", "Asia Firsters", "Reasianisten" oder "Kulturrelativisten"⁴⁴ werden Beiträge verschiedener japanischer Autoren zusammengefaßt, die sich nicht unbedingt als gemeinsame Gruppe oder gar als Denkschule verstehen und sich nur teilweise aufeinander beziehen. Dennoch zeichnen sich diese Beiträge durch einen Satz von Prämissen und Argumenten aus, auf die implizit oder explizit, mehr oder weniger offen, immer wieder Bezug genommen wird. Wie weiter unten anhand der Hauptbeiträge zu diesem Diskurs noch detailliert aufgezeigt wird, ist die wichtigste Prämisse die, den Handelskonflikt zwischen Japan und den USA als Ausdruck kultureller Unterschiede zwischen dem "Westen" und "Asien" zu thematisieren. Beide Kulturkreise werden nur vage definiert, doch gehören zu Asien jedenfalls die wegen ihrer Gemeinschaftsorientierung als wirtschaftlich erfolgreich und sozial stabil betrachteten Länder Ost- und Südostasiens, während der Westen aus individualistisch-rationalen Gesellschaften zu bestehen scheint, die sich zwar erfolgreich modernisieren konnten, in denen neuerdings jedoch rücksichtsloses Profitinteresse um sich greift und soziale Bindungen zerfallen. Es herrscht die Erwartung vor, daß Asien die Zukunft gehört und Japan nicht nur Entwicklungsvorbild und damit natürlicher Führer Asiens wird bzw. bleibt, sondern sogar den Prototyp einer Gesellschaft repräsentiert, die die kritisierte westliche Moderne überwindet. Im 21. Jahrhundert sei der europäische Kolonialismus genauso überholt wie die auf den Ost-West-Konflikt gegründete Vormachtstellung der USA. Außerdem richtet der Asianismus seine Kritik nicht nur gegen den auf den alten Privilegien beharrenden Westen, sondern auch gegen die verwestlichten oder US-hörigen Eliten in Japan und Asien selbst, die die Bindung zu ihren eigenen Gesellschaften verloren hätten.

Der Neue Asianismus bezieht sich nicht nur auf den aktuellen politischen, ökonomischen und intellektuellen Kontext des Handelskonflikts zwischen den USA und Japan, sondern schöpft immer wieder aus der Fülle der geistesgeschichtlichen Tradition ethnisierender Diskurse in Japan. Ein Rückblick auf diese Tradition hilft, die Kontinuität, aber auch die neuen Elemente des aktuellen Asianismus zu erkennen. Keineswegs kann von einer bruchlosen Fortsetzung oder bloßen Wiederbelebung eines im Grunde konstanten japanischen Kulturnationalismus gesprochen werden. Nicht vergessen werden sollte auch, daß diese ethnisierenden Diskurse in dauernder Konkurrenz zu anderen Diskurstraditionen standen und stehen, wie beispielsweise zum Rationalismus, zum Liberalismus oder zum Marxismus, daß sie in einzelnen historischen Phasen unterschiedlich großen Einfluß hatten und nur in der Zeit des Militarismus der 1930er und 1940er Jahre eine hegemoniale Position im politischen Diskurs erringen konnten.

Der Diskurs des Neuen Asianismus befindet sich immer noch im Entwicklungsstadium, ist noch keineswegs abgeschlossen, kodifiziert oder gar dogmatisiert. Doch fallen immer wieder vier Namen als Protagonisten dieses Diskurses auf.⁴⁵ An erster Stelle ist Shintarô Ishihara zu nennen, der zunächst als Schriftsteller und Regisseur bekannt wurde, bevor sich die langjährige Regierungspartei LDP seiner Popularität bediente und ihn erstmals 1968 erfolgreich um ein Parlamentsmandat für das Unterhaus kandidieren ließ. Ishihara war bis zu seiner Mandatsnie-

⁴⁴ vgl. Funabashi (1995), Johnstone (1996), Morse (1996), Hein/Hammond (1995), Economist (1995)14 Jan.

⁴⁵ vgl. die Übersicht bei Hein/Hammond (1995), Morse (1996), Johnson (1995), Funabashi (1995).

derlegung im Jahre 1995 LDP-Abgeordneter. Er schloß sich der rechtskonservativen Fukuda-Abe-Mitsuzuka-Fraktion an und bekleidete als Direktor des Umweltamtes (1976-77) und als Transportminister (1986-88) zeitweise sogar Kabinettsposten. Als Transportminister war er persönlich an der Handelsdiplomatie mit den USA beteiligt.⁴⁶ Zwei weitere prominente Asianisten sind Karrierebeamte, nämlich Kazuo Ogura⁴⁷ aus dem Außenministerium, der inzwischen bis zur höchsten Position für Beamte, nämlich zum Vizeminister aufsteigen konnte, und Eisuke Sakakibara⁴⁸ aus dem Finanzministerium. Von sich reden gemacht hat auch Yôtarô Kobayashi⁴⁹, Präsident der Firma Fuji-Xerox, einer der wenigen bedeutenden Joint Ventures in Japan zwischen japanischen und US-amerikanischen Firmen. Kobayashi bekleidete mehrere Ämter in japanischen Wirtschaftsverbänden und ist japanischer Regionalvorsitzender der Trilateralen Kommission.

Die Argumentation der Asianisten, vor allem ihre Zurückweisung des rein japanbezogenen "Nihonjinron", und die hohen Positionen führender Asianisten innerhalb der politischen und ökonomischen Eliten in Japan - mit Ishihara als ehemaligem Kabinettsmitglied, Sakakibara und Ogura als Spitzenbürokraten und Kobayashi als Topmanager - sind auf den ersten Blick beein-

⁴⁶ seine beiden wichtigsten Bücher sind: Morita, Akio/ Ishihara, Shintarô: "Nô" to ieru Nihon: shin Nichibei kankei no hôsaku (Das Japan, das "Nein" sagen kann. Ein Plan für neue Beziehungen zwischen Japan und den USA). Tôkyô: Kobunsha, 1989 (die offizielle englische Übersetzung enthält nur noch Ishiharas Beiträge: Ishihara, Shintarô: *The Japan That Can Say No: Why Japan Will Be First among Equals*. New York: Simon and Schuster Trade, 1991); Mahathir bin Mohamad/Ishihara, Shintarô: 'No' to ieru Ajia. Tai Ô-Bei e no kâdo (Das Asien, das 'Nein' sagen kann. Eine Karte gegen Europa und die USA). Tôkyô: Kobunsha, 1994 (englische Übersetzung: Mahathir bin Mohamad/ Ishihara, Shintarô: *The Voice of Asia: Two Leaders Discuss the Coming Century*). New York: Kodansha International, 1995).

⁴⁷ die einflußreichsten Beiträge Oguras sind: Ogura, Kazuo: Nichibei keizai masatsu: Omote no jijo ura no jijo. (Der Wirtschaftskonflikt zwischen den USA und Japan. Äußerliche Erscheinung und tatsächliche Hintergründe). Tôkyô: Nihon Keizai Shimbunsha, 1982; Ogura, Kazuo: Tôzai bunka masatsu (Kulturelle Friktionen zwischen Ost und West). Tôkyô: Chûô Kôronsha, 1990; Ogura, Kazuo: Chiiki tôgô to Nihon no sentaku (Regionale Integration und Japans Strategie), in: Gaikô Fôramu (1992)12, 4-11; Ogura, Kazuo: Ajia no fukken no tame ni (Für die Restauration Asiens), Chûô Kôron (1992)7, 60-73 (übersetzt als: *A Call for a New Concept of Asia*, in: Japan Echo 20(1993)3, 37-44); Ogura, Kazuo: "Nishi" no Nihon, "Higashi" no Nihon. Kokusai kôshô no sutairu to Nihon no taiô. ("Westliches" Japan, "östliches" Japan. Internationaler Verhandlungsstil und Japans Reaktion). Tôkyô: Kenkyûsha, 1995.

⁴⁸ vgl. Sakakibara, Eisuke: Shihonshugi o koeta Nihon. Nihon-gata shijô taisei no seiritu to tenkai (Das Japan, das den Kapitalismus überwunden hat. Die Entstehung und Entwicklung eines Marktsystems japanischen Typs). Tôkyô: Tôyô Keizai Shimbunsha, 1990 (englische Übersetzung: Sakakibara, Eisuke: *Beyond Capitalism: The Japanese Model of Market Economics*. Lanham: University Press of America, 1993); Sakakibara, Eisuke: Bunmei toshite no Nihon-gata shihonshugi. "Tomi" to "kenryoku" no kôzu (Der Kapitalismus japanischen Typs als Zivilisation. Die Komposition von "Wohlstand" und "Macht"). Tôkyô: Tôyô Keizai Shinpôsha, 1993; Sakakibara, Eisuke: Rekishi kara no dansetsu (Bruch mit der Geschichte), in: Hatsugensha (1994)8; Sakakibara, Eisuke (ed.): Nichi-Bei-Ô no keizai shakai shisutemu (Die sozioökonomischen Systeme Japans, der USA und Europas). Tôkyô: Tôyô Keizai Shimpôsha, 1995 und Sakakibara, Eisuke, 1995a: *The End of Progressivism*, in: Foreign Affairs 74(1995a)5, 8-14.

⁴⁹ Aufsehen erregt hat vor allem Kobayashi, Yôtarô: Sai-ajiaka no susume (Vorschlag für die Reasiatisierung), in: Foresight (1991)Apr, 44-46 (vgl. Kobayashi, Yôtarô, 1992a: *Reasianize Japan*, in: New Perspectives Quarterly 9(1992)1, winter, 20-23).

druckend. Wieweit reicht aber tatsächlich der Einfluß des Asianismus? Hat er das Potential, zum hegemonialen Diskurs der japanischen Öffentlichkeit bzw. der politischen Elite Japans zu werden?

In der einschlägigen Literatur werden eher Zweifel geäußert, ob der Asianismus sich in Japan politisch durchsetzen kann. Dafür werden drei Gründe genannt: zum einen die Ablehnung eines "natürlichen" japanischen regionalen Führungsanspruchs durch die Länder der Region, zum zweiten die weiterbestehende Loyalität der japanischen Eliten zum Bündnis mit den USA und schließlich der in der japanischen Zivilgesellschaft mittlerweile tief verwurzelte Widerstand gegen Nationalismus und Reasianisierung. Zum ersten Punkt wäre zu ergänzen, daß der japanische Führungsanspruch zunehmend auf einen massiven konkurrierenden chinesischen Führungsanspruch stößt.

Damit steht die vom japanischen Asianismus unterstellte Selbstverständlichkeit der japanischen Vorrangstellung in Frage. Um der chinesischen Herausforderung ideologisch zu begegnen, böte es sich für die japanischen Eliten daher viel eher an, Japan als Teil der "zivilisierten" westlichen Industrieländer, z.B. in Form der G-7, zu definieren. Der zweite Punkt, die weiterbestehende Unterstützung für das Bündnis mit den USA, hängt nicht zuletzt mit den Besonderheiten der japanischen Sicherheitspolitik zusammen. Da aus verfassungsrechtlichen und innenpolitischen Gründen an eine eigenständige japanische Sicherheitspolitik in der Region nach wie vor nicht zu denken ist, was selbst Asianisten wie Ishihara einräumen, bleibt Japan aus der Sicht der Eliten keine Alternative zum Bündnis mit den USA. Selbst die Sozialdemokraten der SDPJ, die lange Zeit das Militärbündnis mit den USA erbittert bekämpft hatten, änderten unter dem von ihnen gestellten Ministerpräsidenten Murayama ihre Position und akzeptieren seitdem dieses Bündnis. Damit verliert das Argument des Asianismus, Japan müsse sich von den USA distanzieren, auf jeden Fall hinsichtlich der Sicherheitspolitik seine Überzeugungskraft. Der dritte Punkt betrifft die innenpolitischen Widerstände in Japan gegen den Asianismus. Dieses Argument wird durch Meinungsumfragen in Japan unterstützt. Die zusammenfassenden Übersichten⁵⁰ zeigen, daß selbst auf dem Höhepunkt des Handelskonflikts Ende der 1980er Jahre in der japanischen Öffentlichkeit mehrheitlich eine grundsätzlich positive Haltung zu den USA festgestellt werden konnte. Offen feindselige Einstellungen gegen die USA ließ nur eine kleine Minderheit erkennen. Gleichzeitig zeigt sich die japanische Öffentlichkeit nach wie vor ausgesprochen reserviert gegenüber den benachbarten asiatischen Ländern, und das, obwohl das allgemeine Interesse der japanischen Massenmedien für Asien stark zugenommen hat und gerade in den Massenmedien asianistische Thesen breit diskutiert werden.⁵¹

Diese Indizien sprechen für eine sehr begrenzte politische Wirkung des asianistischen Diskurses in Japan. Bisher ist dazu aber lediglich die allgemeine öffentliche Meinung ausführlich untersucht worden. Systematische Untersuchungen über den Einfluß der Asianismus auf das Denken der politischen Eliten fehlen dagegen. Falls der Asianismus in der Literatur überhaupt wahrgenommen wird, beschränken sich die vorliegenden Arbeiten jedenfalls weitgehend darauf, den

⁵⁰ Johnson (1996), Kondô (1989).

⁵¹ Johnstone (1996:9); einige der wichtigsten Texte der Asianisten erschienen in den beiden einflußreichsten Meinungszeitschriften Japan, *Chûô Kôron* und *Bungei Shûnjû*.

asianistischen Diskurs als solchen darzustellen. Um diese Forschungslücke zu schließen, wird im folgenden Abschnitt der Einfluß des Neuen Asianismus anhand einer für den Diskurs der außenpolitischen Elite repräsentativen Zeitschrift systematisch analysiert.

2.4.2 Die Bedeutung des Neuen Asianismus im Diskurs der außenpolitischen Eliten - untersucht am Beispiel der Zeitschrift "Kokusai Mondai"

Als repräsentativ für den außenpolitischen Diskurs auf der Ebene der japanischen Eliten wurde die Zeitschrift "Kokusai Mondai" (国際問題, Internationale Probleme) ausgewählt. Sie wird herausgegeben vom Japan Institute of International Affairs (JIIA)," das am ehesten mit dem "Council on Foreign Relations" vergleichbar ist, der "Foreign Affairs" herausgibt. Dieses Institut wurde auf Initiative des früheren Ministerpräsidenten Shigeru Yoshida im Jahr 1959 gegründet. Das JIIA war juristisch zunächst an das japanische Außenministerium angegliedert, wurde aber schließlich 1976 in eine rechtlich selbständige Institution umgewandelt. Unmittelbar nach seiner Gründung begann das Institut mit der Publikation der Zeitschrift "Kokusai Mondai", die seit 1960 erscheint. Das Institut gibt seit 1987 auch die englischsprachige Vierteljahreszeitschrift "Japan Review of International Affairs" heraus, in der eine thematisch verwandte Auswahl von Artikeln publiziert wird. Die Finanzierung des JIIA beruht auf staatlichen Zuwendungen sowie auf Zuschüssen großer japanischer Industriestiftungen wie der Matsushita- oder der Kajima-Stiftung.

"Kokusai Mondai" erscheint monatlich. Jede Ausgabe hat einen Themenschwerpunkt und enthält durchschnittlich vier Hauptartikel, dazu Buchbesprechungen, Literaturübersichten und ggf. Leserbriefe und Referenzmaterial. Eher selten behandeln einzelne Beiträge auch Themen außerhalb des inhaltlichen Schwerpunkts eines Heftes. Die Schwerpunktthemen wechseln je nach Aktualität, doch erscheint pro Jahrgang auf jeden Fall immer ein Schwerpunktheft zu den USA, eines zu China und eines zu allgemeinen Fragen der japanischen Außenpolitik. Die Form der Beiträge reicht von analytischen Artikeln mit ausführlichen Anmerkungen über Essays bis hin zu regelmäßig veranstalteten Diskussionsrunden, die in der Regel mit einem Diskussionsleiter und zwei Gästen stattfinden. Die Beiträge stammen in der Mehrzahl von Wissenschaftlern, überwiegend von den führenden japanischen Universitäten, daneben auch von Diplomaten und leitenden Beamten des japanischen Außenministeriums sowie von führenden Repräsentanten der Medien und der Wirtschaft. Gelegentlich erscheinen auch Gastbeiträge ausländischer Autoren, die dann vom JIIA ins Japanische übersetzt werden. Der Autorenkreis spiegelt recht gut die Zusammensetzung der japanischen Eliten wieder. Für diese ist typisch, daß sie sich aus den führenden Universitäten des Landes rekrutieren, wobei die universitären "old boys"-Netzwerke eine wichtige Rolle für die berufliche Karriere spielen.

Für die Untersuchung des Diskurses in "Kokusai Mondai" wurden die zwölf Jahrgänge von 1985 bis einschließlich 1996 ausgewertet. Das Jahr 1985 bot sich aus den bereits bei der US-Teilstudie genannten Gründen als Beginn des Untersuchungszeitraums an. Auch in den untersuchten Beiträgen wird immer wieder das Jahr 1985 als Einschnitt bezeichnet. Im Untersuchungszeitraum erschienen in "Kokusai Mondai" 621 Hauptartikel. Mit der Problematik des

Handelskonflikts befaßten sich davon mehr oder weniger eingehend durchschnittlich vier Artikel pro Jahrgang, also knapp 50 für den gesamten Untersuchungszeitraum, die intensiver ausgewertet wurden. Die Artikel verteilen sich mehr oder weniger gleichmäßig über die untersuchten Jahrgänge der Zeitschrift. Der Themenbereich "USA" und "Beziehungen zwischen den USA und Japan" gehört zu den etwa acht regelmäßig und mehr oder weniger gleichrangig behandelten wichtigsten Themen in "Kokusai Mondai". Die anderen Themenbereiche betreffen die allgemeine Entwicklung der japanischen Außenpolitik, China, die Ost-West-Beziehungen einschließlich des Transformationsprozesses in Osteuropa, die Region Asien-Pazifik, Fragen des internationalen Rechts, internationale Sicherheitsfragen und Fragen der Weltwirtschaft. Die ausgewählten Artikel wurden im Forschungsbericht zu dieser Teilstudie ausführlich rezensiert, nicht zuletzt, weil damit zum ersten Mal dieses Material in einer westlichen Sprache verfügbar gemacht wird.

Die Rekonstruktion des Diskurses in "Kokusai Mondai" ergab, daß der handelspolitische Diskurs unter den japanischen Eliten auf drei Ebenen geführt wird. Auf der bilateralen Ebene der Beziehungen zwischen Japan und den USA geht es in erster Linie um die nationalstaatliche Politik, deren jeweilige nationale Rahmenbedingungen und um das diplomatische Management der bilateralen Beziehungen. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde nur die Außenwirtschaftspolitik berücksichtigt, doch bezieht sich der Gesamtdiskurs natürlich auch auf andere Politikbereiche, insbesondere auf die Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die im handelspolitischen Diskurs immer wieder tangiert werden. Der handelspolitische Diskurs wird anders als andere außenpolitische Diskurse jedoch kontinuierlich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg geführt und dominiert eindeutig in seiner Bedeutung für die - auch politikfeldübergreifende - außenpolitische Identitätsbildung. Der Grund ist darin zu sehen, daß der japanischen Regierung in der Sicherheitspolitik durch verfassungsrechtliche Restriktionen weitgehend die Hände gebunden sind und daß die Entwicklungspolitik von ihrer "realen" Bedeutung her der Außenwirtschaftspolitik deutlich untergeordnet ist. Bemerkenswert ist aber, daß auf der bilateralen Ebene neben den USA auch China während des gesamten Untersuchungszeitraums als Dauerthema behandelt wird. Auf das Verhältnis zwischen Japan und China konnte in dieser Untersuchung allerdings nicht näher eingegangen werden, da das Interesse in erster Linie der Identitätsbildung in der Auseinandersetzung mit dem "Westen" galt.

Auf der Ebene des Weltsystems setzen sich die Autoren vor allem mit der Frage nach der zukünftigen Weltordnung auseinander. Dabei geht es durchaus nicht nur um den Erhalt einer einheitlichen Weltwirtschaftsordnung angesichts regionalistischer und protektionistischer Tendenzen, sondern zunehmend auch um die Bedeutung des ethnisch-kulturellen Faktors nach dem Ende ideologischer Gegensätze. Also auch hier klingt das Thema vom "Clash of Civilizations" an.

Schließlich bewegt sich der Diskurs auf der Ebene der regionalen Integration. Diese Ebene spielt zu Beginn des Untersuchungszeitraums in dem Maß eine Rolle, wie konkrete politische Initiativen gestartet werden. Zu einem von solchen politischen Initiativen unabhängigen Bezugsrahmen wird die regionale Ebene aber erst seit Anfang der 1990er Jahre, nachdem die beiden rivalisierenden Konzepte, APEC und EAEC, auf dem Tisch liegen. Der regionale Kontext tritt nun immer mehr in den Mittelpunkt des Diskurses. Die zentrale Auseinandersetzung mit

dem asianistischem Denken überhaupt dreht sich um die Bewertung der EAEC-Initiative des malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir.

Inhaltlich reagiert der japanische Diskurs zunächst auf Diskurse in den USA, die rezipiert und diskutiert werden. Damit unterscheidet er sich deutlich vom revisionistischen Diskurs in den USA, der für sich auch gegenüber anderen Ländern Thematisierungsmacht behauptet, mehr oder weniger autistisch innerhalb der USA stattfindet und in dem der japanische Diskurs kaum zur Kenntnis genommen wird. Doch die Redaktion der Zeitschrift "Kokusai Mondai" bemüht sich erkennbar, den Diskurs von der politischen Alltags- und Stimmungsebene auf ein theoretisch anspruchsvolles und wissenschaftlich fundiertes Niveau zu heben und damit zu versachlichen. Beispielsweise werden Texte von Modelski, Wallerstein oder Rosecrance abgedruckt, gibt es eine ausführliche Rezensionstätigkeit und werden Beiträge aufgenommen, die den Handelskonflikt historisch rekonstruieren oder sich über spektakuläre Umfragen hinaus systematisch mit dem Meinungsbild in den USA auseinandersetzen. Den revisionistischen Autoren werden kritische Beiträge ebenfalls aus dem US-Kontext entgegengestellt, u.a. durch den Abdruck der Analysen von John Dower oder des in den USA lehrenden Ryûzô Satô.

Bereits frühzeitig werden die Autoren in "Kokusai Mondai" auf den Aufsatz von Theodore White von 1985 aufmerksam, der den Beginn des Japan-Revisionismus in den USA markiert. Auch die Beiträge der Viererbande, James Fallows, Chalmers Johnson, Clyde Prestowitz und Karel van Wolferen, erfahren breite Aufmerksamkeit. 1994 lädt die Redaktion mit Glen Fukushima sogar einen Japan-Revisionisten aus dem Umfeld Chalmers Johnsons zu einer Diskussionsrunde ein. Die Thesen von Morita/Ishihara werden ebenfalls kurz nach Erscheinen ihres Buches rezipiert, doch findet im Gegensatz zur Behandlung des Japan-Revisionismus mit deren Thesen kaum eine inhaltliche oder politische Auseinandersetzung statt, vielmehr wird vor dem Wiederaufleben des Nationalismus in Japan gewarnt. Als Aufhänger für die Auseinandersetzung mit dem Neuen Asianismus dient der EAEC-Vorschlag des malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir. Der Asianismus wird also gewissermaßen aus Japan hinaus externalisiert. Erst nach dem Regierungswechsel in Japan von 1993 taucht der Neue Asianismus auch als innerjapanischer Diskurs in "Kokusai Mondai" auf, wird aber anders als der Japan-Revisionismus nicht systematisch rezipiert. 1994 verfaßt Kazuo Nukazawa, Direktor des Exekutivdirektoriums des einflußreichen Wirtschaftsdachverbands Keidanren, den ersten offen asianistischen Artikel für "Kokusai Mondai", in dem er u.a. auch auf Eisuke Sakakibara hinweist. 1995 nimmt Yôtarô Kobayashi, ein führender Vertreter des neuen Asianismus, an einer Diskussionsrunde der Zeitschrift teil. "Kokusai Mondai" nimmt die Auseinandersetzung mit Kobayashi offenbar so wichtig, daß sich der Direktor des JIIA, Nobuo Matsunaga, persönlich mit ihm auseinandersetzt und ihm dabei inhaltlich deutlich widerspricht. Explizite Hinweise auf den vierten wichtigen Vertreter des neuen Asianismus, Ogura Kazuo, konnten innerhalb des Untersuchungszeitraums nicht gefunden werden. Er tauchte allerdings bereits 1980 zweimal als Autor in "Kokusai Mondai" auf.

Der Tenor des Diskurses in "Kokusai Mondai" offenbart eine interessante Entwicklung bei der Konstruktion geopolitischer Identitäten in Japan. Der Revisionismus wird anfangs als Teil des pluralistischen Kräftespiels in den USA dargestellt. Der bilaterale Handelskonflikt scheint sich dabei in dem Maße zu verschärfen bzw. einem rationalen diplomatischen Management zu ent-

ziehen, in dem er politischen Einfluß gewinnt. Auch hier zeigt sich ein wichtiger Unterschied zum Elitendiskurs in den USA. Während innerhalb der außenpolitischen Eliten in den USA die Bedeutung des revisionistischen Einflusses für die US-Politik in der Regel heruntergespielt wird, scheint dieser Einfluß aus japanischer Sicht und für ein japanisches Publikum weitaus größer zu sein und unter den Präsidenten Bush und Clinton bis ins Zentrum der Administration und des Kongresses vorgedrungen zu sein.

Der wachsende Einfluß des Japan-Revisionismus in den USA wird im japanischen Diskurs als Bedrohung der grundsätzlich guten bilateralen Beziehungen wahrgenommen. Im Sinne des "gaiatsu"-Mechanismus dient der Hinweis auf den Japan-Revisionismus in den USA aber vor allem dazu, die Aufgabe des mit dem "Nihonjinron" verbundenen japanischen Isolationismus zu fordern, für die Reform und Öffnung Japans einzutreten und die Notwendigkeit einer aktiveren japanischen Außenpolitik zu unterstreichen. Später findet auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus und Asianismus statt, wobei die kulturellen Unterschiede zwischen Japan und den USA nicht als unüberwindbares Hindernis dargestellt werden, sondern positiv gewendet damit die neue weltpolitische Rolle Japans als Brücke zu Asien in einer multikulturellen Welt begründet wird. Ein Argument aus dem asianistischen Diskurs scheint allerdings auch im Elitendiskurs Anklang zu finden, nämlich, daß der Niedergang der US-Gesellschaft auf kulturelle Faktoren wie einen übertriebenen Individualismus oder eine multiethnische Zersplitterung zurückzuführen sei. Auch so kann eine aktivere, an der Aufrechterhaltung der Weltordnung orientierte japanische Außenpolitik gerechtfertigt werden, indem Japan jetzt die Rolle der im Niedergang befindlichen USA übernehmen.

Gegen die schon zu Beginn des Untersuchungszeitraums erkennbare Hegemonie neoliberalen Denkens im politischen Diskurs⁵² -Stichwort: Marktöffnung und Strukturanpassung - kann sich revisionistisches und asianistisches Denken jedoch nicht durchsetzen. Die außenpolitische Elite Japans steht zum Projekt der Internationalisierung Japans. Die Idee einer einzigartigen japanischen Kultur, wie sie im "Nihonjinron" vertreten wird, hat darin genausowenig Platz wie die Idee einer nach außen abgeschlossenen asiatischen Zivilisation. Eine neue Weltordnung ist den Autoren in "Kokusai Mondai" zufolge nur in einer weltumspannenden Partnerschaft mit den USA bzw. in trilateraler Kooperation denkbar. Selbst die Vertreter asianistischer Gedanken werden nicht müde zu betonen, daß eine Regionalisierung in Ostasien etwa im Sinne einer EAEC keinesfalls in einen exklusiven, geschlossenen Club münden dürfe - ein zusätzlicher Beleg für die diskursive Hegemonie des Neoliberalismus.

Zwar wird im japanischen Diskurs der Japan-Revisionismus in den USA und der Neue Asianismus in Japan durchaus als relevante politische Strömung wahrgenommen. Ethnisierende Argumentationen werden aber größtenteils abgelehnt und höchstens in Einzelfällen instrumentalisiert, um das neoliberale Projekt der Deregulierung und Internationalisierung Japans voranzutreiben. Daß mit Ishihara Shintarô einer der prominentesten Vertreter ethnisierenden Denkens seine politischen Hoffnungen aufgegeben und auf sein Parlamentsmandat verzichtet hat, symbolisiert dies sehr deutlich.

⁵² nicht unbedingt in jedem Fall in der Praxis.

Die Hegemonie des neoliberalen Denkens im Elitendiskurs kommt vor allem dadurch zum Ausdruck, daß die Idee einer Marktöffnung Japans als selbstverständlich erscheint und nie grundsätzlich an ihr gerüttelt wird. Dies steht im Gegensatz zu einer ethnisierenden Orientierung, in welcher Form auch immer sie sich darstellt. Diese impliziert nämlich die Idee der Abschließung einer ethnisch definierten Gemeinschaft und gerade nicht die Öffnung und damit Verwischung der Grenzen zwischen "Eigenem" und "Fremdem". Handelspolitisch gesehen würde sich Ethnisierung in einer offiziellen neomerkantilistischen Programmatik zeigen und nicht in einer Marktöffnungspolitik.

Die Untersuchung legt den Schluß nahe, daß ethnisierendes Denken an Bedeutung verloren hat und möglicherweise weiter verlieren wird, jedenfalls noch in den 1950-1970er Jahren einflußreicher gewesen ist. Außerdem hat sich der ethnisierende Diskurs vom populären "Nihonjinron" (über die Einzigartigkeit Japans) zum Neuen Asianismus verlagert. Diese Verlagerung ist vor dem Hintergrund der veränderten ökonomischen und weltpolitischen Lage - Stichworte: Globalisierung/Regionalisierung und Ende des Kalten Krieges/Neue Weltordnung - zu verstehen, die sich mit der These von der Einzigartigkeit Japans und dem damit untermauerten politischen Isolationismus nicht mehr länger verbinden läßt. Auch ideologisch ist also unter den Anhängern einer ethnisierenden Argumentation eine "Strukturanpassung" angesagt.

Die Analyse der Zeitschrift "Kokusai Mondai" belegt, daß die Zeit der einseitigen US-Orientierung bzw. des Versuchs, isolationistische Eigenständigkeit durch "Nihonjinron" zu legitimieren, zu Ende gegangen ist. Im Diskurs der außenpolitischen Eliten in Japan bildet sich eine neue makroregionale Identität Japans heraus. Einschränkend muß allerdings hinzugefügt werden, daß dieser Prozeß der Rekonstruktion der Identität noch nicht abgeschlossen zu sein scheint. Jedenfalls wird Japan jetzt nicht mehr primär als eher unauffälliger Verbündeter der USA und als Teil der "Freien Welt" definiert. Japan wird vielmehr als Kern einer neuen Weltordnung des "21. Jahrhunderts" betrachtet, die auf der Kooperation und Interdependenz der großen Weltwirtschaftsmächte beruht und in der Japan eine führende Rolle zugeschrieben wird. Erwartet wird eine weltweite ökonomische Konvergenz durch die Liberalisierung und Öffnung der Märkte, durch die wachsende ökonomische Verflechtung und durch die Vereinheitlichung der dafür erforderlichen Regeln und politischen Ordnung.

Der "offene Regionalismus" der APEC und das ausdrücklich die "westlichen" Gesellschaften einbeziehende Konzept der "Asia Pacific Community" wird daher von den politischen Eliten in Japan nachdrücklich unterstützt. Dennoch scheinen die Argumente des Neuen Asianismus in Form des EAEC-Vorschlags den politischen Eliten in Japan nicht ganz unwillkommen zu sein. Das ist insofern kein Widerspruch, als sich dieser Vorschlag taktisch verwenden läßt, erstens die alte, allein von den USA dominierte Welt(wirtschafts)ordnung in Frage zu stellen und zweitens, um die Öffnung der asiatischen Märkte für japanische Unternehmen zu legitimieren. Daß der Neue Asianismus mit seiner Betonung der Gemeinschaftsorientierung und gesellschaftlichen Solidarität jedoch genauso gegen das neoliberale Projekt der Deregulierung und Liberalisierung gerichtet ist, wird im Elitendiskurs in Japan dagegen weitgehend ignoriert.

2.5 Ergebnis: Zur Bedeutung der Ethnisierung in der Handelspolitik

Die beiden ethnisierenden Diskurse in den USA bzw. Japan zur bilateralen Handelspolitik entsprechen sich zum Teil spiegelbildlich, weisen aber auch einige markante Unterschiede auf. Daher ist es nicht sinnvoll, einen gemeinsamen "idealtypischen" Revisionismus in der bilateralen Handelspolitik zu rekonstruieren. Die nachfolgende Übersicht (Tabelle 2.1) differenziert daher zwischen den wichtigsten Aussagen des Japan-Revisionismus in den USA und des Neuen Asianismus in Japan.

Sowohl der Japan-Revisionismus als auch der Asianismus beschreiben den Handelskonflikt als Problem ungerechter Behandlung durch die jeweilige Gegenseite, während die eigene Seite als schuldlos erscheint. Im Japan-Revisionismus wird der Handelskonflikt im Sinne einer Bedrohung der nationalen Interessen der USA verstanden, wobei die Analogie zum Denken während des Kalten Krieges, zur Perzeption der Sowjetunion als Bedrohung, unverkennbar ist. Aus der Sicht des Asianismus wird den USA ein gegen Nichtweiße gerichteter Rassismus unterstellt, ein Argument, das eher Analogien zu den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit aufweist.

Die in der Tabelle 2.1 dargestellte Auswertung der beiden Zeitschriften "Foreign Affairs" und "Kokusai Mondai" zeigt, daß jedenfalls auf der Diskursebene der außenpolitischen Eliten in beiden Ländern revisionistische Argumente nicht dominant sind. Im Tenor beider Zeitschriften geht es in erster Linie um die Bewahrung einer liberalen Weltwirtschaftsordnung, deren Rekonstruktion durch neue isolationistische Tendenzen in den USA bzw. durch die bisherige außenpolitische Zurückhaltung Japans beeinträchtigt wird.

Auch die Konstruktion des Eigenen und des Fremden gehorcht diesem Muster. Im amerikanischen Japan-Revisionismus werden analog zur Argumentationsstruktur des Kalten Krieges Japan als grundsätzlich anderes Gesellschaftssystem angesehen und die Mission der USA zur Verteidigung des Liberalismus hervorgehoben. Der Asianismus stellt dagegen zwei grundsätzlich verschiedene Kulturen gegenüber, wobei Japan Asien anführt, den niedergehenden Westen zu übertreffen, eine Argumentation, die grundsätzlich dem Muster der 1930er Jahre gehorcht.

Die Argumentation läuft in beiden Diskursen auf eine handelspolitische Regionalisierung hinaus, auf die Einbettung der USA in einen westlichen Wirtschaftsblock bzw. die Einbettung Japans in einen ostasiatischen Wirtschaftsblock. In beiden Fällen wird offen eine konfliktorientierte statt einer kooperativen Handelspolitik gegenüber der Gegenseite gefordert. Dies impliziert eine Abkehr vom globalen Freihandel und eine Befürwortung eines nationalen Merkantilismus im Falle der USA bzw. eines eher regionalen ostasiatischen Merkantilismus im Falle Japans.

Auf der Ebene der außenpolitischen Eliten in den USA und Japan, die durch die Diskurse in den Zeitschriften "Foreign Affairs" und "Kokusai Mondai" repräsentiert werden, wird der Handelskonflikt in der Tendenz allerdings als "nichtethnisch" definiert. Im Vordergrund steht jeweils die Rekonstruktion einer liberalen Weltwirtschaftsordnung, wozu die Überwindung isolationistischer Tendenzen in den USA aber auch der zurückhaltenden oder nur in Asien aktiven Außenpolitik Japans unbedingt als erforderlich erscheint (siehe Tabelle 2.2). Die Konfliktlinien werden nicht zwischen Japan und den USA, sondern zwischen liberalen Kräften und protektionistischen bzw. revisionistischen Tendenzen in den jeweiligen Ländern gezogen. In

beiden Fällen wird innerhalb der Eliten ein Konsens bezüglich des Multilateralismus, der Marktöffnung und eines offenen Regionalismus deutlich. Eine Abschottung, wie in den revisionistischen Diskursen gefordert, wird nicht ernsthaft erwogen. Auf beiden Seiten wird die weitere und noch zu verstärkende Kooperation zwischen Japan und den USA als zentrales Element der gemeinsamen Weltordnungspolitik betont. Die nachfolgende Tabelle 2.1 gibt eine idealtypische Beschreibung beider Diskurse und Tabelle 2.2 enthält die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung der beiden Zeitschriften.

Tabelle 2.1: Idealtypische ethnische Diskurse über den Handelskonflikt zwischen den USA und Japan

	aus der Sicht des Japan-Revisionismus in den USA	aus der Sicht des Neuen Asianismus in Japan
Konfliktbeschreibung	Japan als unfairer Handelspartner und ökonomische Bedrohung für die USA	rassistische Diskriminierung japanischer Unternehmen in den Außenwirtschaftsbeziehungen mit den USA
Das Fremde	Japan ist keine Demokratie und keine Marktwirtschaft im westlichen Sinne (van Wolferen), sondern eigener Systemtyp eines "bürokratischen Entwicklungsstaats" (Johnson)	die USA ist eine ethnisch fragmentierte und durch übersteigerten Individualismus geprägte krisenhafte Gesellschaft und eine niedergehende Weltmacht
Das Eigene	USA als fairer Handelspartner und Weltordnungsmacht, übertriebene Durchsetzung allgemeiner liberaler Prinzipien ohne Rücksicht auf nationale Interessen und Unterordnung ökonomischer Interessen unter nationale Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges, Revitalisierung der an sich überlegenen US-Ökonomie durch Besinnung auf nationale Werte (Fallows)	zunehmende Öffnung Japans im Zuge der erfolgreichen technologisch-wirtschaftlichen Entwicklung, von Japan angeführte Wirtschaftsentwicklung und Verflechtung Asiens, "Kapitalismus ohne Kapitalisten" (Sakakibara)
Konsequenzen	Widerstand gegen japanische Wirtschaftsoffensive und energische Sanktionspolitik gegen Japan, um faire Wettbewerbsbedingungen für US-Firmen durchzusetzen, in Ansätzen Idee der USA als Teil einer Atlantischen Wirtschaftsgemeinschaft (Prestowitz)	Widerstand gegen westlichen Vormachtanspruch, Japan als Entwicklungsmodell für Asien und die Welt des 21. Jahrhunderts, impliziter Hegemonieanspruch, Japan als Teil einer ostasiatischen (Wirtschafts-) Gemeinschaft (Kobayashi)
Autoren	"Viererbande": Johnson, van Wolferen, Prestowitz, Fallows	Ishihara, Sakakibara, Ogura, Kobayashi

Tabelle 2.2: Untersuchte Zeitschriften

	Foreign Affairs	Kokusai Mondai
Diskursebene	außenpolitische Eliten in den USA und weltweit	außenpolitische Eliten in Japan
Konfliktbeschreibung	liberale Weltwirtschaftsordnung wurde bisher von den USA getragen, die an Macht verloren haben; Gefahr des Isolationismus; Weltordnung muß rekonstruiert werden	bisherige Sonderstellung Japans in der Weltwirtschaftsordnung ist nicht mehr haltbar; Gefahr regionaler Handelsblöcke; Japan muß sich jetzt aktiv zusammen mit den USA um offene Weltwirtschaft bemühen
Akteure	aufgeklärte, weitsichtige Eliten in USA und Japan <i>vs.</i> protektionistische und revisionistische Tendenzen in der Öffentlichkeit (populistische Politiker in USA, nationalistische Politiker in Japan, konkurrenzbedrohte Branchen in USA und Japan)	internationalistische Regierung und Großunternehmen in Japan/liberale Kräfte in den USA <i>vs.</i> nationalistische Öffentlichkeit und Unternehmen in Japan (Nihonjinron)/revisionistische Kräfte in den USA/regionalistische Kräfte in Asien
Konsequenzen	symbolische Politik zur Besänftigung des Revisionismus; Stärkung des Multilateralismus; Betonung der regionalen Bedeutung des Bündnisses mit Japan	offener Regionalismus in Asien-Pazifik unter Einbeziehung der USA; weitere Marktöffnung in Japan; globale Partnerschaft mit den USA

Revisionistische Argumente werden also durchaus rezipiert, teilweise kommen revisionistische Autoren auch selbst zu Wort. Doch vermag sich revisionistisches Denken letztlich nicht durchzusetzen, was sich vor allem damit belegen läßt, daß die untersuchten Diskurse in ihrer politischen Konsequenz auf eine Stärkung des Multilateralismus und des offenen Regionalismus, auf die Festigung und sogar funktionalen Ausweitung des Bündnisses zwischen den USA und Japan sowie auf die weitere Öffnung der Märkte hinauslaufen. Die Präsenz ethnizierenden Denkens in den untersuchten Diskursen bewirkt also nicht einen Meinungsumschwung in Richtung auf eine Änderung der Politik im Sinne des Revisionismus, sondern wirkt eher als Warnung vor der Gefahr protektionistischer Abschottung und nationalistischer Emotionen in der Öffentlichkeit. Im Falle Japans zeigt sich das sehr deutlich in der eindeutigen Ablehnung ethnizierender Diskurse im eigenen Land (Nihonjinron, Asianismus) wie im fremden Land (Japan-Revisionismus in den USA). Vor diesem Hintergrund erscheint es als gefährliche Strategie, daß im US-Kontext dennoch zeitweise (v.a. Ende der 1980er Jahre) revisionistische Argumente von Teilen der Elite instrumentalisiert wurden, um von puren Lobbyinteressen abzulenken. In diesem Sinne besitzt der Japan-Revisionismus in den USA für die Wirtschaftspolitik offenbar eine ähnliche Funktion wie der frühere Antikommunismus und der Patriotismus für die Sicher-

heitspolitik. Revisionismus wie Nationalismus fordern eine nationale Solidarität über die Partikularinteressen hinweg ("rally around the flag"-Effekt) und heben die Debatte auf eine grundsätzliche Ebene. Sie lenken daher von der Auseinandersetzung mit konkreten Partikularinteressen ab.

Der Revisionismus stellt damit keinen Gegenentwurf zu einer (neo)liberale Weltwirtschaftsordnung dar, sondern ist eine von mehreren möglichen Strategien zur Legitimierung von "Wettbewerbsstaaten". Es geht dem "mainstream" der jeweiligen Eliten nicht um den Rückzug vom globalen in einen jeweils regionalen, ggf. nach ethnisch-kulturellen Kriterien abgegrenzten Wirtschaftsraum, sondern um den Umbau bisher national formierter politischer Ökonomien in Standorte für einen globale Arbeitsteilung.

Literatur:

- Albert, Michel: *Kapitalismus Contra Kapitalismus*. Frankfurt a.M., New York: Campus, 1992.
- Benjamin, Roger/Yager, Loren: *Fairness: The Scylla and Charybdis of U.S.-Japan Relations*. Santa Monica: RAND, 1993.
- Bhagwati, Jagdish: *The US-Japan Car Dispute: A Monumental Mistake*. In: *International Affairs*, 72(1996)2. S. 261-279.
- Dryden, Steve: *Trade Warriors. USTR and the American Crusade for Free Trade*. New York, Oxford: Oxford University Press, 1995.
- Ernst, Angelika/Hilpert, Hanns Günther/Laumer, Helmut: *Japans Wirtschaft im strukturellen Wandel. Wettbewerbsposition, Ungleichgewichte, Reformbedarf*. In: Maull, Hanns W. (Hrsg.): *Japan und Europa: Getrennte Welten?* Frankfurt a.M., New York, 1993. S. 51-84.
- Fallows, James: *Containing Japan*. In: *The Atlantic* (1989)May. S. 40-54.
- Fallows, James: *Getting Along with Japan*. In: *Atlantic Monthly* (1989) December, No. 264. S. 53-64.
- Fallows, James: *More Like Us. Making America Great Again*. Boston: Houghton Mifflin, 1989.
- Fallows, James: *Looking at the Sun: The Rise of the New East Asian Economic and Political System*. New York: Pantheon, 1994.
- Fallows, James/Johnson, Chalmers/Prestowitz, Clyde/van Wolferen, Karel: *Beyond Japan-Bashing. The 'Gang of Four' Defends the Revisionist Line*". In: *US News & World Report* (1990)7 May. S. 54-55.
- Frost, Ellen L.: *For Richer, For Poorer. The New U.S.-Japan Relationship*. New York: Council on Foreign Relations, 1987.
- Funabashi, Yôichi: *Asia Pacific Fusion: Japan's Role in APEC*. Washington/DC: Institute for International Economics, 1995.
- Hein, Laura/Hammond, Ellen H.: *Homing in on Asia: Identity in Contemporary Japan*. In: *Bulletin of Concerned Asian Scholars* 27 (1995) 3. S. 3-17.
- Hummel, Hartwig: *"Japan Bashing". Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu Japan im politischen Diskurs der USA*. In: *Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissen-*

- schaften, TU Braunschweig, Nr. 16, Januar 1997. (1997a)
- Hummel, Hartwig: Der neue Asianismus. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu den USA im politischen Diskurs Japans. In: Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig, Nr. 21, November 1997. (1997b)
- Huntington, Samuel P.: The Clash of Civilizations?. In: *Foreign Affairs* 72(1993)3. S. 22-49.
- Ishihara, Shintarô: *The Japan That Can Say No: Why Japan Will Be First Among Equals*. New York: Simon and Schuster, 1991.
- Johnson, Chalmers: *MITI and the Japanese Miracle. The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*. Stanford/CA: Stanford University Press, 1982.
- Johnson, Chalmers: *Japan: Who Governs? The Rise of the Developmental State*. New York, London: W.W. Norton, 1995.
- Johnstone, Christopher B.: Go West Or Look East? Japanese Views of America and Asia. In: *Japan Economic Institute Report* (1996) 21A, June 7.
- Kobayashi, Yôtarô: Sai-ajiaka no susume (Vorschlag für die Reasialisierung). In: *Foresight* (1991)April. S. 44-46.
- Kobayashi, Yôtarô: Reasianize Japan. In: *New Perspectives Quarterly* 9(1992)1. S. 20-23.
- Kondô, Seiichi: Beikoku no seiron chôsa, hôdô ronpyô ni miru tai-Nichi kan (Das Japanbild in Meinungsumfragen und Pressekommentaren der USA). In: *Kokusai Mondai* (1989)1. S. 27-47.
- Mahathir bin Mohamad/Ishihara, Shintarô: 'No' to ieru Ajia. Tai Ô-Bei e no kâdo (Das Asien, das 'Nein' sagen kann. Eine Karte gegen Europa und die USA). Tôkyô: Kobunsha, 1994.
- Mahathir bin Mohamad/Ishihara, Shintarô: *The Voice of Asia: Two Leaders Discuss the Coming Century*". New York: Kodansha International, 1995.
- Mastanduno, Michael: Setting Market Access Priorities: The Use of Super 301 in US Trade with Japan. In: *World Economy*, 15(1992)6. S. 729-753.
- Menzel, Ulrich: Japan und der asiatisch-pazifische Wirtschaftsraum. Tendenzen wachsender Regionalisierung und Hierarchisierung. In: Maull, Hanns W (Hrsg.): *Japan und Europa. Getrennte Welten?* Frankfurt a.M., New York: Campus, 1993. S. 156-187.
- Miyoshi, Masao: *Off Center. Power and Culture Relations Between Japan and the United States*. Cambridge/MA: Harvard University Press, 1991.
- Morita, Akio/Ishihara, Shintarô: "Nô" to ieru Nihon: shin Nichibei kankei no hôsaku (Das Japan, das "Nein" sagen kann. Ein Plan für neue Beziehungen zwischen Japan und den USA). Tôkyô: Kobunsha, 1989.
- Morse, Ronald: The Morse-Nakajima Target. Tokyo's Shakers and Movers On America. In: <http://www.nmjc.org:80/jiap/morse.html> (auch als: *Nihon Jôhō - Tracking Japan. A Washington Report on Trade, Technology and Security* 3(1996)April, supplement).
- Ó Tuathail, Gearóid (Toal, Gerard): Japan as Threat: Geo-economic Discourses on the USA-Japan Relationship in US Civil Society, 1987-91. In: Williams, Collin H (ed.): *The Political Geography of the New World Order*, London, New York: Belhaven Press, 1993. S. 181-209.
- Ogura, Kazuo: Nichibei keizai masatsu: Omote no jijo ura no jijo. (Der Wirtschaftskonflikt zwischen den USA und Japan. Äußerliche Erscheinung und tatsächliche Hintergründe).

- Tôkyô: Nihon Keizai Shimbunsha, 1982.
- Ogura, Kazuo: Tôzai bunka masatsu (Kulturelle Friktionen zwischen Ost und West). Tôkyô: Chûô Kôronsha, 1990.
- Ogura, Kazuo: Chiiki tôgô to Nihon no sentaku (Regionale Integration und Japans Strategie). In: Gaikô Fôramu (1992)12. S. 4-11.
- Ogura, Kazuo: Ajia no fukken no tame ni (Für die Restauration Asiens). In: Chûô Kôron (1992)7. S. 60-73. (übersetzt als: A Call for a New Concept of Asia. In: Japan Echo 20(1993)3. S. 37-44.)
- Ogura, Kazuo: "Nishi" no Nihon, "Higashi" no Nihon. Kokusai kôshô no sutairu to Nihon no taiô. ("Westliches" Japan, "östliches" Japan. Internationaler Verhandlungsstil und Japans Reaktion). Tôkyô: Kenkyûsha, 1995.
- Otte, Max/Grimes, William W.: "Die wichtigste Beziehung der Welt". Japans Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. In: Maull, Hanns W. (Hrsg.): Japan und Europa: Getrennte Welten? Frankfurt a.M., New York: Campus, 1993. S. 110-139.
- Packard, George R. : The Coming U.S.- Japan Crisis. In: Foreign Affairs 66(1987)2. S. 348-367.
- Pearson, Charles S./Riedel, James: United States Trade Policy: From Multilateralism to Bilateralism? In: Grilli, Enzo/Sassoon, Enrico (eds.): The New Protectionist Wave. Houndmills, London, 1990. S. 100-119.
- Prestowitz, Clyde: Trading Places. How We Are Giving Our Future to Japan and How to Reclaim It. New York: Basic Books, 1988.
- Sakakibara, Eisuke: Beyond Capitalism: The Japanese Model of Market Economics. Lanham: University Press of America, 1993.
- Sakakibara, Eisuke: Bunmei toshite no Nihon-gata shihonshugi. "Tomi" to "kenryoku" no kôzu (Der Kapitalismus japanischen Typs als Zivilisation. Die Komposition von "Wohlstand" und "Macht"). Tôkyô: Tôyô Keizai Shinpôsha, 1993.
- Sakakibara, Eisuke: Rekishi kara no dansetsu (Bruch mit der Geschichte). In: Hatsugensha (1994)8.
- Sakakibara, Eisuke (ed.): Nichi-Bei-Ô no keizai shakai shisutemu (Die sozioökonomischen Systeme Japans, der USA und Europas). Tôkyô: Tôyô Keizai Shimpôsha, 1995.
- Sakakibara, Eisuke: Shihonshugi o koeta Nihon. Nihon-gata shijô taisei no seiritu to tenkai (Das Japan, das den Kapitalismus überwunden hat. Die Entstehung und Entwicklung eines Marktsystems japanischen Typs). Tôkyô: Tôyô Keizai Shimbunsha, 1990.
- Sakakibara, Eisuke: The End of Progressivism. In: 74(1995)5. S. 8-14.
- Schoppa, Leonard J.: Two-level Games and Bargaining Outcomes: Why Gaiatsu Succeeds in Japan in Some Cases But not in Others. In: International Organization, 47(1993)3. S. 353-386.
- Thurow, Lester C.: Communitarian vs. Individualistic Capitalism. In: Responsive Community 2(1992)4. S. 24-30.
- Van Wolferen, Karel: Japan's Non-Revolution. In: Foreign Affairs 72(1993)4. S. 54-65.
- Van Wolferen, Karel: The Enigma of Japanese Power: People and Politics in a Stateless Nation. New York: Knopf, 1988.

Van Wolferen, Karel: The Japan Problem Revisited. In: *Foreign Affairs* 69(1990)4. S. 42-55.

Van Wolferen, Karel: The Japan Problem. In: *Foreign Affairs* 65(1986)2. S. 288-303.

White, Theodore H.: The Danger from Japan. In: *New York Times (Sunday) Magazine* July 28, 1985.

3. "Festung Europa"? Zur Ethnisierung der (Arbeits) Migrationspolitik in Europa an den Beispielen Frankreich und Deutschland (Birgit Wehrhöfer)

3.1 Problemstellung

In allen Einwanderungsländern auf dem europäischen Kontinent, vor allem aber in den Ländern ohne koloniale Vergangenheit wie Deutschland, wurde die Anwerbung von Arbeitskräften in den 1960er Jahren zur wichtigsten Einwanderungskategorie. Die beiden größten Migrationsbewegungen von einem Land in ein anderes gingen von der Türkei nach Deutschland und von Portugal nach Frankreich.⁵³ In einer Situation wirtschaftlicher Prosperität fügte sich die Arbeitsmigration in die liberale Vorstellung von transnationaler Faktormobilität. Vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden ökonomischen Situation beendeten die westeuropäischen Staaten in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die Anwerbepolitik, um sie danach auch nicht mehr aufzunehmen. Die anfängliche Erwartung, die angeworbenen Arbeitskräfte würden nach wenigen Jahren Arbeitsaufenthalt zurückkehren, erfüllte sich aber nicht. Die Anwerbestaaten mußten statt dessen erkennen, daß sie gewollt oder ungewollt zu Einwanderungsländern geworden waren. Diese Situation führte in allen westeuropäischen Staaten zu innenpolitischen Kontroversen, die längst nicht mehr nur in arbeitsmarktpolitischen Kategorien ausgetragen werden.

Anders als in anderen Politikfeldern, wo die Relevanz der Ethnisierung häufig verneint wird, gilt die Ethnisierung des Migrationsdiskurses als selbstverständlich. Häufig wird die Asyldebatte als wesentlicher Faktor der Ethnisierung des deutschen Migrationsdiskurses gekennzeichnet.⁵⁴ Ist Ethnisierung also ein Phänomen, das vor allem für den deutschen Migrationsdiskurs charakteristisch ist? Oder findet eine Ethnisierung des Migrationsdiskurses auch in anderen europäischen Ländern statt? Lassen sich hier übergreifende Argumentationsmuster herausarbeiten, die eine gemeinsame europäische Identität konstruieren, die gegen "die Fremden" verteidigt werden muß? Oder ist die Deutung des Migrationsproblems als ein ethnisches nur die Bewußtwerdung der eigenen ursprünglichen, primordialen Identität und daher nicht weiter zu hinterfragen, wie es die These vom "clash of civilizations" nahelegt?

Die diskursive Verarbeitung des "Einwanderungsproblems" ist nicht in allen europäischen Ländern gleich. Offenbar ist sie abhängig von den politischen Rahmenbedingungen, vom gesellschaftlichen Selbstverständnis als Einwanderungsland und den daraus resultierenden Formen der Inklusion von Migranten. Frankreich und Deutschland repräsentieren in dieser Fallstudie unterschiedliche Modelle der Inklusion durch Staatsbürgerschaft.⁵⁵ Deutschland steht für das

⁵³ Thränhardt (1994: 51).

⁵⁴ Oberndörfer (1991), Gerhard (1992), Jaschke (1992), Rätzzel (1992).

⁵⁵ Brubaker (1994).

Modell der Kulturnation⁵⁶, in dem die Staatsangehörigkeit ethnisch definiert ist. In Frankreich, das sich schon früh als Einwanderungsland verstanden hat, begründet sich Staatsbürgerschaft auch auf erworbene Merkmale. Daraus folgt die Annahme, daß diese unterschiedlichen Modelle der Inklusion von Migranten auch dem jeweiligen Migrationsdiskurs einen unterschiedlichen Rahmen geben und damit die Ethnisierung des Diskurses beeinflussen. Die Diskursanalyse konzentriert sich zunächst auf die Frage, in welchen Kategorien das Migrationsproblem repräsentiert wird. Welche Relevanz hat der ethnisierende Diskurs im Politikfeld Migration? Wie beeinflussen die politischen Rahmenbedingungen einer Staatsnation wie Frankreich und einer Kulturnation wie Deutschland den Migrationsdiskurs?

Zu diesem Zweck wurde zunächst der rechtliche und politische Hintergrund skizziert. In Abschnitt 3.3 wird der ethnisierende Diskurs als Idealtyp rekonstruiert. Welchen Einfluß der ethnisierende Diskurs tatsächlich im französischen und deutschen Migrationsdiskurs hat, wird in Abschnitt 3.4 dargestellt. Abschließend wird die Relevanz der Ethnisierung im französischen und deutschen Migrationsdiskurs vergleichend bewertet. Grundlage der Diskursanalyse war die Berichterstattung zum Thema Migration von jeweils zwei deutschen und zwei französischen Zeitschriften aus dem Bereich der meinungsbildenden politischen Publizistik im Untersuchungszeitraum von 1986 bis 1995 (Frankreich) bzw. 1986 bis 1996 (Bundesrepublik Deutschland). Um das Material einzugrenzen, wurden Wochenzeitschriften für die Untersuchung ausgewählt. Auf diese Weise konnte die Totalerhebung über einen langen Zeitraum durchgeführt werden, ohne daß die Menge des Untersuchungsmaterials unüberschaubar wurde. Kriterien waren ferner, daß die ausgewählten Zeitschriften über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg durchgängig erschienen und daß sie das politische Links-Rechts-Schema abdecken.⁵⁷

3.2 Frankreich und Deutschland als Einwanderungsländer: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Ein Vergleich der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen des französischen und deutschen Migrationsdiskurses läßt sowohl große Unterschiede wie auch deutliche Parallelen erkennen. Große Unterschiede bestehen hinsichtlich des Staatsbürgerschaftsrechts und - damit eng verknüpft - des eigenen Selbstverständnisses als Einwanderungsland. Während in Deutschland trotz langer Zuwanderungsgeschichte das offizielle Bekenntnis zum Status als Einwanderungsland ausgeblieben ist, hat sich Frankreich schon früh als Einwanderungsland verstanden. Im Konzept der französischen Staatsbürgerschaft spiegeln sich typisch frankozentrische Annahmen wider.⁵⁸ Die Anziehungskraft der französischen Nation sei so groß, so die Vorstellung, daß sie bei Franzosen wie bei Einwanderern eine starke Bindung an Frankreich hervorrufe. Mit der Verleihung der französischen Staatsbürgerschaft soll diese innere Bindung honoriert wer-

⁵⁶ Zur Unterscheidung zwischen Staatsnation und Kulturnation vgl. Meinecke (1962).

⁵⁷ Die Untersuchungsergebnisse zu Deutschland bzw. Frankreich wurden in zwei Forschungsberichten veröffentlicht, vgl. Wehrhöfer (1997a, 1997b).

⁵⁸ Brubaker (1994: 126).

den. Bereits im napoleonischen "Code civil" von 1804 galt, daß in Frankreich geborene Kinder ausländischer Eltern mit ihrer Volljährigkeit einen Rechtsanspruch auf die französische Staatsbürgerschaft erwerben. 1851 wurde ein Gesetz verabschiedet, das jedes in Frankreich geborene Kind ausländischer Eltern zum Franzosen erklärte, wenn ein Elternteil ebenfalls in Frankreich geboren war. Die Enkel der Einwanderer, also die Nachkommen der dritten Generation, wurden somit automatisch zu Franzosen.

Vor dem Hintergrund einer umfangreichen Einwanderungsbewegung nach Frankreich seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dieses "ius soli" 1889 auf die zweite Generation der Einwanderer ausgedehnt. Auf diese Reform der Rechtsordnung von 1889 geht auch das heutige französische Staatsbürgerschaftsrecht zurück. Als Einwanderungsland verstand sich die Französische Republik nicht nur als ein Ziel unter vielen anderen, den Einwanderern wurde vielmehr unterstellt, daß sie aus bewußter Entscheidung für die Idee der Republik, aus Begeisterung für die französische Zivilisation ins Land kamen. Insofern stand es für die weitaus meisten Franzosen immer außer Frage, daß die Migranten der großen Einwanderungswellen des 19. und 20. Jahrhunderts Franzosen werden wollten, was vor dem Hintergrund des französischen Integrationsverständnisses implizierte, daß sie sich bereitwillig an die französische Art zu leben anpaßten. Die Assimilation, als eine bewußte Politik des "Gleichmachens", ist das komplementäre Gegenstück zum skizzierten Staatsbürgerschaftsrecht. Sie setzt eine politische Konzeption der Mitgliedschaft im Staat, den Glauben, daß der Staat Fremde zu Staatsbürgern machen kann, voraus.

Das deutsche Modell der Staatsbürgerschaft beruht auf der seit 1913 unveränderten Staatsangehörigkeitsgesetzgebung.⁵⁹ Deutscher ist demzufolge derjenige, der von deutschen Vorfahren abstammt. Diese wiederum verkörpern das gemeinsame Erbe und die Substanz der deutschen Nation. Die deutsche Staatsbürgerschaft beruht somit allein auf dem Abstammungsprinzip, dem sogenannten "ius sanguinis" ohne jegliche Elemente eines "ius soli" aufzunehmen. Die deutsche Identität definiert sich auf der Basis der "deutschen Volksgemeinschaft", die durch eine gemeinsame Kultur gekennzeichnet ist. Deutschland versteht sich als Kulturnation. Im Unterschied zur republikanischen Tradition Frankreichs, in der Nationalität und Bürgerrechte wechselseitig aufeinander bezogen sind, steht hinter dem Begriff der Nation in Deutschland auch ein romantisches Verständnis, nämlich die Vorstellung vom Volk als ethnischer Einheit, losgelöst vom jeweils konkret existierenden Staat und seiner Verfassung. Das deutsche Volk geht der deutschen Nation und dem deutschen Staat voraus. Die erste Aufgabe des Staates ist es, die Einheit und Homogenität des deutschen Volkes zu wahren bzw. wiederherzustellen.

Trotz dieser gegensätzlichen Modelle der Staatsbürgerschaft zeigt der tatsächliche Einwanderungsverlauf in Frankreich und (West-)Deutschland erstaunliche Parallelen. In beiden Ländern reicht die Geschichte der Zuwanderung bereits bis in das 19. Jahrhundert zurück. Allerdings war Frankreich im 19. und noch weit bis in das 20. Jahrhundert hinein das wichtigste Einwanderungsland Europas, während Deutschland aufgrund seines viel stärkeren Bevölkerungswachstums erst zum Ende des 19. Jahrhunderts vom Auswanderungsland zum Zuwanderungsland wurde.

⁵⁹ Hoffmann (1992), Funk (1995).

Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs verlief die Einwanderung nach Frankreich weitgehend unkontrolliert, aber in Abhängigkeit von der Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Arbeitsmigranten kamen vorwiegend aus europäischen Nachbarländern, vor allem aus Belgien und Italien, später auch aus Osteuropa. Gerade im industriellen Bereich waren Ausländer überproportional häufig beschäftigt und verrichteten die unattraktive und schwere Arbeit in Bergwerken und in der Stahlverarbeitung.⁶⁰ Frankreich ging schon früh zu einer gezielten Anwerbspolitik über. 1919 und 1920 schloß der französische Staat mit den Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Italiens bilaterale Verträge über den Zuzug von Arbeitskräften. Als Folge dieser Politik stieg die Zahl der ausländischen Bevölkerung bis 1931 auf 2,7 Millionen.⁶¹ Der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung lag in den 1930er Jahren bei 7,5 Prozent und war damit bereits genauso hoch wie heute.⁶²

Auch in Deutschland nahm die Zuwanderung von Arbeitskräften schon im Kaiserreich eine bedeutende Rolle ein. Um 1910 gab es nach amtlichen Schätzungen rund 1,2 Millionen "ausländischer Wanderarbeiter" im Deutschen Reich.⁶³ In der ostelbischen Landwirtschaft arbeiteten vor allem Polen. Migranten aus Italien und Rußland waren in der Regel als ungelernete Arbeiter im Baugewerbe, in Steinbrüchen und Ziegeleien sowie im Bergbau und Hüttenwesen beschäftigt.⁶⁴ Anders als in Frankreich war die Zuwanderung der ausländischen Arbeitsmigranten, insbesondere die der Polen, in Deutschland von Beginn an großen Anfeindungen ausgesetzt. Bereits Anfang der 1890er Jahre war die Furcht vor einer "Polonisierung des Ostens" von Deutschland groß.

In Frankreich war die Einwanderung zwar auch nicht unumstritten, wurde aber wegen der geringeren Bevölkerungszunahme als demographische und arbeitsmarktpolitische Notwendigkeit weitgehend akzeptiert. Diese Haltung setzte sich auch in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Im Unterschied zur vorangegangenen Periode versuchte Frankreich nach 1945 die Einwanderung durch eine zentrale Behörde stärker zu kontrollieren, um auf diese Weise die Zuwanderung aus nichteuropäischen Ländern zu begrenzen.⁶⁵ De facto konnte die Zuwanderung aber nicht in ihrer gewünschten Form gesteuert werden.⁶⁶ Wanderten bis Anfang der 1960er Jahre vor allem Italiener und Spanier ein, bildeten bald Portugiesen und Algerier die größten Zuwanderergruppen. Insgesamt wuchs der Bestand der Zuwanderer in den Jahren des wirtschaftlichen Booms zwischen 1955 und 1968 von 1,5 Millionen im Jahr 1955 auf 2,3 Millionen im Jahr 1965.⁶⁷

Eine ähnliche Entwicklung läßt sich auch für die Bundesrepublik Deutschland beobachten. Waren es in Frankreich die "trente glorieuses" die die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften forcierten, so vollzog sich in Deutschland die Anwerbung der "Gastarbeiter" im Zeichen

⁶⁰ Sassen (1996).

⁶¹ Sassen (1996).

⁶² Silverman (1994: 19).

⁶³ Bade (1992: 22).

⁶⁴ Herbert (1986: 57).

⁶⁵ Weil (1991: 56 ff).

⁶⁶ Freeman (1988: 165).

⁶⁷ Silverman (1994: 52).

des "Wirtschaftswunders". Der erste Vertrag zur Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften wurde 1955 mit Italien geschlossen. Die Zuwanderung der "Gastarbeiter" kam aber erst zwischen 1959 und 1965 richtig in Gang, nachdem auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt nahezu Vollbeschäftigung erreicht war und der Mauerbau 1961 den Strom der Flüchtlinge aus der DDR beendete. Zunächst stellten Italiener und Griechen die größten Anteile der ausländischen Bevölkerung in Westdeutschland. Seit den 1980er Jahren bilden Türken die größte Gruppe, gefolgt von Jugoslawen, Italienern und Griechen. Nach dem Ende der kurzen Rezession von 1966/67 stieg die Zahl der ausländischen Beschäftigten von 1968 bis 1973 von rund 1 Million auf etwa 2,6 Millionen an. Insgesamt belief sich die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer damals auf knapp 4 Millionen Personen, die somit einen Anteil von 6,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung stellten.⁶⁸

Obwohl die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in beiden Ländern bereits damals ein relativ großes Ausmaß erreichte, wurde die Frage der Einwanderung bis zum Ende der 1960er Jahre fast ausschließlich unter ökonomischen Aspekten wahrgenommen. Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte galt als unverzichtbare Bedingung für das weitere wirtschaftliche Wachstum, wurde aber gleichzeitig für eine temporäre Randerscheinung der Gesellschaft gehalten. Erst als sich seit Beginn der 1970er Jahre die Zusammensetzung der Einwandererpopulation durch den rasch zunehmenden Familiennachzug veränderte, rückte Einwanderung als umfassender sozialer Prozeß, der auch Rückwirkungen auf die Aufnahmegesellschaft zeigt, ins öffentliche Bewußtsein.

Diese Entwicklung löste in beiden Ländern Debatten aus, die aber bis heute jeweils unterschiedlich geführt werden. In Deutschland wird in der Verfestigung des Ausländeraufenthalts die Gefahr einer zunehmenden finanziellen Belastung für die Bundesrepublik gesehen. Die Debatte mündete schließlich in dem Anwerbestopp für Gastarbeiter aus Nicht-EG-Ländern vom November 1973.⁶⁹ In Frankreich kam es ebenfalls zu einer Neubewertung der Einwanderung. Hier steht aber die Frage der Assimilation der Einwanderer im Mittelpunkt. Die jüngere Einwanderung wird nun als "gesellschaftliches Problem" mit der älteren Einwanderung kontrastiert. Frankreich wird als einheitliche Nation dargestellt, die verschiedene, aufeinanderfolgende Einwanderungsschübe mühelos habe aufnehmen und assimilieren können. Dieser Prozeß sei nun aber gefährdet, weil sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren die Migrationsströme von europäischen auf vorwiegend (nord-)afrikanische Herkunftsländer verschoben hätten. Die kulturelle Nähe der früheren Eingewanderten, die den Assimilationsprozeß begünstigte, wird der kulturellen Distanz der neuen Immigranten entgegengesetzt, die eben diesen Prozeß behindert und den sozialen Zusammenhang bedroht. Diese Interpretation der Einwanderung begünstigte 1974 die Entscheidung der französischen Regierung, einen vorläufigen Zuwanderungsstopp zu erlassen.

Unzweifelhaft müssen der Zuwanderungsstopp in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich auch vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise gesehen werden, die in beiden Ländern zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Da die Einwanderung

⁶⁸ Andres (1992: 24).

⁶⁹ Herbert (1986: 219).

zuvor fast ausschließlich mit arbeitsmarktpolitischen Erwägungen legitimiert wurde, konnte es dieser Logik nur entsprechen, daß sich bei einer Verknappung der Arbeitsplätze auch die Zahl der Einwanderer reduzieren mußte. Dennoch kann der Zuwanderungsstopp nicht nur auf ökonomische Motive reduziert werden. Vor allem in der französischen Debatte um die Begrenzung der Zuwanderung zeigt sich auch der wachsende Stellenwert, der der Frage der Integration in einem weiteren Sinne beigemessen wird. Die Begrenzung der Zuwanderung wird als erste Voraussetzung für die erfolgreiche Integration der bereits im Land befindlichen Immigranten betrachtet. Damit stellt der Beginn der 1970er Jahre eine Übergangsperiode zu einer neuen Phase der Migrationspolitik dar. Frankreich und Deutschland müssen erkennen, daß die Zuwanderung keine temporäre Arbeitsmigration geblieben ist, sondern sich als dauerhafte Einwanderung herausstellt. In dieser Phase wird die Einwanderung zum "Einwanderungsproblem". In den 1970er Jahren wird in beiden Ländern eine Auseinandersetzung darüber geführt, wie mit dieser Situation umgegangen werden soll. In der bundesdeutschen Migrationspolitik wird nun neben der Konsolidierung der Zahl der Zuwanderer die möglichst schnelle Integration der Zuwanderer als weitere Zielperspektive ausgegeben, ohne daß über den Inhalt des Begriffs wirkliche Übereinstimmung besteht. An der bisherigen Prämisse der deutschen Migrationspolitik wird aber festgehalten: Die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, die Ausländer sollen im Regelfall nach einiger Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren, der Anwerbestopp soll beibehalten und die Rückkehrbereitschaft verstärkt werden. Dies bedeutet weiterhin die Nichtwahrnehmung der faktischen Einwanderungssituation. Der erklärten Leitlinie der Ausländerpolitik "Eingliederung ja - Einwanderung nein" entsprechend kann Integration also nur eine Integration auf Zeit bedeuten.⁷⁰ Ausländische Kinder sollen z.B. in das deutsche Schulsystem integriert werden, andererseits aber den Kontakt zur Kultur der Heimat ihrer Eltern nicht verlieren, um die "Rückkehroption" offen zu halten. Erst das 1979 veröffentlichte Memorandum des ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Heinz Kühn, stellte mit seiner Forderung nach einer konsequenten Integrationspolitik unter Anerkennung der faktischen Einwanderungssituation einen Wendepunkt in der deutschen Migrationspolitik dar.⁷¹

Obwohl sich Frankreich traditionell als Einwanderungsland versteht, ist auch hier die Debatte über die Integration der Einwanderer ein Novum. Die Integration der Einwanderer schien bislang quasi naturwüchsig zu verlaufen, nun aber wächst in Frankreich die Überzeugung, daß die Integration offenbar einer gezielten Politik bedarf. Ähnlich wie in Deutschland stehen sich aber auch hier zwei Politikmodelle gegenüber. Zum einen sollen die Rahmenbedingungen der Integration durch eine Stärkung des rechtlichen Status der Einwanderer, durch die Schaffung neuen Wohnraums und die Initiierung von Ausbildungsprogrammen für Immigranten verbessert werden, auf der anderen Seite wird der Versuch unternommen, ausländische Arbeitskräfte durch einheimische zu ersetzen und die freiwillige Rückkehr der Einwanderer in ihre Herkunftsländer zu erreichen. Dabei zielt die Politik der Rückführung vor allem auf die nichteuropäischen und die moslemischen Immigranten, die als "schwer assimilierbar" angesehen werden.⁷²

⁷⁰ Mehrländer (1981 : 134).

⁷¹ Kühn (1979).

⁷² Weil (1994: 721).

In Deutschland wie in Frankreich markieren die 1970er Jahre somit einen Wendepunkt in der Migrationspolitik. Die Politik beider Länder folgt ähnlichen Zielen. Die Begrenzung des weiteren Zuzugs von Ausländern und die Integration der bereits im Land befindlichen ausländischen Zuwanderer werden als einander bedingende Komponenten der Migrationspolitik verstanden. Diese beiden Ziele bestimmen auch die Politik der 1982 ins Amt kommenden konservativ-liberalen Bundesregierung. Das Rückkehrförderungsgesetz von 1983, das mit materiellen Anreizen der Rückkehr der ausländischen Zuwanderer nachhelfen will, läßt jedoch erkennen, daß sich der Akzent nun stärker in Richtung Reduzierung der Ausländerzahl verschiebt.⁷³ Darüber hinaus kommt es in den 1980er Jahren zu einer immer stärkeren Überschneidung der Ausländer- mit der Asyldebatte. 1980 entbrennt die erste größere Asyldebatte. Der in dieser Debatte von allen Parteien gleichermaßen geäußerte Verdacht gegen türkische Asylbewerber, sie wollten auf dem Wege des Asylantrags den Anwerbestopp umgehen, und der in diesem Zusammenhang benutzte Terminus "Wirtschaftsflüchtlinge" macht die Verknüpfung der Ausländerdiskussion mit der Asyldebatte deutlich.⁷⁴ Die Asyldebatte des Jahres 1986 bildete einen weiteren Meilenstein auf dem Weg des kontinuierlichen "Qualitätsverlusts" in der Terminologie des Diskurses wie hinsichtlich des materiellen Asylrechts bis hin zur Infragestellung des Grundrechts auf Asyl schlechthin.⁷⁵ Bade resümiert die bundesdeutsche Migrationspolitik der 1980er Jahre so: "Der dramatische, später wieder rückläufige Stimmungsumbruch um die Wende der 1970er/80er Jahre trug deutliche Züge des Wandels von einer Aufnahme- zu einer Art Abwehrgesellschaft und erfaßte schließlich 'die Ausländer' schlechthin."⁷⁶

Anders als in Deutschland will die sozialistische Regierung in Frankreich zu Beginn der 1980er Jahre deutlich machen, daß sie sich zum Status Frankreichs als Einwanderungsland bekennt, indem sie die Rechte der legal im Land ansässigen Einwanderer stärkt und die Politik der Rückkehrförderung einstellt. Steigende Arbeitslosenzahlen, zunehmender Rassismus und vor allem der unerwartete Wahlerfolg der Front National, die mit einem explizit gegen Immigranten gerichteten Wahlprogramm bei den Kommunalwahlen im März 1983 über zehn Prozent der Stimmen gewinnen, setzen jedoch den Ansätzen einer liberaleren Einwanderungspolitik schnell ein Ende. Unter dem politischen Druck von rechts wie von links wird das Thema Einwanderung in den 1980er Jahren zu einem wichtigen Politikum in Frankreich. Statt des "travailleur immigré", des Arbeitsimmigranten, rückt die zweite Generation der maghrebinischen Einwanderer in den Mittelpunkt des Interesses. Mit vielbeachteten Demonstrationen in den Jahren 1983 und 1984 protestieren die Kinder der algerischen Einwanderer gegen den Rassismus auf der Straße und thematisieren ihre gesellschaftliche Ausgrenzung. Sie sind zwar französische Staatsbürger, werden aber gleichzeitig als "immigrés" diskriminiert. Der antirassistische Protest wird zum Ausgangspunkt der politischen Bewegung der "Beurs", die sich in zahlreichen eigenen Organisationen, Zeitschriften, Radiostationen und Kulturzentren manifestiert. Die Organisation als "Beurs" trägt aber nicht nur dazu bei, daß Immigranten als gesellschaftliche Akteure

⁷³ Meier-Braun (1988: 18).

⁷⁴ Bade (1994: 100).

⁷⁵ Wolken (1988).

⁷⁶ Bade (1994: 101).

sichtbar werden und das "Immigrationsproblem" somit insgesamt stärkere Beachtung findet, vielmehr wird das von Teilen der "Beurs" behauptete "Recht auf Differenz" von der französischen Öffentlichkeit auch als Ausdruck einer Entwicklung hin zu einem differentialistischen, kulturellen Pluralismus wahrgenommen, der mit dem französischen Verständnis der einheitlichen Nation und der Identität von Nationalität und Staatsbürgerschaft kollidiert.

Auf diese Weise wird die Einwanderungsdiskussion ab Mitte der 1980er Jahre zum Schauplatz einer umfassenden Auseinandersetzung um die Frage der nationalen Identität Frankreichs und der Zugehörigkeit der Einwanderer zum Nationalstaat, in deren Verlauf die bisherige Praxis des automatischen Erwerbs der französischen Staatsbürgerschaft für die "Einwanderer" der zweiten Generation vor allem von den konservativen und rechten Parteien in Frage gestellt wird. Ihr Vorwurf lautet, daß der einfache Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft durch das "ius soli"-Prinzip nur "Franzosen auf dem Papier" produziere, die aber nicht wirklich, also dem Geiste nach, Franzosen sein wollten. Auf diese Weise würde Frankreich seiner "französischen Identität" beraubt. Die im Juni 1987 eingesetzte "Commission de la Nationalité" schlägt schließlich in ihrem Bericht vor, die Praxis des "ius soli" nicht grundsätzlich zu verändern, die bisherige Regelung, den in Frankreich geborenen Kindern ausländischer Eltern bei ihrer Volljährigkeit automatisch die französische Staatsbürgerschaft zu erteilen, jedoch abzuschaffen. Stattdessen sollen die betreffenden Jugendlichen als Voraussetzung für den Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft ihren Willen, Franzosen zu werden, ausdrücklich erklären.⁷⁷ Offenbar ist die Symbolik der bewußten Entscheidung für Frankreich und die damit verbundene Annahme der kulturellen Assimilation das entscheidende Moment in dieser Diskussion. Durchgesetzt werden diese Vorschläge aber erst durch die 1993 ins Amt gekommene konservative Regierung Balladur. Die Reform des "Code de la Nationalité" ist 1993 aber nur Teil eines umfangreichen Gesetzespakets zur Kontrolle der Migration nach Frankreich, das das Ausländerrecht in allen Bereichen erheblich verschärft.

Obwohl Frankreich von den Migrationsbewegungen, die durch die offener werdenden Grenzen von Ost- nach Westeuropa gelangten, tatsächlich kaum berührt wird, wird die Zuwanderungsdebatte in Frankreich nach 1989 für kurze Zeit doch durch die Erwartung einer bevorstehenden großen Migrationswelle bestimmt.⁷⁸ Für die Bundesrepublik Deutschland hat das Ende des Ost-West-Konflikts, die Öffnung der Grenzen zwischen West- und Ostdeutschland und der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten tatsächlich Konsequenzen. Eine neue Phase der Zuwanderung bricht an. Während für die Bundesregierung noch immer gilt: "Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland", kommen ab 1989/90 jedes Jahr Hunderttausende Zuwanderer nach Deutschland, vor allem als Aussiedler und als Asylsuchende. Während aber die Zuwanderung von fast 400.000 deutschstämmigen Aussiedlern aus Rumänien, Polen und der Sowjetunion, die zwischen 1988 bis 1990 nach Westdeutschland kommen,⁷⁹ kaum problematisiert wird, wird die stetig steigende Zahl der Asylbewerber, die 1992 mit über 400.000 Personen ihren Höhepunkt erreicht, schließlich zum Gegenstand eines der heftigsten innenpoli-

⁷⁷ Commission de la Nationalité (1988: 84).

⁷⁸ vgl. auch Angenendt u.a. (1994: 82).

⁷⁹ Bade (1994: 148f).

tischen Konflikte in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Asylsuchenden werden von vielen als Vorboten einer neuen "Völkerwanderung der Armen" wahrgenommen. Eine Welle ausländerfeindlicher Gewalttaten gegen Asylbewerber und andere Zuwanderer wird von konservativen wie sozial-liberalen Politikern gleichermaßen als zwingender Handlungsdruck interpretiert. Der 1993 gefundene "Asylkompromiß" erschwert die Möglichkeit, in Deutschland politisches Asyl zu beantragen, ganz erheblich. Seitdem hat das Thema Asyl viel von seiner Brisanz verloren, das Thema Einwanderung ist aber nicht von der politischen Tagesordnung verschwunden. Mit der Asyldebatte ist vielmehr seit Ende 1990 die Diskussion über einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Migrationspolitik verstärkt in Gang gekommen und wird in neuer Intensität und Breite weiter geführt.

Die 1980er und 1990er Jahre sind somit in beiden Ländern von einer deutlichen Verschärfung der Migrationspolitik gekennzeichnet. Unter dem Eindruck sich verstärkender ausländerfeindlicher Tendenzen werden in beiden Ländern ähnliche Problemgruppen identifiziert. In Frankreich sind es die Einwanderer aus dem Maghreb, deren islamische Religionszugehörigkeit zunehmend als Hindernis für die schwierige Integration wahrgenommen wird. In Deutschland sind es ebenfalls die moslemischen, in diesem Fall in der Regel türkischen, Einwanderer, deren Integration problematisiert wird. Daß sich die französische Integrationsdebatte so sehr auf die moslemischen Jugendlichen der zweiten Einwanderergeneration fokussiert, ist allerdings eine Besonderheit der französischen Diskussion. Abweichend vom deutschen Kontext haben die "Beurs" in den achtziger Jahren begonnen, sich als eine von der französischstämmigen Gesellschaft differente Gruppe mit einer spezifischen Problem- und Interessenlage politisch zu artikulieren. Wesentlich für die Migrationspolitik in Frankreich ist demnach die Konstituierung eines "Immigrationsproblems", das sich aus dem Zusammentreffen dreier Bedingungen ergibt: erstens die anhaltende Wirtschaftskrise; zweitens die Präsenz nichteuropäischer, moslemischer Einwanderer; die drittens ihre spezifische Problem- und Interessenlage politisch artikulieren. So zentral wie das Thema Asyl seit den 1980er Jahren in der bundesdeutschen Diskussion geworden ist, so wichtig war die Debatte um das Staatsbürgerschaftsrecht für die französische Migrationspolitik. In beiden Ländern kam es über die Diskussion dieser Themen zu einer Annäherung sozialdemokratischer und konservativer Einwanderungspolitik. Daß aber die deutsche Migrationspolitik noch immer von der Prämisse bestimmt wird, daß "Deutschland kein Einwanderungsland" ist, unterscheidet sie ganz wesentlich von der französischen Politik. So ist die Bundesrepublik Deutschland zu einem "Nicht-Einwanderungsland" mit den typischen Problemen und Diskursen eines Einwanderungslandes geworden. Eine klare Vorstellung davon, wie Integration zu verlaufen hat, an welchen Zielen und Werten sie sich orientieren soll, hat sich aber trotz der faktischen Einwanderungssituation nicht herausgebildet. Statt dessen spiegelt sich in der deutschen Weigerung ein Einwanderungsland zu sein, eher der Versuch, die Fiktion einer ethnisch reinen Nation aufrechtzuerhalten.

3.3 "Fremdenfeindlichkeit". Rekonstruktion des idealtypischen ethnisierenden Diskurses

Die Migrationsproblematik leitet ihre politische Sprengkraft aus der Tatsache ab, daß sie unmittelbar das Problem der Identität einer Gesellschaft berührt. Deshalb ist auch gerade die Frage der Einwanderung ein Thema der politischen Rechten. Aus den Beiträgen rechtsextremer Politiker, z.B. der "Republikaner" in der Bundesrepublik oder der "Front National" in Frankreich, läßt sich daher der ethnisierende Diskurs am ehesten als Idealtyp rekonstruieren. In etwas abgeschwächter Form findet sich der ethnisierende Diskurs aber auch bei Vertretern der konservativen Parteien wie beispielsweise den CDU- und CSU-Politikern Heinrich Lummer, Edmund Stoiber oder Alfred Dregger. In einer Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus sind schließlich zahlreiche Publizisten angesiedelt, die den ethnisierende Diskurs entweder in konservativen Publikationen wie der FAZ, Criticon, MUT, Figaro-Magazine oder in eigenständigen Monographien vertreten. Diese Repräsentanten ethnisierenden Denkens in Deutschland und Frankreich sind zwar nicht als eine homogene Gruppe zu verstehen, dennoch teilen sie weitgehend eine bestimmte Sicht auf das "Einwanderungsproblem" (vgl. Tabelle 3.1).

In dieser Sichtweise erscheint die aktuelle Einwanderung, sei es in Deutschland über das Asylrecht oder in Frankreich als illegale Zuwanderung, als "Vorhut einer möglicherweise gigantischen globalen Völkerwanderung", die "Europa im Verlauf des 21. Jahrhunderts leicht unter sich begraben könnte."⁸⁰ Wenn die europäischen Staaten der Zuwanderung keinen Einhalt gebieten, drohe der Verlust des europäischen Wohlstands⁸¹ und die "Vernichtung deutscher und europäischer Identität".⁸² Die "tiefgreifenden ethnisch-kulturellen Umbrüche in den europäischen Zentralregionen", die aus der Zuwanderung nach Europa resultierten, schwächten Europa gegenüber "Staaten mit so alter Kulturtradition wie China und Japan", die "ihre ethnisch-kulturelle Identität insoweit bewahren oder sie im Zuge der neuen Emanzipationsbewegungen wiedergewinnen könnten."⁸³ Die Gefahr droht aber nicht durch Ausländer generell, sondern durch die Ausländer, die sich nicht integrieren wollen oder können. So formuliert Theodor Schmidt-Kaler in einem früheren Beitrag für die FAZ: "Unser Problem sind nicht die Gastarbeiter schlechthin, sondern ihr asiatischer Anteil [gemeint sind hier die Türken]. (...) Wenn man das Spezialproblem Süditalien ausklammert, so kann man feststellen, daß die aus dem europäischen Raum zu uns kommenden Gastarbeiterfamilien nach ihrer Fertilität, ihrem kulturellen, soziologischen und religiösen Kontext Aussicht auf Akkulturation bieten (...). Auf die Asiaten trifft all das nicht zu."⁸⁴ In diesem Sinne werden die moslemischen Einwanderer übereinstimmend als "Problemgruppe Nr. 1 in Europa" bezeichnet, da nämlich, das würden die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, ihre Integration "praktisch unmöglich" sei.⁸⁵ Für Heinrich Lum-

⁸⁰ Hornung (1990: 85).

⁸¹ Ritter (1990: 36 ff).

⁸² Ritter (1990: 36 ff).

⁸³ Faul (1992: 6).

⁸⁴ Schmidt-Kaler (1980).

⁸⁵ Werner (1992: 8 f); Faul (1992).

mer stellt sich angesichts der moslemischen Religionszugehörigkeit die Frage, "inwiefern Moslems die (...) Anerkennung der Grundwerte unserer Verfassung überhaupt leisten können."⁸⁶

Das Problem der Überfremdung und des Verlusts der eigenen gesellschaftlichen Identität stelle sich dagegen nicht bei "christlichen Europäern", diese seien "allemal leichter zu integrieren als Moslems aus Afrika oder Asien, zu denen ja auch die Türken gehören."⁸⁷

Die moslemische Religionszugehörigkeit hat in diesem Diskurs aber nicht den Charakter eines erworbenen Identitätsmerkmals, vielmehr wird die Zugehörigkeit zum Islam zu einem Zeichen grundlegender und unveränderlicher kultureller Differenz. Lummer hebt in seinem Beitrag hervor, daß "dem Moslem" die endgültige Abwendung vom Islam nicht gestattet sei.⁸⁸ Diese Feststellung grundlegender kultureller Differenz wurzelt in einer Sicht, in der Völker als ahistorische, natürliche Einheiten erscheinen, deren Merkmale und Eigenschaften durch natürliche Auslese entstanden sind. Diese These vertritt beispielsweise Manfred Ritter, ehemaliger bayerischer Landesanwalt am Verwaltungsgericht Ansbach, in seinem Buch "Sturm auf Europa". Da die verschiedenen Völker unterschiedliche Kulturen mit einmaligen unverwechselbaren Qualitäten entwickelt hätten, würde eine "Vermischung der Völker" als Folge von Einwanderung "gegen die Interessen aller Völker und aller Rassen verstoßen, die ein natürliches Menschenrecht besitzen, so zu sein und zu bleiben, wie sie in einer gnadenlosen und opfervollen 'natürlichen Auslese' in Tausenden von Jahren entstanden sind."⁸⁹ Weil also unterschiedliche Kulturen immer in Konkurrenz zueinander stehen, handelt es sich bei multikulturellen Gesellschaften zwangsläufig um Konfliktgesellschaften, in denen, wie es Edmund Stoiber formuliert, die "aggressivste Konfrontation unterschiedlicher, nicht integrierbarer Gruppierungen verschiedener sozialer und religiöser Herkunft" an der Tagesordnung ist.⁹⁰

Als das "Eigene", das gegen die Bedrohung durch das "Fremde" verteidigt werden muß, gilt also die eigene Nation und darüber hinaus Europa als gemeinsamer Kulturraum. So stellt Bruno Megret, Chefideologe der französischen "Front National" fest:

"Als erstes unserer Prinzipien nenne ich die Identität. Die Identität wird dem Menschen zum Teil bei der Geburt mit seinem genetischen Erbe gegeben und im folgenden von den sozialen Gemeinschaften, die ihn umgeben. An erster Stelle steht hier die Familie; später folgt die lokale Gemeinschaft; im umfassenden Sinne ist es dann die Nation, für uns Frankreich, die uns unsere historische Identität gibt. Über der Nation steht noch Europa, da wir der gleichen europäischen Zivilisationsgemeinschaft angehören."⁹¹

Als notwendige Konsequenz aus dieser Konfliktbeschreibung formuliert Jan Werner, ehemaliger Mitarbeiter Helmut Schmidts, als Teil der "Überlebensstrategien für Europa":

"(W)ir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer (aus Nicht-EG-Staaten) in ihre Heimatländer zurückschicken müssen. Besser, früher. Das gilt in erster Linie für die größte Gruppe, die Türken, es gilt aber auch für die Iraner, Libanesen, Ira-

⁸⁶ Lummer (1992: 48).

⁸⁷ Lummer (1992: 49).

⁸⁸ Lummer (1992: 48).

⁸⁹ Ritter (1990: 64 f).

⁹⁰ Stoiber (1992: 5).

⁹¹ Vgl. "die tageszeitung" vom 1.12.1988.

ker und Kurden, die Algerier und Marokkaner."⁹² Darüber hinaus müßten die Grenzen Europas "so gesichert werden, daß sie undurchdringlich werden."⁹³

Die nachfolgende Tabelle faßt die wesentlichen Merkmale des ethnisierenden Migrationsdiskurses in idealtypischer Weise zusammen:

Tabelle 3.1: Idealtypischer ethnisierender Diskurs aus europäischer Sicht

Konfliktbeschreibung	Durch (Arbeits)Migration droht Überfremdung, der Verlust der eigenen kulturellen Identität sowie der Verlust des nationalen bzw. europäischen Wohlstands.
Das Fremde	Moslems und andere Migranten aus traditionellen, rückständigen Ländern/Kulturen sind nicht zur Integration bereit oder fähig. Ihr unzivilisiertes Verhalten, ihre Kriminalität und ihre Armut sind Ausdruck ihrer kulturellen Differenz.
Das Eigene	Europa ist als christlicher, aber säkularisierter, aufgeklärter Kulturraum bzw. als Wohlstandsfestung definiert.
Konsequenzen	Die Einwanderung aus fremden Kulturen muß durch eine umfassende Grenzsicherung verhindert werden. Moslemische Zuwanderer und andere Fremde müssen, wenn sie sich nicht assimilieren, "repatriiert" werden.
Vertreter	Politiker rechtsextremer, z.T. auch konservativer Parteien: Heinrich Lummer, Alfred Dregger, Bruno Megret, Jean-Marie Le Pen, Charles Pasqua; Publizisten: Manfred Ritter, Paul Yonnet; Wissenschaftler: Klaus Hornung, Theodor Schmidt-Kaler, Irenäus Eibl-Eibesfeld.

3.4 Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der Diskursanalyse

3.4.1 Der französische Migrationsdiskurs

Für die Analyse des französischen Migrationsdiskurses wurden die beiden politischen Magazine "Le Point" und "Le Nouvel Observateur" ausgewählt. Die Zeitschrift "Le Point" ist in ihrer politischen Ausrichtung dem konservativen, (neo)-gaullistischen Lager zuzuordnen. "Le Nouvel Observateur" rechnet sich selbst der französischen Linken zu. Sein Profil gewann der "Nouvel Observateur" als Ort der großen intellektuellen, sozialen und philosophischen Diskussionen wie zum Beispiel um Feminismus, Ökologie und die "nouvelle philosophie".

Die ausführliche Analyse des französischen Migrationsdiskurses im Untersuchungszeitraum von 1986 bis 1995 hat gezeigt, daß es sich dabei in erster Linie um einen "Integrationsdiskurs" handelt. Die überwiegende Mehrzahl der Artikel, nämlich fast 70 Prozent, setzt sich mit der Frage der Integration der bereits im Land befindlichen Einwanderer auseinander. Die Spann-

⁹² Werner (1992: 256 f).

⁹³ Werner (1992: 250).

weite der unter diesem Stichwort diskutierten Themen reicht von der Darstellung einzelner Immigrantengruppen über die Problematik des Staatsbürgerschaftsrechts bis hin zur Feststellung einer grundlegenden Krise des französischen Integrationsmodells. Unter dem Stichwort Integration nimmt allerdings die Auseinandersetzung mit dem Islam den größten Raum ein. 36 Prozent aller Beiträge, das ist die Hälfte der Artikel, die die Frage der Integration thematisieren, beschäftigen sich mit dem Islam. Der Migrationsdiskurs Frankreichs ist somit nicht nur ein Integrations-, sondern vor allem auch ein Islamdiskurs. Die zeitlichen Konjunkturen des Migrationsdiskurses sind nahezu ausschließlich auf die Auseinandersetzung mit dem Islam zurückzuführen. Ein unerwarteter Befund der Analyse des französischen Migrationsdiskurses ist aber die Feststellung, daß die Frage der Integration der muslimischen Immigranten in den beiden untersuchten Publikationen nicht nur quantitativ den gleichen Stellenwert besitzt. Unabhängig vom unterschiedlichen politischen Profil folgen beide Zeitschriften auch mehr oder weniger der gleichen Argumentation. Die Unterschiede sind so gering, daß sie in der zusammenfassenden Darstellung der Diskursanalyse nahezu vernachlässigt werden können.

Thematisiert werden in beiden Zeitschriften vor allem die Integrationsprobleme, also die schwierige oder nicht erfolgte Integration einzelner Immigrantengruppen. Integrationserfolge spielen bei der überwiegenden Mehrzahl der Artikel so gut wie keine Rolle. Lediglich die asiatischen Zuwanderer (z.B. aus Vietnam) werden als Beispiel einer erfolgreichen Integration angeführt. Der Erfolg maghrebinischer Immigranten der zweiten Generation wird lediglich in einem Beitrag explizit geschildert. Allerdings verweist auch dieser Artikel auf den Widerspruch zwischen "Integration" einerseits und dem Phänomen der "zweiten Generation" andererseits. Die Existenz einer "zweiten Generation" als Gegenstand soziologischer Analysen und besonderer politischer Maßnahmen wird als Zeichen für die noch nicht erfolgte Integration gewertet. Folgerichtig ist in Bezug auf asiatische oder europäische Immigranten auch nicht von der "zweiten Generation" die Rede.

Entscheidend für die Bewertung des Integrationserfolges bzw. des Scheiterns der Integration sind in erster Linie kulturelle Kriterien. Als Beleg für die erfolgreiche Integration "der Asiaten" wird ihr wirtschaftlicher Erfolg angeführt, der sich in ihrer Zielstrebigkeit und Sparsamkeit, ihrem Fleiß bzw. ihrem konfuzianischen Arbeitsethos begründet. Diese Werte und Eigenschaften seien denen der Franzosen ähnlich. Die unterstellte kulturelle Nähe zu Frankreich ist somit der Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Anderen nichteuropäischen Zuwanderern wird diese kulturelle Nähe dagegen nicht zugeschrieben. Selbst wenn der Prozeß der Akkulturation im Prinzip gar nicht durchlaufen werden muß, wie im Fall der sog. "zweiten Generation" (der maghrebinischen Einwanderer), die ja zum größten Teil nicht selbst eingewandert, sondern häufig bereits in Frankreich geboren und aufgewachsen ist, wird in der Regel eine kulturelle Distanz zur französischen oder europäischen Kultur unterstellt.

Der links-liberale "Nouvel Observateur" neigt zwar eher als "Le Point" dazu, die jugendlichen "Beurs" als "normale Jugendliche" mit typischen Wünschen und Vorstellungen darzustellen. Dieses verständnisvollere Bild von den Jugendlichen der zweiten Generation, das der "Nouvel Observateur" zeichnet, steht aber nicht im Widerspruch zu dem Befund, daß beide Zeitschriften den Islam als das größte Integrationshindernis betrachten. Als integriert oder typisch französisch gelten die "Beurs" nämlich immer dann, wenn sie bekennen, daß der Islam in ihrem Leben

keine oder nur eine marginale Rolle spielt, jedenfalls aber eindeutig auf das Private begrenzt bleibt.

Die Auseinandersetzung mit dem Islam als Integrationshindernis spitzte sich vor allem in den Jahren 1989 und 1994 zu. Zwei Ereignisse sind es, die die Konjunktur der Berichterstattung im Jahre 1989 verursacht haben. Im Februar greift die Affäre um den britischen Schriftsteller Salman Rushdie und sein Buch "Satanische Verse" von Großbritannien nach Frankreich über. Im September des Jahres wird die Weigerung dreier muslimischer Schülerinnen, ihre Kopftücher während des Unterrichts abzulegen, und ihr Schulverweis durch den Rektor der Schule zum Anlaß einer nationalen Debatte um die fehlende Bereitschaft der moslemischen Immigranten, sich in die französische Gesellschaft zu integrieren.

Die "Rushdie-Affäre" gilt beiden Zeitschriften als Beleg für die Intoleranz des Islam, die die grundlegende Differenz zwischen dem heutigen Christentum und dem Islam markiere. Der Wille zum Meinungsmonopol, der dem Islam zu eigen sei, verletze die Prinzipien der weltweiten Zivilisation auf der Basis der universell gültigen Menschenrechte. Die "Rushdie-Affäre" wird als Beleg für die Nichtzugehörigkeit des Islams zur modernen Welt gewertet. Die "Kopftuch-Affäre" wird wegen ihres Symbolgehalts (angedeuteter Schleier) von "Nouvel Observateur" wie von "Le Point" übereinstimmend nicht als isoliertes Phänomen, sondern als Angriff gegen die konfessionelle Neutralität der Schule und damit gegen die zentrale Grundlage des laizistischen Staates interpretiert. Wollte der laizistische Staat seine Glaubwürdigkeit behalten, müsse dem Islam in der Schule eine eindeutige Absage erteilt und das Tragen von Kopftüchern verboten werden. Von der Frage, welche Bedeutung das laizistische Prinzip in der öffentlichen Schule noch habe, verschiebt sich die Debatte somit auf die Diskussion, inwiefern der Islam die nationale Identität Frankreichs bedroht. Beide Publikationen stimmen überein, daß es berechtigt sei, über drei Kopftücher eine nationale Debatte zu entfachen, denn hinter den islamischen Schleieren verberge sich die Frage der Integration des Islam in die französische Gesellschaft. Damit sei die Frage nach der nationalen Identität gestellt. Wenn bei den mehr als drei Millionen Moslems "die Magie des Schmelzriegels" nicht mehr in gleicher Weise funktioniere wie bei den zuvor eingewanderten Polen, Italienern, Spaniern und Portugiesen, dann lasse das darauf schließen, daß die Schwierigkeiten der Integration im Wesen der islamischen Kultur begründet liegen. Der Islam wird als eine alle Lebensbereiche bestimmende Religion und Kultur und als nicht vereinbar mit der französischen Lebensweise beurteilt.

Im Herbst 1994 erlebt die "Kopftuch-Affäre" ein Comeback. Ein Rundschreiben des Erziehungsministers François Bayrou, das das bewußte und herausfordernde Tragen von religiösen Zeichen in der Schule verbietet, wird zum Anlaß für die zweite "Kopftuch-Affäre". Vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge algerischer islamischer Fundamentalisten in Frankreich bekommt diese Auseinandersetzung eine neue Qualität. Nun rückt im Migrationsdiskurs in den Mittelpunkt, was fünf Jahre zuvor nur leise anklang: "L'intégrisme", die französische Bezeichnung für einen fundamentalistischen und aggressiv nach außen gerichteten Islam, wird zum dominierenden Schlagwort. Vom Kopftuch islamischer Schülerinnen über die Situation der Frau im Islam und die Zunahme fundamentalistischer Bewegungen in den arabischen Ländern bis hin zum islamischen Terrorismus wird ein umfassender Bogen geschlagen. Auch der als ethnischer Konflikt wahrgenommene Krieg im ehemaligen Jugoslawien trägt dazu bei, die

"Kopftuch-Affäre" zunehmend als Konflikt zwischen dem Westen und dem Islam zu interpretieren.

Die neue Qualität schlägt sich auch in einem dramatisierenden und zuweilen auch militarisierenden Sprachgebrauch nieder. So ist in "Le Point" von der "guérilla du voile" die Rede. Das Kopftuch wird nun in aller Regel auch nicht mehr als "foulard" (Kopftuch) bezeichnet, sondern als "voile" (Schleier) oder als "voile islamique". Oder es wird gar mit der arabischen Bezeichnung "hidjab" belegt, obwohl es sich immer noch um das gleiche Kleidungsstück handelt. Der Charakter der Fremdartigkeit und kompletten Differenz zur französischen Lebensweise wird somit hervorgehoben.

In den ersten Jahren des Untersuchungszeitraums spielt hingegen das Thema der Banlieue, der französischen Vorstadtsiedlungen, für den Migrationsdiskurs nur eine sehr geringe Rolle. Erst mit der Äußerung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in einem Interview mit dem Fernsehsender Antenne 2 im Dezember 1989, in dem er feststellt, die Toleranzschwelle Frankreichs sei bereits seit den 1960er Jahren erreicht, wird das Thema der Banlieue schlagartig zum neuen Fokus der Integrationsdebatte.

Im Diskurs beider Publikationen erscheinen die Banlieues fast ausschließlich von Immigranten bewohnt. Französischstämmige Einwohner kommen in den Artikeln so gut wie nicht vor, und wenn, dann als Opfer der Rücksichtslosigkeit ihrer immigrierten Nachbarn. Als entscheidendes Problem der Banlieues gilt somit die hohe Immigrantepopulation und ihre ethnische Diversität. Unter diesen Vorzeichen gelten die Vorstadtsiedlungen als "Ghettos", die ein Symbol für die gescheiterte Integration eines Teils der Immigranten sind. Hervorgehoben wird der Aspekt des Kontrollverlustes durch den Staat. Viele Banlieues seien so etwas wie ein "Niemandland" geworden, mit "unsichtbaren, aber unüberwindlichen Grenzen". Auch im Motiv der Banlieue verdichten sich diese Themen des Islamdiskurses: das Problem der Nicht-Integration der zweiten Generation, die Gefahr des zunehmenden Einflusses eines fundamentalistischen Islam, die Banlieue als Rekrutierungsfeld für den "Islamterrorismus". Um die Überschreitung der Toleranzschwellen zu vermeiden, muß eine Konzentration von Einwanderern, insbesondere von Angehörigen "ferner Kulturen" verhindert werden. Die Bildung von Ghettos in den Banlieues wird somit in erster Linie als kulturelles Problem, als selbstgewählte ethnische Segregation der "fremden Migranten" begriffen. Erst in zweiter Linie wird das Phänomen als Folge und nicht als Ursache, als ein soziales Problem verstanden. Ghattobildung wird demnach durch ethnische Gemeinschaften, die sich als assimilationsunwillig bzw. -unfähig erweisen, forciert und darüber hinaus durch eine Politik der Differenz verstärkt. Diese Politik ist "unfranzösisch" und stattdessen das Kennzeichen der "multikulturellen Gesellschaften" der angelsächsischen Nationen, die hier als Gegenmodell zum französischen Integrationsmodell fungieren.

3.4.2 Der deutsche Migrationsdiskurs

Der deutsche Migrationsdiskurs wurde anhand der beiden wöchentlich erscheinenden Zeitschriften "Der Spiegel" und "Welt am Sonntag" analysiert. "Der Spiegel" steht hier für die links-liberale Position. Darüber hinaus dürfte seine Bedeutung für die deutsche Presseland-

schaft unumstritten sein. Als Problem erwies sich zunächst die Auswahl eines adäquaten konservativen Gegenstücks zum "Spiegel". Eine Zeitschrift mit vergleichbarem Erscheinungsbild und Charakter, wie sie beispielsweise der "Focus" darstellt, war nicht für den gesamten Untersuchungszeitraum verfügbar. Die Wahl traf daher auf die Wochenzeitung "Welt am Sonntag". Sie steht im politischen Spektrum den christlich-konservativen Parteien CDU und CSU nahe.

Als Ergebnis der quantitativen Analyse konnte festgestellt werden, daß der Migrationsdiskurs vier thematische Schwerpunkte zeigt. Diese vier Teildiskurse zu den Themen "Asyl", "Fremdenfeindlichkeit", "Integration der Zuwanderer in die Einwanderungsgesellschaft" und "Ausländerkriminalität" thematisieren jeweils aus einer unterschiedlichen Perspektive die zentrale Frage des Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland. Das Thema "Asyl" hat zwar das größte Gewicht im Migrationsdiskurs, dennoch ist der deutsche Migrationsdiskurs nicht bloß ein Asyldiskurs. Während zu Beginn des Untersuchungszeitraums der Migrationsdiskurs fast ausschließlich durch das Asylthema beherrscht wird, wird er ab 1993 stärker auch durch die anderen Themen definiert. 1995 und 1996 finden sich fast genauso viele Artikel zum Thema "Ausländerkriminalität" wie zur Zuwanderung von Asylsuchenden. Das läßt die Vermutung zu, daß die Asyldebatte der Jahre 1990 bis 1993 die Funktion eines Katalysators für den gesamten Migrationsdiskurs hatte. Die Asyldiskussion hat auch die Diskussion um andere Aspekte des Themas Migration angestoßen. Diese "Nachfolge-Diskussion", die auch dann nicht abbricht, als der Streit um das Asylrecht vorerst beendet ist, wird in der "Welt am Sonntag" ganz wesentlich durch das Motiv der Ausländerkriminalität bestimmt. Für den "Spiegel" besitzt das Thema Ausländerkriminalität bei weitem nicht den gleichen Stellenwert wie für die "Welt am Sonntag". Der Migrationsdiskurs im "Spiegel" fächert sich ab 1995 stärker aus, ohne daß er einen besonderen Schwerpunkt erkennen läßt. Insgesamt scheint sich aber ab 1995 ein Migrationsdiskurs zu etablieren, der unabhängig von herausragenden Konflikten und Zuspitzungen mit hoher Intensität geführt wird.

Die erste große Asyldebatte 1986 steht mit der Auseinandersetzung um das "Schlupfloch Berlin" noch im Zeichen des Systemgegensatzes. Der DDR wurde der Vorwurf gemacht, sie wolle mit einer großzügigen Vergabe von Transitvisa für Ost-Berlin die Zahl der Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik einreisen, absichtlich in die Höhe treiben, um auf diese Weise die Bundesrepublik politisch und gesellschaftlich zu "destabilisieren". Die zweite große Asyldebatte des Untersuchungszeitraums steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und der damit einhergehenden Erosion der Grenzen zwischen den politischen Blöcken.

Der Asyldiskurs lebt in erster Linie von der Beschreibung des Problemdrucks, der durch die Asylyzuwanderung entsteht. Dabei folgen "Spiegel" wie "Welt am Sonntag" der gleichen Argumentationsstruktur, wenn auch unterschiedliche Nuancierungen vorgenommen werden. Das zentrale Argument ist die Feststellung, daß die hohe Zahl der Asylbewerber eine Belastung darstellt, der der deutsche Staat nicht mehr gewachsen sei. Im Diskurs beider Publikationen wird die Zuwanderung durch Asylbewerber zu einer unüberschaubaren Masse, die nicht mehr zu bewältigende Unterbringungsprobleme schafft und untragbar hohe Kosten verursacht. Die Asylbewerber erscheinen vor allem in der "Welt am Sonntag" als bloße Empfänger von Sozialleistungen. Die Deutschen treten hingegen in der Rolle des "deutschen Steuerzahlers" oder des

"deutschen Sozialhilfe-Empfängers" und des "bescheidenen deutschen Rentners" auf, die schlechter gestellt sind als Asylbewerber. Die große Zahl der Asylbewerber wird aber auch als Beleg für den zunehmenden Mißbrauch des Asylrechts gedeutet. Vor allem im konservativen Diskurs der "Welt am Sonntag" wird Asylbewerbern jegliche politische Verfolgung im Herkunftsland abgestritten. Sie gelten hier vielmehr als "Sozialtouristen". Aber auch im "Spiegel" gilt die Mehrheit der Asylsuchenden nicht als politisch verfolgt. Gelten Asylbewerber im "Spiegel" noch als arm und bedürftig, so gesteht die "Welt am Sonntag" den Asylantragstellern nicht einmal eine besondere Bedürftigkeit zu. "Asylanten", wie Asylbewerber in der "Welt am Sonntag" durchweg bezeichnet werden, würden sogar eher zu den Wohlhabenden ihrer Herkunftsländer gehören, denn anders könnten sie sich die Kosten der Reise in die Bundesrepublik gar nicht leisten. Ihr Reisemotiv sei weder die Suche nach Schutz vor Verfolgung noch die Suche nach Arbeit. Während der "Spiegel" Asylbewerber als heimliche Arbeitsmigranten sieht, gelten sie der "Welt am Sonntag" nur als "Schmarotzer", die die Großzügigkeit des deutschen Sozialstaats ausnutzen.

Daß Asylbewerber als Einwanderer wahrgenommen werden, zeigt sich auch daran, daß sie mit der Integrationsforderung konfrontiert werden. Sie sollen sich ebenso integrieren, wie die bereits Jahre zuvor eingewanderten Gastarbeiter. Somit gehört zum Asylproblem auch die mangelnde Integrationsbereitschaft der Asylbewerber aus "fremden Kulturkreisen". Dieser Aspekt der Problembeschreibung nimmt in der "Welt am Sonntag" besonders breiten Raum ein. Neben "den Zigeunern" sind es vor allem die Asylbewerber aus "Schwarzafrika", die pauschal der Kriminalität, vor allem des Drogenhandels, verdächtigt werden. Die wenig ausgeprägte Bereitschaft zur Anpassung an die gesellschaftlichen Normen der Deutschen ist der "Welt am Sonntag" wiederum ein Beleg dafür, daß den "Asylanten" ein wirklicher Einwanderungswunsch abgesprochen werden kann. Im Unterschied zu jenen Arbeitsmigranten, die in den 1960er und 1970er Jahren nach Deutschland kamen, um sich hier ein besseres Leben zu erarbeiten, handele es sich bei den neuen Zuwanderern der 1990er Jahre nur noch um "Abenteurer". Auch im "Spiegel" wird der veränderte Charakter des Einwandererzustroms hervorgehoben. So bilden die früher eingewanderten Gastarbeiter hier zwar einen positiven Kontrast zu den neuen Zuwanderern, andererseits droht eine Überfremdung Deutschlands gerade deshalb, weil die neuen Fremden eine zusätzliche Belastung neben den ohnehin schon in Deutschland lebenden Fremden darstellen. Wird die "Belastungsgrenze" mit der ohnehin schwierigen Integration der Gastarbeiter schon berührt, wird sie nun mit den neu hinzukommenden Zuwanderern endgültig überschritten. Die Wandlung des Asyldiskurses zum Einwanderungsdiskurs trägt somit zu einer Vermengung der verschiedenen Statusgruppen bei. Unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik oder von ihren Einreisemotiven erscheinen die Ausländer "aus fremden Kulturkreisen" gemeinsam nur noch als Überfremdungspotential. Zum entscheidenden Differenzkriterium wird der Grad der Fremdheit.

Der Asyldiskurs mutiert auf diese Weise zu einem Diskurs um die Frage, ob Einwanderung nach Deutschland gewollt ist oder nicht und wie der Staat auf dieses Phänomen der ungewollten und unkontrollierten Einwanderung reagieren soll. Zunächst einmal wird aus dieser Problembeschreibung die Forderung nach durchgreifenden politischen Konsequenzen hinsichtlich des Asylrechts abgeleitet. In dieser Konsequenz besteht zwischen "Spiegel" und "Welt am

Sonntag" Konsens. Für den "Spiegel" geht es über das Problem der Angemessenheit des Asylrechts hinaus um das Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zu ihrem Status als Einwanderungsland und um die Konsequenzen, die daraus erwachsen. Der objektiv vorhandene Zuwanderungsdruck müsse durch ein Einwanderungsrecht in andere Bahnen gelenkt werden. Für die "Welt am Sonntag" ist die Bundesrepublik kein Einwanderungsland und darf auch keines werden. Die faktische Einwanderung, die aus der Verfestigung des Aufenthalts der ehemals angeworbenen Gastarbeiter resultiert, wird als historische Ausnahmesituation gesehen, die mittlerweile akzeptiert werden muß. Bei der Zuwanderung der Aussiedler handele es sich ebenfalls nicht um Einwanderung, sondern nur um eine Wiederzusammenführung des deutschen Volkes in einem gemeinsamen deutschen Staat als Spätfolge des zweiten Weltkriegs. Aus der Akzeptanz dieser Zuwanderung folgt aber nicht, daß auch künftig Einwanderung zugelassen oder sogar offensiv forciert werden solle.

Ein Vergleich der Asyldebatte von 1986 und der jüngsten Kontroverse um das Asylrecht in den 1990er Jahren läßt keine deutlichen Unterschiede in der argumentativen Struktur zutage treten. Wie in den 1980er Jahren wird auch die Asyldebatte der 1990er Jahre als Mißbrauchsdebatte geführt. Zum einen geht es um den Mißbrauch des Asylrechts durch Ausländer, die gar nicht politisch verfolgt sind, und zum anderen geht es um den Mißbrauch des Sozialstaats. Außer dem antikommunistischen Argument, die DDR ermögliche den Asylbewerberstrom durch das "Schlupfloch Berlin" in der Absicht, die Bundesrepublik zu destabilisieren, weist die Asylkontroverse des Jahres 1986 keine spezifischen Argumente auf. Die historische Konstellation des Ost-West-Konflikts hat auf diesen Konflikt keine wirklich prägende Wirkung. Die den Ost-West-Konflikt überdauernden Argumente spielen auch schon 1986 die größere Rolle. Spätestens in den 1990er Jahren, ansatzweise auch schon früher, ist die Asyldebatte eigentlich gar keine mehr. Der inhaltliche Fokus verschiebt sich, unter dem immer noch gleichen Label "Asylkontroverse" findet nun eine andere Diskussion statt. Die Asyldebatte ist in Wirklichkeit zu einer Einwanderungsdebatte geworden.

Das Thema "Fremdenfeindlichkeit" besitzt in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums kaum Relevanz. Erst als sich die gewalttätigen Anschläge auf Ausländer seit 1991 häufen, wird Fremdenfeindlichkeit zu einem Medienthema. Die Berichterstattung steht in einem sehr engen zeitlichen Zusammenhang zu den spektakulären gewalttätigen Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte und Ausländer. Damit wird zunächst einmal deutlich, daß Fremdenfeindlichkeit in der Regel nur dann Nachrichtenwert erlangt, wenn es sich um wirklich aufsehenerregende Fälle von Gewaltanwendung handelt. Diskriminierungen, die eher im Verborgenen angesiedelt sind, werden kaum aufgegriffen.

Auch die Argumentation läßt sich von der Abfolge der Anschläge leiten. Nach der Attacke auf ein von Ausländern bewohntes Haus in einer Wohnsiedlung der sächsischen Stadt Hoyerswerda wird Fremdenfeindlichkeit zunächst als ein typisch ostdeutsches Phänomen interpretiert. Die spezifisch ostdeutsche Mischung aus ökonomischer Unterprivilegierung, Frust und Perspektivlosigkeit, dies alles angesiedelt in der Trostlosigkeit der realsozialistischen Plattenbauten, erscheint sowohl dem "Spiegel" wie der "Welt am Sonntag" besonders dazu geeignet, Aggressionen gegen Ausländer hervorzurufen. Fremdenfeindlichkeit wird hier also als Ausdruck eines sozialen Konflikts wahrgenommen, der aus der Konkurrenz zwischen gleichermaßen unterpri-

veligierten Ostdeutschen und Ausländern erwächst. Das aber heißt im Umkehrschluß, daß Zuwanderung nur in Zeiten prosperierender Ökonomie ohne Probleme verläuft. Nachdem sich allerdings ausländerfeindliche Anschläge auch in Westdeutschland häufen, kann das Argument der Ausländerfeindlichkeit als bloßes ostdeutsches Phänomen nicht mehr ungebrochen aufrecht erhalten werden. Die gewalttätigen Ausschreitungen stellen sich nun in erster Linie als Konsequenz einer verfehlten Asylpolitik dar. In der "Welt am Sonntag" erscheint Fremdenfeindlichkeit nun als durchaus nachvollziehbare Reaktion einer ungehaltenen Bevölkerung auf das Versagen der Politiker in der Lösung des Asylproblems.

So wie aus der Asyldebatte im Lauf der Diskussion immer mehr ein Einwanderungsdiskurs wird, so setzt sich auch in der Debatte über Fremdenfeindlichkeit immer stärker das Argument durch, gewalttätige Konflikte seien eine geradezu zwangsläufige Begleiterscheinung des Aufeinandertreffens verschiedener Kulturen. Dieses Argument hat in der "Welt am Sonntag" besonders großes Gewicht. Ausländerfeindlichkeit ist demnach kein deutsches Phänomen, sondern ein Ausdruck des generell problematischen Aufeinandertreffens verschiedener Kulturen. Die im "Spiegel" vor allem im Zusammenhang mit den Brandanschlägen in Mölln und Solingen geäußerte Befürchtung, die Fremdenfeindlichkeit der Deutschen provoziere möglicherweise die Gegengewalt der Ausländer, läßt ebenfalls die Vorstellung erkennen, die "multikulturelle Gesellschaft" sei notwendigerweise konfliktträchtig. Fremdenfeindliche Handlungen und die dagegen gerichteten, zum Teil auch gewalttätigen Proteste von Immigranten erscheinen hier als Vorboten eines kommenden "Bürgerkriegs" zwischen Deutschen und Türken, die multikulturelle Gesellschaft fördere die Spirale der Gewalt. Fremdenfeindlichkeit erscheint der "Welt am Sonntag" somit als Beleg für die faktische Unmöglichkeit des Wandels der Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland. Für den "Spiegel" verweisen die ausländerfeindlichen Übergriffe zumindestens auf die erheblichen Schwierigkeiten, die mit der Entwicklung zum Einwanderungsland verbunden sind. Die Akzeptanz der deutschen Bevölkerung fehle - und damit fehle ein wesentlicher Pfeiler im Bedingungsgefüge der Migrationsgesellschaft.

Die Diskussion des Themenkomplexes "Multikulturelle Gesellschaft/Integration" setzt erst im Jahre 1989 ein. Der Wahlerfolg der rechtsextremen "Republikaner" bei den Wahlen zum Berliner Senat im Januar 1989 markiert den eigentlichen Beginn der Einwanderungsdiskussion. Zu diesem Zeitpunkt konzentriert sich die Diskussion noch weitgehend auf die "alte Einwanderung", d.h. auf die Integration der ehemaligen Gastarbeiter und ihre Familien. Die Diskussion über die Implikationen der Einwanderungssituation kommt aber erst so richtig in Gang, als im Zuge der Asyldebatte der 1990er Jahre auch die Situation der Bundesrepublik als Einwanderungsland zunehmend in den Blick gerät. Als Mitte 1993 das Thema Asyl mit der Änderung des Asylrechts aus den Schlagzeilen verschwindet, tritt die Integrations- bzw. Abschottungsdebatte quasi "unverhüllt" hervor. Einen weiteren Anstoß erfuhr die Diskussion durch die Anschläge auf türkische Immigranten in Mölln und Solingen. Daß Einwanderer, die bereits lange Zeit in der Bundesrepublik ansässig sind und sich doch scheinbar in die bundesrepublikanische Gesellschaft eingefügt hatten, Opfer von Anschlägen werden, wird als Zeichen für ein umfassendes Integrationsproblem begriffen.

Geht es im "Spiegel" oder in der "Welt am Sonntag" um die Integrationsproblematik, so werden nahezu ausschließlich die Integrationsdefizite oder das Scheitern der Integration thema-

tisiert. Integrationserfolge kommen in der "Welt am Sonntag" gar nicht, im "Spiegel" nur am Rande vor. Im Mittelpunkt der Integrationsdebatte steht die zweite Generation der Einwanderer. Von ihrem Integrationserfolg wird die Zukunft der Einwanderungsgesellschaft abhängig gemacht. Das Gelingen der Integration wird dabei in enger Beziehung zu den ökonomischen Rahmenbedingungen gesehen. Stimmen diese, können Einwanderer bzw. ihre Nachkommen in den Arbeitsmarkt integriert werden, läuft offenbar auch ihre gesellschaftliche Integration wie von selbst. Die Entstehung ethnischer Gettos gilt schließlich beiden Publikationen als Zeichen gescheiterter Integration schlechthin. "Ausländergettos" sind vor allem in der "Welt am Sonntag" ein Synonym für soziale und ethnische Konflikte, für Wohnungsknappheit, die Konzentration von Sozialhilfeempfängern, den Niedergang von Vierteln zu Slums, sinkendes Leistungsniveau in Schulklassen mit vielen ausländischen Kindern, für Kriminalität, politischen Extremismus und Drogenszenen.

Die Bedeutung des Islam für die Integration der moslemischen Immigranten in der Bundesrepublik Deutschland wird ab 1995 zu einem relevanten Thema im Migrationsdiskurs. Beide Publikationen warnen vor dem zunehmenden Einfluß des islamischen Fundamentalismus und vor dem Entstehen einer moslemischen Parallelgesellschaft. Die vermehrte Aufmerksamkeit, die dem Islam ab 1995 zukommt, ist auch in Zusammenhang mit den Anschlägen der kurdischen PKK und ihr nahestehender Organisationen auf türkische Einrichtungen in Deutschland zu sehen. Die Angriffe der PKK in Deutschland sind Ausdruck der Überfremdung Deutschlands, da sie einen fremden, nicht-europäischen Konflikt nach Europa tragen. Die über sechs Millionen in Westeuropa lebenden Muslime werden in diesem Zusammenhang als ein nicht zu unterschätzendes Bedrohungspotential gesehen. Offenbar gelten moslemische Immigranten allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit als anfällig für den Einfluß islamischer Extremisten. Der Islam, das wird in der Berichterstattung des "Spiegels" wie der "Welt am Sonntag" deutlich, stellt in Deutschland einen Fremdkörper dar. Integration wird hier so interpretiert, daß sich moslemische Immigranten vom Islam distanzieren müssen, sich zumindestens aber nicht offensiv und nach außen erkennbar zum Islam bekennen dürfen. Jede Hinwendung zum Islam ist gleichzeitig auch ein Zeichen der fehlenden Integrationsbereitschaft moslemischer Migranten.

Während sich "Spiegel" und "Welt am Sonntag" in der Darstellung der Integrationsproblematik weitgehend einig sind, klaffen ihre Vorstellungen hinsichtlich der politischen Konsequenzen, die aus dieser Lagebeschreibung zu ziehen sind, erheblich auseinander. Wie bereits in der Berichterstattung des "Spiegels" zum Thema Asyl ersichtlich wurde, hält man hier ein offensives Bekenntnis zum Status Deutschlands als Einwanderungsland für überfällig. Über eine aktive Einwanderungspolitik hinaus müsse man aber auch den bereits hier lebenden Migranten mit Integrationsangeboten entgegenkommen. Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht von 1913, dem "ius sanguinis" verpflichtet, sei von "Arroganz und Größenwahn" gekennzeichnet und nicht dazu geeignet, die Integration der Immigranten zu forcieren. Wenn auf diese Weise Integrationsfortschritte zu erwarten seien, sollte auch die doppelte Staatsbürgerschaft hingenommen werden. Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein erteilt der Forderung nach einer doppelten Staatsbürgerschaft für türkische Einwanderer allerdings eine klare Absage, da deutsche und türkische bzw. europäische und nicht-europäische Kultur nicht miteinander zu vereinbaren seien. Die

"Welt am Sonntag" spricht sich dagegen grundsätzlich gegen jede weitere Zuwanderung aus. Der häufig behauptete ökonomische und demographische Bedarf an Einwanderung bestehe schlichtweg nicht. Statt dessen spricht man sich hier sogar für die Ausweisung von Ausländern aus, die Sozialhilfe empfangen. Die Ablehnung von Einwanderung, die Infragestellung von Multikulturalität überhaupt, hat in der "Welt am Sonntag" aber nicht nur ökonomische Gründe. Auch deutlich biologistische und völkische Positionen gegen die "multiethnische Gesellschaft" wie sie der Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt äußert, besitzen im Diskurs der "Welt am Sonntag" Relevanz.

Das Thema "Ausländerkriminalität" steht zwar im gesamten untersuchten Migrationsdiskurs an vierter Stelle der Themenschwerpunkte, dies täuscht aber darüber hinweg, daß es sich hier um einen Aspekt handelt, der in erster Linie durch das rechte Meinungsspektrum thematisiert wird. "Ausländerkriminalität" spielt im "Spiegel" über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eine eher untergeordnete Rolle. Aber selbst für die "Welt am Sonntag" läßt sich beobachten, daß das Thema im Zeitraum von 1986 bis 1991 ebenfalls keine große Bedeutung hat. Erst ab 1992 wird die Kriminalität von Ausländern zu einem wichtigen Thema innerhalb des konservativen Migrationsdiskurses. Der Anstieg der Kriminalität wird in erster Linie als eine Folge der Aufhebung der scharfen Grenzkontrollen zwischen Ost und West gesehen: Die Kriminalität kommt aus dem Osten. Seinen Weg nach Deutschland finde der "Kriminalitätsimport aus dem Osten" über den Asylantrag. Auf diese Weise kommt es in der "Welt am Sonntag" zu einer engen Verknüpfung der beiden Themen "Asyl" und "Kriminalität". Während bestimmte Nationalitäten so gut wie nie im Kriminalitätsdiskurs genannt werden, erscheinen andere regelmäßig als Straftäter und immer wieder mit den gleichen Delikten. Türken, Marokkaner und Libanesen werden mit dem Drogenhandel in Verbindung gebracht, Roma und Sinti mit Wohnungseinbrüchen, Polen mit Autodiebstahl. Auf diese Weise wird eine "Ethnographie der Kriminalität" entworfen. Die darüber hinaus thematisierte Kriminalität der zweiten oder dritten Ausländergeneration gilt im konservativen Diskurs als Zeichen der gescheiterten Integration. Dabei wird das Kriminalitätsproblem vor allem als ein Problem der moslemischen Zuwanderer beschrieben. Zwei Gruppen der ausländischen Zuwanderer sind es demnach, die eine besonders ausgeprägte Neigung zur Kriminalität zeigen: Die moslemischen, nicht integrierten Zuwanderer und die jüngst eingereisten Asylbewerber aus Osteuropa. Ihre kriminelle Auffälligkeit ist Beleg für die Unmöglichkeit einer multikulturellen Gesellschaft. Der "Welt am Sonntag" geht es schließlich darum, mit dem Terminus der "multikriminellen Gesellschaft" eine feste Verbindung zwischen dem Begriff der "multikulturellen Gesellschaft" und den bedrohlichen Folgen der Zuwanderung zu schaffen.

3.5 Fazit: Die "Festung Europa" als Resultat einer "neuen Ethnisierung"?

Der Vergleich des französischen und des deutschen Migrationsdiskurses läßt erkennen, daß die grundlegenden Konstanten des Migrationsdiskurses ganz wesentlich durch das jeweilige Selbstverständnis als Einwanderungsland bestimmt sind. Für beide französische Publikationen, für den "Nouvel Observateur" ebenso wie für "Le Point", ist die Vorstellung Frankreichs als Einwanderungsland Konsens. In der Bundesrepublik hingegen ist der Migrationsdiskurs grund-

legend von der Frage bestimmt, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht. Für beide deutsche Publikationen definiert sich die Identität Deutschlands in erster Linie über den wirtschaftlichen Erfolg. Die Bundesrepublik ist zunächst einmal der "Standort Deutschland" oder die "Arbeitsgesellschaft Deutschland". Für den "Spiegel" definiert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit das mögliche Ausmaß der Einwanderung nach Deutschland. Im Unterschied zu dieser Position stellt die "Welt am Sonntag" kategorisch fest: Deutschland ist kein Einwanderungsland. Jenseits der gemeinsamen Betonung des unabdingbar notwendigen wirtschaftlichen Erfolgs, der sowohl Ergebnis als auch Ausdruck deutscher Identität ist, resultieren die Positionen der beiden Publikationen aus der unterschiedlichen Antwort auf die Frage, was denn in zweiter Linie des Deutschen Vaterland ausmache. Der "Spiegel" beantwortet diese Frage mit einem Bekenntnis zu Liberalität und Demokratie, dem das "ius sanguinis" als Anachronismus widerspricht. Die "Welt am Sonntag" versteht Deutschland als eine demokratisch verfaßte Kulturturnation.

Auf diese Weise können mit dem französischen Migrationsdiskurs, dem deutschen linksliberalen, der hier durch den "Spiegel" repräsentiert wird, und dem konservativen deutschen Diskurs, für den die "Welt am Sonntag" steht, drei unterschiedliche Interpretationen der Migrationsproblematik unterscheiden (vgl. Tabelle 3.2). Gemeinsam ist allen drei Sichtweisen, daß aus der Einwanderung "fremder" Migranten Konflikte resultieren. Abhängig vom jeweiligen nationalen Selbstverständnis und vor dem Hintergrund unterschiedlicher politischer Prämissen wird dieser Konflikt jedoch unterschiedlich beschrieben.

Im französischen Migrationsdiskurs ist die Berichterstattung über Migration nahezu untrennbar mit krisenhaften Erscheinungen verbunden. Das Immigrationsproblem wird somit zum Symbol für die umfassende Krise der französischen Gesellschaft. Diese Krise hat viele Facetten. In erster Linie zeigt sich in der zunehmenden kulturellen Überfremdung, der Arabisierung bzw. Islamisierung Frankreichs, jedoch eine Krise der nationalen Identität. Der Begriff der "immigration" ist zum Synonym für die Einwanderung von vorwiegend nordafrikanischen, moslemischen Nicht-Europäern und damit zum Problembegriff geworden. Die kulturelle Distanz der moslemischen Immigranten ist es, die den Integrationsprozeß behindert und den sozialen Zusammenhalt der französischen Gesellschaft bedroht. Damit wird aber auch die Verantwortung für das Scheitern der Integration und für daraus resultierende gesellschaftliche Konflikte den moslemischen Zuwanderern selbst zugewiesen. Nicht die französische Gesellschaft ist es, die ausgrenzt, sondern die moslemischen Einwanderer grenzen sich selbst von den Franzosen ab.

Der Islam erscheint nach diesen Debatten nicht mehr nur als "zweite Religion in Frankreich", sondern als "intégrisme", also als fundamentalistischer Islam, der sich nach außen gegenüber den christlichen (oder "gallischen") Franzosen aggressiv und nach innen gegenüber der "islamischen Gemeinschaft" vereinnahmend verhält. So konzipiert wird der Islam zum vollkommenen Gegensatz zur französischen Republik, zum ganz Anderen und Nicht-Dazugehörigen. Die islamischen Zuwanderer werden auf diese Weise zu Repräsentanten einer anderen Zivilisation, die Auseinandersetzung um Kopftücher zum "Konflikt der Kulturen". Mit dem zunehmenden Einfluß eines radikalen und traditionellen Islam auf moslemische Immigranten werden zentrale Werte der französischen Gesellschaft wie die Laizität geschwächt und verlieren ihren prägen-

den Charakter. Diese Durchsetzung archaischer islamischer Kulturmuster birgt die Gefahr der Regression der französischen Gesellschaft.

Der "communautarisme" der ethnischen Gemeinschaften, insbesondere der "moslemischen Gemeinschaft", wird als Beginn einer fortschreitenden Entwicklung der Partikularisierung der französischen Gesellschaft in zahlreiche Gemeinschaften betrachtet, die nur noch ihren eigenen Werten und Interessen folgen. Im zentralen gesellschaftlichen Konflikt stehen sich somit Franzosen und aufgeklärte, liberale Moslems als Verteidiger der Universalität der Nation und partikularistisch orientierte fundamentalistische Moslems als Konfliktakteure gegenüber. Da aber die republikanischen Werte nicht abstrakt als Ausdruck von Liberalität, sondern kontextgebunden als "französische" oder "europäische" Werte wahrgenommen werden, wird in diesem Konflikt zugleich auch eine Grenze zwischen Franzosen bzw. Europäern auf der einen Seite und Moslems auf der anderen Seite gezogen. Somit liegt auch dem französischen Migrationsdiskurs eine ethnische Grenzziehung zwischen Ursprungs-Franzosen (Français de souche) und Moslems, aber auch zwischen Franzosen und schwarzen Immigranten zugrunde. Dies zeigt sich auch an der Identifizierung einzelner ethnischer Gruppen mit jeweils besonderen Eigenschaften. Den einzelnen Immigrantengruppen wird vor allem mit der Bezeichnung "communautés" oder "communautés ethniques" eine eindeutig ethnische Qualität zugesprochen. Franzosen werden dagegen äußerst selten mit diesem Begriff belegt. Das Handeln nach "ethnischer Logik" wird den Immigranten als das entscheidende Merkmal zugewiesen, das sie von den Franzosen differenziert. Als politische Konsequenz erwächst aus dieser Konfliktbeschreibung die Forderung nach einer strengen Kontrolle der weiteren Zuwanderung, um die ohnehin in der Krise befindliche französische Gesellschaft nicht weiter zu destabilisieren. Der Partikularisierung der Gesellschaft, deren Ausdruck die Selbstghettoisierung der moslemischen Immigranten ist, kann nur durch das Festhalten am Zwang zur Assimilation begegnet werden, in dem der französische Staat seine Stärke beweisen muß.

Im "Spiegel" wird Einwanderung prinzipiell aus ökonomischen und demographischen Gründen befürwortet. Einwanderung muß aber auch in das ökonomische Bedingungsgefüge passen. Das heißt, Einwanderung muß als Arbeitsmigration kontrolliert, selektiv und abgestimmt auf die Bedürfnisse des Einwanderungslands gesteuert werden können. Ein Problem oder Konflikt entsteht aber dann, wenn aus der ökonomischen Situation des Einwanderungslandes keine Nachfrage nach Einwanderern resultiert bzw. der Zuwanderungsdruck zu groß ist, wenn das Einwanderungsland Deutschland mit einem "Ansturm der Armen" konfrontiert wird. Für den "Spiegel" liegt der Konflikt somit in der Diskrepanz zwischen einem mangelnden Angebot an Arbeitsplätzen und einer zu großen Nachfrage durch Einwanderungswillige. Da die Einwanderungswilligen deshalb nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können, werden sie zu Nutznießern des deutschen Sozialstaats, ohne aber volkswirtschaftlich wertvolle Beiträge zu leisten. In dieser Situation erscheinen sie dann der deutschen Bevölkerung nur noch als lästige Mitkonkurrenten um begrenzte Sozialstaats-Ressourcen. Da die Konkurrenzsituation nicht für alle Deutschen gleich ist, sondern sich besonders für die ärmeren, arbeitslosen und unterprivilegierten Bevölkerungsteile stellt, erscheint es verständlich, daß gerade diese verstärkt ausländerfeindliche Reaktionen zeigen. Der Konflikt begründet sich also in der Konkurrenz um knappe Güter. Er ist somit im Kern kein kultureller, sondern ein sozialer Konflikt, der aber von Teilen

der Bevölkerung ethnisch interpretiert und auch so "gelöst" wird. In diesem Konflikt stehen sich einerseits arme Deutsche und arme/arbeitslose Migranten in direkter Konkurrenz gegenüber. Aber auch Deutsche, die sich nicht in direkter Konkurrenz zu den Migranten befinden, fürchten den Verlust von Wohlstand. Allen Deutschen gemeinsam droht demnach durch unkontrollierte Einwanderung ein Wohlstandsverlust.

Hinsichtlich der Zuwanderer ist weniger ihr kultureller Hintergrund von Bedeutung wie deren Funktion als Lückenfüller im ökonomischen Prozeß. Integrationsprobleme werden grundsätzlich als überwindbar betrachtet, denn Integration ist im Prinzip eine Frage der Dauer der gesellschaftlichen Sozialisation. Ist die Eingliederung in den Arbeitsmarkt gegeben, dann sind auch keine Integrationsprobleme zu erwarten. Die Bindung an die Herkunftskultur wird erst dann relevant, wenn sie sich als dysfunktional für die wirtschaftliche Eingliederung erweist. Prinzipielle Zweifel an der Integrationsfähigkeit von Zuwanderern erwachsen nämlich bei den Zuwanderern, deren Verhalten zu erkennen gibt, daß sie eine dauerhafte Einwanderungsmotivation, d.h. das Ziel in Deutschland nicht nur vorübergehend arbeiten und leben zu wollen, nicht besitzen. Zu diesen Zuwanderern gehören z.B. Roma aus Südosteuropa. Ihr Verhalten passe zwar in die Überlebenslogik der Roma-Gettos auf dem Balkan, sei aber nicht kompatibel zu einer entwickelten, (post-)modernen (westlichen) Gesellschaft. Trotz der modernisierungstheoretischen Sichtweise des "Spiegels" ist somit auch dieser vor Überfremdungsängsten nicht gefeit. Liberale Deutsche, die der ökonomischen Rationalität der kontrollierten Einwanderung folgen, sowie integrierte und integrationswillige Immigranten stehen in diesem Konflikt denjenigen gegenüber, die sich fundamentalistisch verhalten. Als Fundamentalisten erscheinen ethnisch denkende Deutsche ebenso wie Moslems, die sich der Integration verweigern. Als notwendige politische Konsequenz erscheint hier die kontrollierte Einwanderung nach ökonomischen Kosten/Nutzenerwägungen geboten. Das heißt aber umgekehrt, daß jede weitere Zuwanderung jenseits des ökonomischen Interesses verhindert werden muß. Den zur Integration bereiten Immigranten muß die Einwanderungsgesellschaft mit Angeboten entgegenkommen.

Die "Welt am Sonntag" sieht ähnlich wie der "Spiegel" in der Zuwanderungsproblematik einen Konflikt um begrenzte wohlfahrtsstaatliche Ressourcen. Allerdings haben die Migranten in dieser Sichtweise im Prinzip keine Berechtigung, um diese Ressourcen mitzukonkurrieren. Diese Berechtigung wird allenfalls noch den ehemaligen Gastarbeitern zugestanden, die von den Deutschen in die Bundesrepublik "geholt" wurden und sich nun quasi "unfreiwillig" in dieser Konkurrenzsituation befinden. Ansonsten steht für die "Welt am Sonntag" außer Frage, daß Deutsche bei der Verteilung sozialstaatlicher Ressourcen erste Priorität besitzen. Darüber hinaus verwirken ausländische Einwanderer ihre Berechtigung der Teilhabe am deutschen Sozialstaat, wenn sie erkennen lassen, daß sie sich nicht integrieren wollen. Integrieren können sich aber offensichtlich nur die Migranten, die mit den Deutschen eine wesentliche Voraussetzung teilen: die Zugehörigkeit zum europäischen Kulturraum. Die Lösung des sozialen Konflikts wird hier also ganz eindeutig in ethnischen Kategorien gesehen.

Neben diesem sozialen Konflikt sieht die "Welt am Sonntag" aber auch noch einen weiteren, kulturellen Konflikt zwischen Deutschen und nicht-integrationswilligen Ausländern. Vor allem Moslems, aber auch die meisten Nicht-Europäer aus unterentwickelten Ländern, werden zu den Integrationsunwilligen gezählt. Als Nicht-Europäer gelten hier auch osteuropäische Zu-

wanderer aus Rumänien, Albanien und aus weiten Teilen Jugoslawiens. Die Unwilligkeit zur Integration beweist sich in dieser Perspektive auch an der höheren Kriminalitätsneigung dieser Ausländer. Unmittelbare Folge dieses Konflikts ist die Bedrohung der Sicherheit der Deutschen. Letztlich handelt es sich auch bei diesem Konflikt um einen "Kampf der Kulturen" à la Huntington, der die deutsche Identität Deutschlands in Frage stellt. Beide Konflikte werden argumentativ und inhaltlich miteinander verknüpft, indem der wirtschaftliche Erfolg der Deutschen in Beziehung zu den deutschen Tugenden gesetzt wird. Das "Wirtschaftswunder" war möglich, weil die Deutschen fleißig, arbeitsam, bescheiden, ehrlich, ordentlich, gründlich waren und sind, kurz, weil sie eben "deutsch" sind. Die "Fremden" kommen, um die Früchte des deutschen Fleißes zu ernten, aber sie sind nicht bereit, sich zu integrieren, was in diesem Verständnis bedeutet, sich "deutsch" zu verhalten.

In dieser Logik steht die Verhinderung jeder weiteren Zuwanderung an erster Stelle. Die bereits in Deutschland lebenden Ausländer dürfen sich einer Assimilation an die deutsche Lebensweise nicht entziehen. Eine Einbürgerung kann nur am Ende eines erfolgreichen Assimilationsprozesses stehen. Diejenigen, die keine Bereitschaft zur Anpassung zeigen, die als "Fremde" unerwünscht sind, sollten in ihre Herkunftsländer "zurückgeführt" werden. Zumindestens aber muß ihnen der Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen, wie sie Deutsche erhalten, verwehrt werden. Der deutsche Sozialstaat erscheint hier legitimerweise als "Sozialstaat der Deutschen".

Tabelle 3.2 faßt die aus den vier Zeitschriften herauslesbaren drei Positionen idealtypisch zusammen. Gemeinsam ist dem französischen und dem deutschen Migrationsdiskurs, daß die ehemaligen Gastarbeiter aus heutigen EU-Staaten nicht zum Gegenstand des Diskurses gemacht werden. Ihre Einwanderung stellt einen regelrechten "non-issue" im Migrationsdiskurs dar. Italiener, Spanier, Portugiesen und Griechen gelten heute als integriert und werden nicht zum "Ausländerproblem" bzw. zum "problème immigration" gezählt. Innerhalb EU-Europas ist Freizügigkeit also unumstritten. Zum "Ausländerproblem" gehören die Migranten aus Nicht-EU-Ländern sowie die "neuen" Zuwanderer, die seit Mitte der 1980er Jahre entweder als Asylbewerber, per Touristenvisum oder als sog. "Illegale", d.h. ohne aufenthaltsbegründenden Status, nach Westeuropa gekommen sind. Die Zugehörigkeit zu Europa bzw. zur "europäischen Kultur", die eine Bindung zum Islam ausschließt, scheint tatsächlich eine regelrechte Grenzlinie im Migrationsdiskurs zu begründen. Eine übergreifende, beide Länder erfassende Ethnisierung des Migrationsdiskurses kann also durchaus nachgewiesen werden.

Dabei handelt es sich jedoch weniger um eine "neue Ethnisierung" als Prozeß der Neukonstituierung einer transnationalen, geopolitischen europäischen Identität, sondern eher um eine protektionistische, defensive "Re-Ethnisierung" als Reaktion auf die als Bedrohung erachtete Zuwanderung in Verteidigung der eigenen nationalen Identität. Diese Form der Re-Ethnisierung ist aber keine Konsequenz aus dem Ende des Ost-West-Konflikts. Der Aufstieg der "Front National" in Frankreich wie der rechtsextremen "Republikaner" in Deutschland nahm vor 1989 seinen Anfang. Ihre Wahlerfolge waren aber bereits Folge einer ethnisch aufgeladenen Debatte über Einwanderung. Der französische Migrationsdiskurs zeigt darüberhinaus, daß hier trotz der Verankerung eines inklusiven Staatsbürgerschaftsrechts die französische Staatsbürgerschaft in erster Linie als nationale Zugehörigkeit begriffen wird. Insofern ist das französische, republika-

nische Verständnis von Staat und Nation keineswegs ausschließlich politisch begründet wie allgemein hin angenommen, sondern durchaus sehr ambivalent. "Citizenship" als Besitz der Bürgerrechte, "Nationalität" als eher ethnisch-kulturell begründete Zugehörigkeit zur Nation als einer Schicksalsgemeinschaft und Identität verschwimmen miteinander. Die ausbleibende Europäisierung muß gerade vor dem Hintergrund, daß sich Frankreich und Deutschland zu den Kernländern Europas zählen, verwundern. Das eigene Selbstverständnis wird also weiterhin überwiegend national definiert. Europa hat, zumindest im Migrationsdiskurs, vorerst nur als Abwehrgemeinschaft Relevanz.

Tabelle 3.2: Migrationsdiskurs in den untersuchten Zeitschriften

	Le Nouvel Observateur, Le Point	Der Spiegel	Welt am Sonntag
Diskursebene	Informierte Öffentlichkeit Frankreichs	Informierte Öffentlichkeit Deutschlands	Informierte Öffentlichkeit Deutschlands
Konfliktbeschreibung	Überfremdung (Islamisierung) der französischen Gesellschaft durch fehlende Integrationsbereitschaft und Selbstghettoisierung der moslemischen Immigranten; Schwächung der Universalität der französischen Werte, fortschreitende Partikularisierung der französischen Gesellschaft	Wohlstandsverlust durch arme Immigranten; Überfremdung der deutschen Gesellschaft	Überfremdung der deutschen Gesellschaft; Wohlstandsverlust durch arme Immigranten; Bedrohung der inneren Sicherheit Deutschlands durch kriminelle Immigranten
Akteure	Verteidiger der republikanischen Werte und der Universalität der Nation (Franzosen und liberale Moslems) vs. Partikularisten (in erster Linie fundamentalistische Moslems)	Liberaler (Deutsche und integrierte Immigranten) vs. Fundamentalisten (Moslems, ethnisch denkende Deutsche)	Deutsche vs. Ausländer (= Fremde)
Konsequenzen	Strenge Kontrolle weiterer Zuwanderung; Verhinderung von Gettobildung durch unbedingten Assimilationsdruck	Strenge Kontrolle weiterer Zuwanderung; wenn Zuwanderung, dann nach ökonomischen Nutzenerwägungen; Integrationsangebote des Einwanderungslandes notwendig, um Integration der Immigranten zu erleichtern	Keine weitere Zuwanderung; unbedingte Assimilation der bereits in Deutschland lebenden Ausländer; nur Einbürgerung der Assimilierten; Abbau der Sozialleistungen für Fremde; Abschiebung unerwünschter Ausländer

Literatur:

- Andres, Gerd: Einwanderungsland Deutschland. Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Lebenssituation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Reihe "Gesprächskreis Arbeit und Soziales", Nr. 14. Bonn, 1992, S. 9-50.
- Angenendt, Steffen/Fischer, Andrea/Morokvasic, Mirjana: Die Ost-West-Wanderungen als Thema der politischen und wissenschaftlichen Debatten in Frankreich und Deutschland. In: Morokvasic, Mirjana/Rudolph, Hedwig (Hrsg.): Wanderungsraum Europa. Menschen und Grenzen in Bewegung. Berlin: Edition Sigma, 1994. S. 81-109.
- Bade, Klaus J.: Auswanderer, Einwanderer, Wanderarbeiter. Deutsche Erfahrungen in Geschichte und Gegenwart. In: Winkler, Beate (Hrsg.): Zukunftsangst Einwanderung. München: Beck, 1992. S. 17-31.
- Bade, Klaus J.: Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme. München: Beck, 1994.
- Brubaker, Rogers: Staats-Bürger. Frankreich und Deutschland im historischen Vergleich. Hamburg: Junius, 1994.
- Commission de la Nationalité: Être français aujourd'hui et demain. Rapport de la Commission de la Nationalité présenté par M. Marceau Lang au Premier Ministre. Tome 2: Conclusions et propositions de la Commission de la Nationalité. Paris: La Documentation française, 1988.
- Faul, Erwin: Gegen die Multikulturisten. In: Die politische Meinung 37(1992)3. S. 4-11
- Freeman, Gary P.: Immigrant Labour and Racial Conflict: The Rôle of the State. In: Ogden, Philip E./White, Paul E.(eds): Migrants in Modern France. Population Mobility in the Later Nineteenth and Twentieth Centuries. London: Unwin Hyman, 1988. S. 160-176.
- Funk, Albrecht: Wer ist Deutscher, wer ist Deutsche?. In: Leviathan 23(1995)3. S. 307-320.
- Gerhard, Ute: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu "Asylantenfluten" werden. Zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen. In: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie (OBST) (1992)46 (Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Kolloquiums November 1991, Osnabrück). S. 163-177.
- Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Berlin/Bonn: Dietz, 1986.
- Hoffmann, Lutz: Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat. Köln: Papyrossa Verlag, 1992.
- Hornung, Klaus: Sturm auf Europa - Eine Zeitbombe tickt. In: Criticón (1990)118, März/April. S. 85-87.
- Jaschke, Hans-Gerd: Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung soziale Konflikte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 37(1992)12. S. 1437-1447.
- Kühn, Heinz: Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung. Bonn, 1979.
- Lummer, Heinrich: Gefährliches Experiment. In: Die politische Meinung 37(1992)7. S. 47-51

- Mehrländer, Ursula u.a.: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung '80, Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1981.
- Meier-Braun, Karl-Heinz: Integration oder Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden-Württembergs. Mainz, 1988.
- Meinecke, Friedrich: Werke. Bd. 5: Weltbürgertum und Nationalstaat. München, 1962.
- Oberndörfer, Dieter: Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas. Freiburg/Br.: Herder, 1991.
- Räthzel, Nora: Deutsche Nation und Bilder von "Ausländern" in der westdeutschen Presse. In: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie (OBST) (1992)46, März. S. 194-209.
- Ritter, Manfred: Sturm auf Europa. Mainz/München: v. Hase & Koehler, 1990.
- Sassen, Sakia: Migranten, Flüchtlinge, Siedler. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa. Frankfurt/M.: Fischer, 1996.
- Schmidt-Kaler, Theodor: Mit wieviel Fremden die Bundesrepublik leben kann. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (1980)227, 30. September. S. 11.
- Silverman, Maxim: Rassismus und Nation. Einwanderung und Krise des Nationalstaats in Frankreich. Hamburg: Argument-Verlag, 1994.
- Stoiber, Edmund: Einwanderungsquoten und Aussiedlerstop sind der falsche Weg! In: Die Entscheidung 40(1992)2. S. 4-5.
- Thränhardt, Dietrich: Entwicklungslinien der Zuwanderungspolitik in EG-Mitgliedsländern. In: Heinelt, Hubert (Hrsg.): Zuwanderungspolitik in Europa. Nationale Politiken. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Opladen: Leske und Budrich, 1994. S. 33-63.
- Weil, Patrick: La France et ses étrangers. L'aventure d'une politique de l'immigration 1938-1991. Paris: Calmann-Lévy, 1991
- Weil, Patrick: La politique de la France. In: Politique étrangère, 59(1994)3. S. 719-729.
- Wehrhöfer, Birgit: Der französische Migrationsdiskurs als Beitrag zur ethnischen Grenzziehung. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig, Nr. 17, Februar 1997. (1997a)
- Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig, Nr. 23, November 1997. (1997b)
- Werner, Jan: Die Invasion der Armen. Mainz/München: v. Hase & Koehler, 1992.
- Wolken, Simone: Das Grundrecht aus Asyl als Gegenstand der Innen- und Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M.: Lang, 1988.

4. "Greater China"? Zur Ethnisierung des chinesischen Unternehmertums in Südostasien (Annabelle Gambe, Hartwig Hummel, Ulrich Menzel)

4.1 Problemstellung

Der ökonomische Erfolg der zweiten Generation der Schwellenländer in Südostasien wird einerseits auf die Rolle des "Bürokratischen Entwicklungsstaates", andererseits auf soziokulturelle Faktoren, darunter insbesondere die Existenz eines dynamischen auslandschinesischen Unternehmertums zurückgeführt. Die z.T. erheblichen chinesischen Minderheiten in allen südostasiatischen Ländern rekrutieren sich durch eine, z.T. Jahrhunderte alte und durch immer neue Wellen angereicherte, Migration, die sich aus den südchinesischen Kulturprovinzen Guangdong und Fujian speist. Eine ausführliche Untersuchung zur Unternehmenstätigkeit der Überseechinesen erbrachte den Befund, daß im Falle Südostasiens ein an ethnischen Prinzipien orientiertes Unternehmertum der Überseechinesen einen zentralen Beitrag zur Entwicklung der dortigen boomenden Ökonomien leistet und damit die Region des "Greater China" weit nach Süden ausdehnt.⁹⁴

Dieser Befund macht auf die Problematik dieses ethnischen Unternehmertums⁹⁵ aufmerksam, dessen Existenz auf den ersten Blick fundamental im Widerspruch zur liberalen Wirtschaftslogik steht. Wesentlicher Bestandteil der liberalen Wirtschaftslogik ist nämlich das Prinzip des freien Unternehmertums. Dieses Prinzip bedeutet, daß Unternehmen frei, d.h. idealerweise allein auf der Grundlage der Marktprinzipien, miteinander konkurrieren. Ethnisches Unternehmertum basiert dagegen auf kartellartigen Netzwerken von Unternehmern, die zu einer ethnischen Gemeinschaft gehören und deren "kulturelles Kapital", nämlich bestimmte Verhaltensnormen, Werte, soziale Sanktionsmechanismen, Informationskanäle etc. nutzen und sich auf diese Weise von ihrer Umwelt unterscheiden.

Die Existenz ethnischen Unternehmertums in Südostasien in Form der chinesischen Unternehmensnetzwerke wird dadurch zum Problem, daß westliche Unternehmen im Unterschied zur Zeit des Kolonialismus heute offenbar nur bescheidenen Erfolg haben, sich auf den Märkten Südostasiens zu behaupten, weil diese von den chinesischen Unternehmensnetzwerken beherrscht werden. Der geringe Erfolg dieser westlichen, d.h. der liberalen Marktlogik, verpflichteten Unternehmen könnte mithin Anlaß bieten, das Szenario eines konflikthaften Aufeinandertreffens unvereinbarer Wirtschaftslogiken zu konstruieren. In diesem Szenario käme es zum Zusammenprall ethnischer Unternehmenskartelle mit freiem Unternehmertum. Der daraus resultierende Konflikt hätte nach liberaler Wirtschaftslogik Reibungsverluste und Wachstumsbeeinträchtigungen zur Folge. Aus der chinesischen Perspektive käme es zum Kampf ethni-

⁹⁴ Gambe (1996).

⁹⁵ Ethnisches Unternehmertum ist keineswegs auf die Überseechinesen beschränkt, vgl. Kotkin (1993) oder Hamilton (1991a).

scher Gemeinschaften und Unternehmensnetzwerke um Entwicklungschancen gegenüber einem westlichen Expansionismus. Die Folge wäre eine Art Wirtschaftskrieg, in dem sich die "westlichen" Unternehmen selbst zu Kartellen zusammenschließen müßten, um gegen die chinesischen Unternehmenskartelle zu bestehen. Eine Politisierung und im Extremfall auch eine Militarisierung des "Kampfs der Unternehmenskulturen" wäre nicht auszuschließen.

Hier stellt sich die Frage, ob eine derartige Entwicklung hin zu einem Konfliktszenario erkennbar ist, das heißt, ob die Existenz eines erfolgreichen ethnischen Unternehmertums der Überseechinesen in Südostasien in dieser Weise verstanden wird. Die Rekonstruktion des Diskurses in der einschlägigen Wirtschaftspublizistik sollte der Beantwortung dieser Frage dienen. Im einzelnen war zu prüfen, ob in diesem Diskurs offen ein Konflikt zwischen der westlich-liberalen und der chinesisch-ethnischen Unternehmenslogik artikuliert und über die Unvereinbarkeit dieser beiden Prinzipien diskutiert wird und ob westliche Firmen aufgefordert werden, sich ihrerseits zu Kartellen gegen die Netzwerke der Überseechinesen zusammenzuschließen.

Der skizzierte mögliche Konflikt wird in der wenigen einschlägigen Literatur bisher allerdings kaum thematisiert. In der öffentlichen Wahrnehmung des Westen haftet dem Thema der Überseechinesen zudem immer noch der Hauch der Exotik an. Daß aber schon jetzt über die Exotik hinaus ein gewisses Unbehagen bezüglich der Existenz eines chinesisch-ethnischen Unternehmertums unverkennbar ist, belegt beispielsweise eine Formulierung des "Economist", der schrieb, daß das "bamboo network " der chinesischen Familienunternehmen in Südostasien "is less familiar in the West and is causing both fascination and fear".⁹⁶

Das vorliegende Kapitel beruht auf zwei ausführliche Fallstudien⁹⁷ zum Unternehmertum der Überseechinesen bzw. zum Diskurs über das chinesische Unternehmertum in Südostasien, die im Rahmen des Forschungsprojekts angefertigt wurden, und wertet diese hinsichtlich der genannten Fragestellung aus. Zunächst wird die Bedeutung des chinesischen Unternehmertums in Südostasien als Diskurskontext dargestellt. Anschließend werden die Hauptargumente des genannten Konfliktszenarios zu einem idealtypischen ethnisierenden Diskurs zusammengefaßt. Im nächsten Schritt geht es darum, empirisch festzustellen, welche Bedeutung dieses ethnisierende Denken in einschlägigen Artikeln der Wirtschaftspublizistik besitzt. Im Fazit werden die Ergebnisse hinsichtlich der genannten Fragestellung zusammengefaßt.

⁹⁶ "A Survey of Business in Asia", in: The Economist, 9 March 1996, 3-4.

⁹⁷ Gambe (1996, 1997).

4.2 Die Bedeutung des chinesischen Unternehmertums in Südostasien

4.2.1 Das "Bambus-Netzwerk": Charakteristika chinesischen Unternehmertums in Südostasien

Das Unternehmertätigkeit der Überseechinesen wird in der westlichen Literatur gerne als "Bambus-Netzwerk" (bamboo network) bezeichnet. Die Frage stellt sich, was dieses vielbeschworene Bambus-Netzwerk auszeichnet, welches seine Funktionsmerkmale sind. Es handelt sich immerhin um ein Netzwerk von Firmen, das als wichtigstes institutionelles Charakteristikum der Ökonomien Südostasiens (Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand, Philippinen, Vietnam) gilt. Die zu diesem Netzwerk gehörenden Firmen lassen sich oft nur vage abgrenzen, denn sie definieren sich nicht nur und auch nicht in erster Linie durch Eigentums-, oder formell festgelegte Kontrollbeziehungen. Sie werden vielmehr durch Netzwerke von Personen auf der Basis sozialer Beziehungen geprägt. Diese Beziehungen beruhen auf gegenseitigem persönlichem Vertrauen (xinyong) als wesentlicher Grundlage.⁹⁸ Funktional entspricht "xinyong" in etwa einem "gentleman's agreement". In beiden Fällen sind Gesprächskontakte und persönliche Reputation entscheidend für erfolgreiche Geschäftstransaktionen.

Das in einer einschlägigen Studie veröffentlichte Zitat eines Chinesen macht dies deutlich:

"During my father's time, there was very little need for signing of contracts. Only with the government was there signing. Among the business associates, just a man's word was good enough. When my father said he would do something, he would never go back on his word. It was dishonorable and shameful. If word goes round, his reputation will be ruined and no one will want to do business with him. If a man says 'one' it must be 'one' and not 'two'. An agreement is an agreement."⁹⁹

Dieses Zitat unterstreicht die entscheidende Bedeutung von persönlichem Vertrauen (xinyong) bei der Knüpfung gesellschaftlicher Beziehungen (guanxi), um Zugang zu einem Netzwerk zu erhalten. Deshalb hängen wirtschaftliches Fortkommen und Erfolg eines chinesischen Geschäftsmanns im wesentlichen von seiner Fähigkeit ab, sich das Vertrauen anderer zu sichern, die ihm "guanxi" verschaffen können. Entsprechend hängt auch der Erfolg eines chinesischen Unternehmens oft davon ab, in welchem Umfang es sich lokaler wie auch internationaler Netzwerke verschiedenster Art bedienen kann, die ihm Zugang zu einem breiten Spektrum von Kontakten, Kredit, geschäftlichen Informationen, Bezugsquellen und Absatzkanäle verschaffen. Netzwerke dienen aber auch dazu, um die Kreditwürdigkeit von Geschäftspartnern zu überprüfen oder gegen diejenigen, die ihre geschäftlichen Verpflichtungen nicht erfüllen, Sanktionen zu verhängen.¹⁰⁰

Die Stärke der Netzwerkbeziehungen gilt in der einschlägigen Literatur als wesentliche Grundlage der strategischen Durchsetzungsfähigkeit chinesischer Unternehmen in Südostasien.¹⁰¹ Unter den einheimischen, nichtchinesischen Unternehmen in der Region ist die resignierende

⁹⁸ Hamilton (1991b:61).

⁹⁹ Tong (1991:182).

¹⁰⁰ Mackie (1993).

¹⁰¹ Redding (1993).

Ansicht weit verbreitet, daß chinesische Geschäftsleute einen uneinholbaren Konkurrenzvorsprung besitzen, indem sie in der Lage sind, in geschäftlich schwierigen Zeiten über ihre jeweiligen Netzwerke fast unbegrenzten Kredit zu mobilisieren, und damit relativ leicht über wirtschaftliche Konjunkturen hinwegkommen. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß diese Netzwerke der Überseechinesen gerade in Krisenzeiten fest zusammenhalten.

Definieren läßt sich somit chinesisches Unternehmertum als spezifische Art, Geschäfte zu machen. Dies geschieht primär innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe auf der Grundlage des unverletzlichen Prinzips persönlichen Vertrauens (*xinyong*) und persönlicher Kontakte (*guanxi*). Die eigene ethnische Gruppe ist in absteigender Reihenfolge durch die Großfamilie, den Clan, die Landsmannschaft, die chinesische Nationalität definiert, wobei diese Merkmale auch über Generationen des Aufenthalts im Ausland Bestand haben. Die Stärke chinesischen Unternehmertums beruht auf der Zugehörigkeit zur eigenen ethnischen Gemeinschaft, in der Kredit, geschäftliche Informationen und Lieferquellen geteilt werden, wo sich die Kreditwürdigkeit der Geschäftspartner überprüfen läßt und in der Sanktionen bei Nichterfüllung geschäftlicher Verpflichtungen verhängt werden. Im Unterschied zu westlichen Firmen, die es für selbstverständlich halten, autonom und unabhängig von anderen Firmen zu agieren, mit denen sie in der Regel in Konkurrenz stehen, sind chinesische Unternehmen miteinander durch Kooperation verbunden. Während westliche Firmen im Grundsatz auf der Basis unpersönlicher Kontrakte (Verträge, Gesetze etc.) und individuellen Wettbewerbs operieren, lassen sich chinesische Unternehmen von gegenseitigen persönlichen Beziehungen leiten. Diese Beziehungen zu verletzen und sich damit einen "unfairen" Vorteil gegenüber den anderen verschaffen zu wollen, würde die eigene Glaubwürdigkeit im Geschäftsverkehr zerstören und wäre gleichbedeutend mit finanziellem Ruin.¹⁰²

4.2.2 Die Bedeutung chinesischen Kapitals in südostasiatischen Ökonomien

Statistische Angaben über die Überseechinesen sind naturgemäß wenig zuverlässig und schwanken in ihren Angaben sehr stark. Eine Quelle gibt die Zahl der in Südostasien lebenden ethnischen Chinesen mit 20 Millionen an.¹⁰³ Naisbitt beziffert dagegen die Zahl der außerhalb der Volksrepublik China lebenden Chinesen auf 57 Millionen, von denen 85 Prozent, das wären etwa 48,5 Millionen, in Südostasien leben.¹⁰⁴ Als gemeinsame Ökonomie betrachtet hätte sich das Bruttosozialprodukt der Überseechinesen laut Seagrave auf 450 Milliarden US\$ (ohne Jahresangabe, wohl etwa 1988) belaufen und damit das damalige Sozialprodukt der Volksrepublik China um ein Viertel übertroffen.¹⁰⁵ Naisbitt schreibt ohne Zahlenangaben, daß die

¹⁰² Hamilton (1991b:62).

¹⁰³ Asiaweek 20 October 1993.

¹⁰⁴ Naisbitt (1995:37).

¹⁰⁵ Seagrave (1996:14).

Ökonomie der Überseechinesen nach den USA und Japan die drittgrößte Ökonomie weltweit darstellen würde.¹⁰⁶

Die Netzwerk-Ökonomie der Überseechinesen verfügt, nicht zuletzt wegen ihres unsicheren politischen Status in Südostasien, über riesige Liquiditätsreserven. Seagrave zitiert einen Bankier aus Singapur, der das verfügbare Vermögen (ohne Wertpapiere) der Überseechinesen auf zwei Billionen US\$ beziffert. Zum Vergleich: Das entsprechende japanische liquide Vermögen beträgt drei Billionen US\$. Finanziell und organisatorisch stellen die Überseechinesen auf jeden Fall einen entscheidenden Faktor der asiatisch-pazifischen Ökonomien dar, die zusammengenommen über das größte Marktpotential und das größten Reservoirs an billigen Arbeitskräften weltweit verfügen. Die revolutionären Innovationen in der Informationstechnologie verschaffen chinesischem Kapital gerade angesichts der großen und mobilen Liquiditätsreserven weitere Vorteile. Es entsteht eine "borderless high-speed finance" der chinesischen Finanzsyndikate.¹⁰⁷ Die relative wirtschaftliche Bedeutung der Auslandschinesen in Südostasien wird in der folgenden Tabelle 4.1 zusammengefaßt.

Tabelle 4.1: Ökonomische Bedeutung der ethnischen Chinesen in Südostasien

	chinesische Bevölkerung 1991 in Millionen	chinesischer Anteil an der Gesamtbevölkerung 1991 in %	chinesischer Anteil am börsennotierten Aktien- vermögen* in %
Indonesien	5,81	3,5 %	73 %
Malaysia	5,33	29,0 %	61 %
Philippinen	1,20	2,0 %	50 %
Thailand	5,57	10,0 %	81 %
Singapur	2,14	77,0 %	81 %

* Chinesischer Anteil am gesamten Marktwert aller börsennotierten Unternehmen, die nicht staatlich oder durch ausländisches Kapital kontrolliert werden

Quelle: Sakura Bank, Nomura Research Institut, zitiert nach: Asiaweek, 20. Oktober 1993.

Obwohl die Chinesen in Südostasien mit Ausnahme Singapurs jeweils nur eine Minderheit in der Bevölkerung darstellen, kontrollieren chinesische Unternehmen die Volkswirtschaften Südostasiens und damit die gesamte regionale Ökonomie. Der Salim Konzern des auslandschinesischen Unternehmers Liem Sioe Liong allein soll beispielsweise 5 Prozent zum indonesi-

¹⁰⁶ Naisbitt (1995:31).

¹⁰⁷ Gambe (1997:20), Naisbitt (1995).

schen Bruttosozialprodukts beitragen.¹⁰⁸ Kotkin schreibt, daß zwei Drittel des Einzelhandels in Südostasien auf chinesische Unternehmen entfällt.¹⁰⁹ Tabelle 4.1 belegt anhand des Aktienbesitzes der Überseechinesen eindrücklich deren wirtschaftliche Macht in Südostasien.

In den letzten Jahrzehnten sind in Südostasien mehr als 100 große Unternehmensgruppen entstanden, die sich fast alle im Besitz auslandschinesischer Unternehmer befinden oder unter deren Kontrolle stehen. Diese Unternehmensgruppen entziehen sich jedoch meist einer genauen statistischen Erfassung. Auf der Liste der nach ihrem Umsatz 100 größten Unternehmen weltweit taucht kein einziges chinesisches Unternehmen auf, obwohl mindestens 12 dieser Unternehmerfamilien jeweils über ein Vermögen von mindestens 5 Milliarden US\$ verfügen, während laut "Forbes" in den USA nur 10 dieser Superreichen leben.¹¹⁰ Der in Hongkong beheimatete Tycoon Li Ka-shing, möglicherweise der reichste Chinese überhaupt, kontrolliert ein Unternehmensimperium, das Mitte 1996 auf ein Vermögen von 65 Milliarden US\$ geschätzt wurde.¹¹¹ Die Charoen Pokphand (CP) Gruppe des sino-thailändischen Unternehmers Dhanin Chearavanont bezifferte ihren weltweiten Umsatz Mitte der 1990er Jahre offiziell auf 5 Milliarden US\$¹¹². Doch bereits das Familienvermögen allein wurde Anfang 1996 auf mehr als 5,5 Milliarden US\$ geschätzt.¹¹³ Der chinesische Unternehmer Robert Kuok aus Malaysia kontrolliert die Shangri-La Luxushotelkette, deren Börsenwert Anfang 1996 mit 3 Milliarden US\$ angegeben wurde, sowie die in Hongkong erscheinende Zeitung "South China Morning Post" mit einem Börsenwert von 1,1 Milliarden US\$.¹¹⁴ Sein Kollege in Indonesien, Liem Sioe Li-ong, dem die Salim Gruppe gehört, soll ein Nettovermögen von 3 Milliarden US\$ besitzen.¹¹⁵ Das Nettovermögen des Immobilientycoons Kwek Leng Beng aus Singapur wird auf über 5 Milliarden US\$ geschätzt.¹¹⁶ John Gokongwei, Jr. aus den Philippinen besaß 1993 ein geschätztes Vermögen von 1,23 Milliarden US\$.¹¹⁷

4.2.3 Chinesisches versus westliches Kapital in Südostasien

Weniger die mangelnde Transparenz auslandschinesischer Unternehmen, als vielmehr deren Position gegenüber nichtchinesischem ausländischem Kapital verursacht westlichen Geschäftsleuten Probleme. Während der Kolonialzeit waren die chinesischen Mittelsmänner (Kompradoren) im Handel in ihrer Stellung den großen europäischen Unternehmen untergeordnet. Nach dem Ende der Kolonialzeit hat sich diese Rolle in geradezu dramatischer Weise verändert.¹¹⁸

¹⁰⁸ Naisbitt (1995:38).

¹⁰⁹ Kotkin (1993:179).

¹¹⁰ Economist, 9 March 1996, S. 4.

¹¹¹ Economist, 9 August 1997, S. 57.

¹¹² Far Eastern Economic Review, 26 September 1996, S. 70, Naisbitt (1995:39).

¹¹³ Asiaweek, 13 October 1995, S. 67.

¹¹⁴ Economist 9 March 1996, S. 4.

¹¹⁵ Naisbitt (1995:38).

¹¹⁶ Naisbitt (1995:40).

¹¹⁷ Far Eastern Economic Review, 24 November 1994, S. 110.

¹¹⁸ Mackie (1992:164).

In der Literatur ist zur Genüge belegt, daß in der Gegenwart chinesische Unternehmen den europäischen nicht mehr untergeordnet sind, so wie das vor 30 Jahren noch der Fall war. Yoshihara hat dazu eine detaillierte Übersicht vorgelegt (siehe Tabelle 4.2). Die bemerkenswerte Verschiebung der relativen Machtpositionen der beiden Seiten zeigt sich auch in der weiten Verbreitung von Joint Ventures in der Region, bei denen ein auslandschinesisches Unternehmen oft zur gleichen Zeit bei mehreren konkurrierenden ausländischen Unternehmen jeweils als bevorzugter Partner oder Agent tätig ist.¹¹⁹

Tabelle 4.2: Die relative Stellung von ausländischem, ethnisch-chinesischem und einheimischem-nichtchinesischem Kapital in den ASEAN-Ländern

Branche	ausländisches Kapital	chinesisches Kapital	einheimisches-nicht-chinesisches Kapital
Banken	moderat	beträchtlich/ dominant	moderat/ beträchtlich
Immobilien		beträchtlich	beträchtlich
Bauwirtschaft	moderat	moderat	moderat
Bergbau	moderat	moderat/ beträchtlich	moderat
Erdöl	dominant		
Plantagen	gering	beträchtlich	moderat/ beträchtlich
Außenhandel	beträchtlich	beträchtlich	gering
Industrie gesamt	beträchtlich	beträchtlich	gering
Leichtindustrie	gering	dominant	gering
Maschinenbau	beträchtlich	beträchtlich	gering
Metallurgie und Petro- chemische In- dustrie	dominant	gering	

Quelle: Yoshihara (1988:51)

Eine Studie über die relative Präsenz europäischer Unternehmen im Vergleich zu Unternehmen aus den USA und Japan kommt zu dem Schluß, daß sich der europäische Anteil an den Direk-

¹¹⁹ Lasserre (1987:5).

tinvestitionen in Ost- und Südost-Asien im Verhältnis zu den entsprechenden Anteilen der USA und Japans im Zeitraum 1977-1986 in den meisten Ländern verringert hat. Nur im Falle Thailands und Südkoreas konnte der entsprechende europäische Anteil gesteigert werden (Tabelle 4.3).

Tabelle 4.3: Die Veränderung des europäischen Anteils an den Direktinvestitionen und den Importen in Ost- und Südost-Asien im Vergleich zu den USA und Japan im Zeitraum 1977-1986

		Import		
		zugenommen	unverändert	abgenommen
Direktinvestitionen	zugenommen	Thailand Südkorea	Indonesien	
	unverändert			
	abgenommen	China* Singapur Taiwan Japan Hongkong		Malaysia Philippinen

* = für China seit 1980.

Quelle: Lasserre (1987:5)

Die schwache Präsenz westlicher, insbesondere europäischer Unternehmen in Südostasien könnte im Ergebnis dazu führen, daß sie kaum mehr an der rasch wachsenden intraregionalen Verflechtung der südost- und ostasiatischen Ökonomien durch Direktinvestitionen partizipieren und sich primär auf die Handelsbeziehungen zwischen Asien und Europa beschränken müssen. Auf der anderen Seite profitiert in erster Linie übersee-chinesisches Kapital von der intraregionalen Verflechtung in Ost- und Südostasien. Inzwischen machen Direktinvestitionen von Investoren aus der Region selbst, überwiegend von chinesischen Investoren, bereits 40 Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen in Ost- und Südostasien aus.¹²⁰ Dies führt zur Entstehung einer rasch wachsenden transnationalen regionalen Ökonomie auf der Basis chinesischen Kapitals. Die relativ geringe Beteiligung westlicher Unternehmen am, wenn auch durch die jüngsten

¹²⁰ Economist, 9 March 1996, S. 5.

Währungs- und Börsenturbulenzen vorerst gebremsten, asiatisch-pazifischen Boom könnte außerdem die Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit der westlichen Unternehmen beeinträchtigen. Begründet wird dies damit, daß die reifen Ökonomien des Westens mit ihren gesättigten Märkten und verfestigten Strukturen Anreize von außen brauchen, um innovativ zu bleiben und neue Einsatzmöglichkeiten für ihre Technologien und neue Märkte für ihre Waren zu finden. Gerade in den asiatischen Märkten könnten diese Technologien und Waren auf das größte Marktpotential und damit den größten Anreiz zur Innovation treffen.¹²¹

4.3 Das Szenario eines konflikthaften Aufeinandertreffens unvereinbarer Unternehmenslogiken

Vor dem Hintergrund des erfolgreichen chinesischen Unternehmertums und der schwachen Präsenz westlicher Unternehmen in Südostasien stellt sich die Frage, wie dieses chinesische Unternehmertum im Diskurs asiatischer und westlicher Wirtschaftseliten bewertet wird. Insbesondere ist zu prüfen, welche Rolle dabei insbesondere das eingangs geschilderte Szenario eines konflikthaften Aufeinandertreffens zweier unvereinbarer Unternehmenslogiken spielt, eines Zusammenpralls der westlich-liberalen und der chinesisch-ethnischen Unternehmenslogik. Zu diesem Zweck soll zunächst dieses Szenario in idealtypischer Weise rekonstruiert werden, bevor die empirische Analyse des tatsächlich geführten Diskurses in den einschlägigen Wirtschaftspublikationen vorgenommen wird. Diese Rekonstruktion des Konfliktszenarios stützt sich insbesondere auf die ausführliche Teilstudie zum chinesischen Unternehmertum in Südostasien.¹²²

In Tabelle 4.4 sind die Hauptargumente des Konfliktszenarios dargestellt. Dabei ist es unerheblich, ob dieses Szenario von westlichen (europäischen oder amerikanischen), japanischen, chinesischen oder südostasiatischen Autoren vertreten wird, da sie sich in ihren Kernargumenten kaum unterscheiden. Grundlage dieses ethnisierenden Konfliktszenarios ist auf jeden Fall eine kulturell relativistische Position, die die universelle Gültigkeit marktliberaler Prinzipien in Frage stellt. Prallt der Expansionsdrang westlicher Marktwirtschaften mit der Exklusivität ethnischer Gemeinschaften wie zum Beispiel der chinesischen Netzwerkökonomie zusammen, kommt es nach dieser Sichtweise unvermeidlich zu ökonomischen Friktionen.

Die Konfliktlinien verlaufen in diesem Szenario zwischen westlichem Unternehmertum und chinesischem Unternehmertum. Westlichem Unternehmertum wird unterstellt, daß es dem offenen Wettbewerb auf dem freien Markt im Rahmen allgemeingültiger rechtsförmiger Regeln verpflichtet sei, wobei jegliche Kartellbildung grundsätzlich als unfairer Wettbewerb gelte. Weiterhin wird westlichem Unternehmertum nachgesagt, daß es auf die kurzfristige Profitmaximierung für die Investoren, den vielbeschworenen "shareholder value" ziele. Westliche Unternehmen gelten typischerweise als bürokratisch organisiert und nicht direkt durch die Eigen-

¹²¹ Naisbitt (1995:74-75).

¹²² Gambe (1996).

tümer (also z.B. die Aktionäre), sondern durch ein professionelles Management geführt, das wiederum durch Großbanken via Depotstimmrecht und Aufsichtsratsmandate kontrolliert wird.

Tabelle 4.4: Idealtypische Rekonstruktion des Konfliktszenarios

	Merkmale
Konfliktbeschreibung	wirtschaftliche Friktionen durch den Zusammenprall zwischen dem Expansionsdrang der westlichen Marktwirtschaften und der Exklusivität ethnischer Gemeinschaften
westliches Unternehmertum	westliches Unternehmertum ist dem offenen Wettbewerb auf dem freien Markt im Rahmen allgemeingültiger rechtsförmiger Regeln verpflichtet; Kartellbildung gilt als unfairer Wettbewerb; Ziel ist die kurzfristige Profitmaximierung für die Investoren ("shareholder value"); eher bürokratische Organisation mit professionellem Management
chinesisches Unternehmertum	chinesisches Unternehmertum ist exklusiven, informellen Netzwerken auf der Basis persönlichen Vertrauens verpflichtet; diese Netzwerke können sich des "ethnischen Kapitals" bedienen; die Verletzung des persönlichen Vertrauens für kurzfristigen Profit gilt als unfaires Verhalten; Ziel ist die langfristige Absicherung der Ökonomie der Familie und der Gemeinschaft; typische Organisation ist das Familienunternehmen
Konsequenzen	sozialer Druck auf die Unternehmen zur Stärkung der Gemeinschaftszusammenhänge zur Vermeidung destruktiven, individualistischen Wettbewerbs; ökonomische Konkurrenz ethnischer Blöcke (Greater China vs. Westen/Japan)
Vertreter	Chan/Chiang, Kotkin, Lasserre, Naisbitt, Redding, Seagrave, Yoshihara

Zu den charakteristischen Merkmalen des chinesischen Unternehmertums zählt dagegen die exklusive, informelle Netzwerkstruktur mit ihren Verflechtungen auf der Basis persönlichen Vertrauens. Diese Netzwerke können sich einerseits des "ethnischen Kapitals" bedienen. Andererseits gilt aber die Verletzung des persönlichen Vertrauens für die Realisierung kurzfristiger Profite als unfaires Verhalten und wird streng sanktioniert. Als Ziel chinesischer Unternehmer wird die langfristige Absicherung des Einkommens der Familie oder der übergeordneten Gemeinschaft betrachtet. Die idealtypische Organisationsform stellt das chinesische Familienunternehmen dar.

Das Konfliktszenario legt nahe, daß sich im Gegenzug auch westliche (und japanische) Unternehmen ihrerseits - möglicherweise ähnlich wie in der Zeit des Kolonialismus - zu Kartellen zusammenschließen, um auf diese Weise gegen die exklusiven chinesischen Unternehmensnetzwerke des "Greater China" und ihre Marktmacht im südostasiatischen Markt bestehen zu können. Eine derartige Gegenkartellbildung würde ihrerseits möglicherweise den ethnischen Zu-

sammenhalt der chinesischen Netzwerkökonomie weiter verstärken. Dies würde insgesamt zu einer verstärkten Konfliktodynamik führen.

Den Diskurs über die Überseechinesen prägen wenige, meist westliche Autoren, die extensiv über dieses Thema forschen und schreiben und oft zitiert werden. Von den in der Tabelle 4.4 genannten Personen ist analog zum Japan-Revisionismus eine zweite "Viererbande" besonders hervorzuheben. Zu ihr gehören die beiden Ökonomieprofessoren Gordon S. Redding, Autor des Buches "The Spirit of Chinese Capitalism", und Philippe Lasserre, Mitarbeiter des Forschungszentrums INSEAD in Fontainebleau, ferner der Publizist John Naisbitt, Autor des Bestsellers "Megatrends Asia", ehemaliger Manager eines US-amerikanischen Multis und zeitweiser Berater des Royal Court in Thailand, sowie der Journalist Sterling Seagrave. Diese Personen stehen für die These, daß der Erfolg westlicher Unternehmen in Südostasien von ihrer Fähigkeit abhängt, sich der Logik ethnischen Unternehmertums in der Region anzupassen. Sie vertreten damit - auf jeden Fall implizit - das genannte Konfliktszenario.

4.4 Die Bedeutung des Konfliktszenarios im Wirtschaftsdiskurs

Um herauszufinden, welchen Einfluß das Denken in Kategorien des im vorigen Abschnitt idealtypisch vorgestellten Konfliktszenarios tatsächlich auf den Diskurs der Wirtschaftseliten über den Erfolg bzw. Mißerfolg westlicher Unternehmen in Südostasien ausübt, wurden drei Sparten der Wirtschaftspublizistik für den Zeitraum 1986 bis 1996 ausgewertet. Es handelt sich um:

"Far Eastern Economic Review"

Die "Far Eastern Economic Review" (FEER) ist ein wöchentlich in Hongkong erscheinendes Nachrichtenmagazin, das die gesamte Region Ost-, Südost- und Südasien redaktionell abdeckt und schwerpunktmäßig, aber nicht ausschließlich, über wirtschaftliche Entwicklungen berichtet. FEER ist im Wirtschaftsteil einer neoliberalen, im politischen Teil einer liberalen und damit durchaus den meisten asiatischen Regierungen gegenüber kritischen Linie verpflichtet. Ob sich diese (wirtschafts)liberale Grundhaltung nach der Rückgabe Hongkongs an die VR China dauerhaft erhalten wird, bleibt abzuwarten. FEER ist unter den mit der Region befaßten Geschäftsleuten und Wirtschaftseliten das am weitesten verbreitete und angesehenste regionale Presseorgan.

Die Zeitschrift kann allerdings keinesfalls als Sprachrohr der Überseechinesen angesehen werden. Eine solche Zeitschrift ließ sich im Verlauf der Untersuchung nicht identifizieren, existiert vermutlich auch gar nicht, da ein solches Organ der low profile-Politik der Auslandschinesen, die jedes öffentliche Auffälligwerden vermeiden wollen, widersprechen würde.

"Fortune International" und "Business Week"

Diese beiden amerikanischen Businesszeitschriften sind meinungsbildend für den "mainstream" der internationalen (westlichen) Wirtschaftspublizistik und können durchaus als Sprachrohr westlicher Unternehmer und Manager angesehen werden.

"Harvard Business Review" und die "Euro-Asia Centre Research Series" (INSEAD Euro-Asia Centre)

Hierbei handelt es sich um akademische Publikationen zu Problemen der Unternehmensstrategie, die als besonders prominent und meinungsbildend für den praxisnahen wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs in den USA (Harvard) bzw. Europa (INSEAD) im Zusammenhang mit der hier untersuchten Thematik gelten können. Die INSEAD-Reihe wurde dabei ersatzweise als europäisches Pendant zur "Harvard Business Review" herangezogen.

Alle in die Untersuchung einbezogenen Publikationen richten sich vorzugsweise an wirtschaftliche Eliten, nicht an die allgemeine Öffentlichkeit und schon gar nicht an ein akademisches Publikum. Die "FEER" soll dabei eher die Perspektive "Asiens" darstellen, während die übrigen Publikationen eher die "westliche" Perspektive repräsentieren sollen.

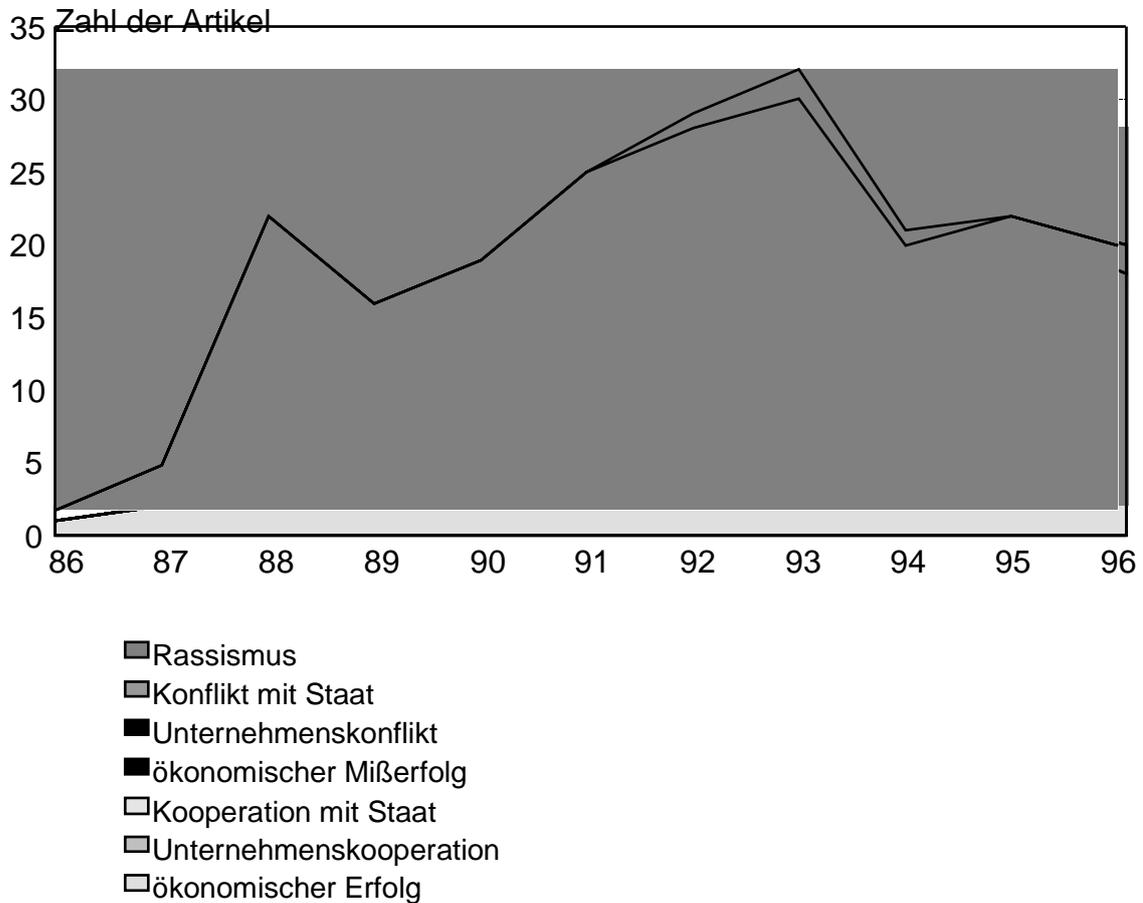
Bevor eine Festlegung auf diese Auswahl erfolgte, wurden zahlreiche, insgesamt siebzehn, asienbezogene wissenschaftliche Zeitschriften aus dem englischen und deutschen Sprachraum über den Untersuchungszeitraum ausgewertet. Das Ergebnis war so mager, daß zwischenzeitlich im Projekt diskutiert wurde, ob diese Fallstudie überhaupt durchzuführen sei bzw. noch grundsätzlicher, ob ein denkbarer Konflikt unterschiedlicher Unternehmenslogiken, der nirgendwo thematisiert wird, womöglich auch gar nicht existiert. Zwar wird in diesen Publikationen das Thema Auslandschinesen durchaus behandelt, doch war kein einziger Beitrag zu identifizieren, der die hier relevante Perspektive möglicher Konflikte von Unternehmenskulturen einnimmt. Daraus läßt sich schließen, daß der einschlägige Diskurs offenbar nur außerhalb der Asienwissenschaften stattfindet, ja von diesen noch nicht einmal wahrgenommen wird. Letztere Gruppe der ausgewerteten Zeitschriften erwies sich jedoch zumindest für die Beschaffung von Hintergrundinformationen (z.B. zu den Konzepten "guanxi" und "xinyong") als nützlich.

Die wesentlichen Ergebnisse der Auswertung der erwähnten Publikationen sind in Tabelle 4.5 zusammengefaßt:

Tabelle 4.5: Ergebnisse der Zeitschriftenauswertung

	Far Eastern Economic Review	Fortune International, Business Week	Harvard Business Review, Euro Asia Centre Research Series (INSEAD)
Diskursebene	wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Eliten in Asien	wirtschaftliche Eliten im Westen	Wirtschaftswissenschaftler und Manager im Westen
Konfliktbeschreibung	überwiegend positive Berichte über chinesische Unternehmen (wirtschaftlicher Erfolg, geschäftliche Kooperation, positives Verhältnis zu den Heimatstaaten); Konfliktszenario ist ein non-issue	westliche Unternehmen sind in Südostasien wenig erfolgreich, weil sie die ethnische Unternehmenslogik ignorieren und sich nach der liberalen Logik verhalten	westliche Unternehmen sind in Südostasien wenig erfolgreich, weil sie die ethnische Unternehmenslogik ignorieren und sich nach der liberalen Logik verhalten
Akteure	vorzugsweise individuelle Unternehmer	"westliche" vs. "asiatische" Unternehmer und Manager	"westliche" (amerikanische bzw. europäische) Unternehmen vs. "asiatische"/ "einheimische" Unternehmen
Konsequenzen	Lernen von den bisherigen erfolgreichen und als unproblematisch angesehenen Unternehmensstrategien	Anpassung an die chinesische Unternehmenslogik und Zusammenarbeit mit chinesischen Unternehmen; dadurch Öffnung der Märkte und Unternehmensnetzwerke	Anpassung an die chinesische Unternehmenslogik und Zusammenarbeit mit chinesischen Unternehmen; dadurch Öffnung der Märkte und Unternehmensnetzwerke

Abbildung 4.1: Auswertung der Far Eastern Economic Review: Thematisierung chinesischen Unternehmertums in Südostasien



Datengrundlage: Gambe (1997: 36)

Interessanterweise findet sich in der "FEER" eine ausnahmslos positive Darstellung der chinesischen Unternehmen. Berichte über den wirtschaftlichen Erfolg der Überseechinesen, die geschäftliche Kooperation mit anderen chinesischen Unternehmen und ihr positives Verhältnis zu den Heimatstaaten dominieren die Berichterstattung in der "FEER", wobei lediglich zeitweise während des Höhepunkts der weltpolitischen Transformation zu Beginn der 1990er Jahre negative Berichte etwas stärker hervortreten (vgl. Abbildung 4.1). Im Mittelpunkt der Berichte stehen in der Regel allerdings nicht die schwer abgrenzbaren Unternehmenskonglomerate, sondern die Geschichte einzelner chinesischer Unternehmerpersönlichkeiten. Über den kometenhaften Aufstieg der Reichsten unter diesen chinesischen Unternehmen und deren Beziehungen zu den Politikern der Region finden sich regelmäßig Berichte in der "FEER". Allenfalls diese personenbezogene Darstellungsweise (Unternehmer statt Unternehmen) und die klare Identifizierung dieser Unternehmer als Chinesen, selbst wenn sie thailändische, malaysische etc. Staatsbürger sind, deuten eine Nuance ethnisierender Berichterstattung an. Für die "FEER" bleibt das Konfliktszenario eines Zusammenpralls unvereinbarer Unternehmenslogiken jedenfalls ein "non issue". Somit kann es hier auch keinen wirklich ethnisierenden Diskurs geben.

Die vier im Westen erscheinenden Wirtschaftspublikationen setzen sich dagegen im Unterschied zu den ausgewerteten asienwissenschaftlichen Zeitschriften durchaus mit dem vermuteten Konfliktszenario auseinander, auch wenn es sich hierbei in allen Zeitschriften nicht um ein "großes" Thema handelt. Alle vier vertreten dabei letztlich die These, daß westliche Unternehmen in Südostasien wenig erfolgreich sind, weil sie die ethnische Unternehmenslogik der Überseechinesen ignorieren und sich nach der liberalen Logik verhalten. So heißt es zum Beispiel:

"... the distinguishing characteristic of the American, in general Western, cultural paradigm is 'universalism' - the conviction that principles of general validity can be discovered that apply to all people everywhere."¹²³

Der westliche Anspruch universeller Gültigkeit treffe in Asien allerdings auf Widerstand, da dort die Ansicht vorherrsche, Asien sei ganz im Sinne des im Kapitel 2 beschriebenen "Neuen Asianismus" anders.

Bemerkenswert ist unter den ausgewerteten Artikeln eine Studie von INSEAD, die auf einer Umfrage unter führenden Managern von in Süd- und Ostasien operierenden westlichen Firmen beruht. Sie betont die allgemeine Zustimmung zur These, daß "if one applies rules of the USA or Europe here, they will not work."¹²⁴ Dieselbe Studie dokumentiert ebenfalls die übereinstimmende Ansicht der Befragten, daß unausgesprochene oder implizite Vereinbarungen, die im Gegensatz zum Legalismus, zum Kontraktdenken und zur Kultur formeller und expliziter vertraglicher Vereinbarungen westlicher Unternehmen stehen, in Südostasien eine wichtige Rolle spielen und daher beachtet werden sollten. Auch die Bedeutung persönlicher Beziehungen in Asien wird laut dieser Studie von den befragten westlichen Managern hervorgehoben.

Ein weiteres markantes Beispiel für die Darstellung eines Aufeinandertreffens unterschiedlicher Unternehmenslogiken ist ein von "Harvard Business Review" publizierter Artikel des bekannten japanisch-amerikanischen Unternehmensberaters Ken'ichi Ohmae, der die für westliche Unternehmen typische Ansicht, totale Kontrolle erhöhe die wirtschaftlichen Erfolgchancen, als "Fehlwahrnehmung" kritisiert.¹²⁵ Damit wird auf die Strategie westlicher Unternehmen Bezug genommen, in Joint Ventures möglichst eine Mehrheitsbeteiligung, mindestens von 51 Prozent, zu halten.¹²⁶ Ein Artikel in "Fortune" beklagt sogar, daß US-Firmen in manchen Fällen erfolgversprechende Geschäftsmöglichkeiten in der Region deshalb nicht wahrgenommen hätten, weil sie keine Mehrheitskontrolle hätten erwerben können.¹²⁷

Auch das Ziel kurzfristiger Profitabilität als Unternehmensmaxime westlicher Firmen wird in den untersuchten Beiträgen problematisiert. Der zitierte Fortune-Artikel erwähnt zum Beispiel französische Firmen in Asien, die nichts anderes wollten als "to make a quick buck".¹²⁸ Ein anderer Text betont, daß es keinen schnellen und leichten Zugang zum südostasiatischen Markt gebe. Westliche Firmen, die ein "Schnäppchen" machen wollten, könnten möglicherweise

¹²³ Hampden-Turner in Harvard Business Review (1991:94-96).

¹²⁴ Lasserre/Probert (1992).

¹²⁵ Ohmae in Harvard Business Review (1989)March-Apr., S.147-148.

¹²⁶ Blecke/Ernst in Harvard Business Review (1991:132).

¹²⁷ Worthy in Fortune (1991:76).

¹²⁸ Worthy in Fortune (1991:76).

schnell erste Aufträge bekommen. Auf diese Weise würde es ihnen jedoch nicht gelingen, sich wirklich im Markt zu etablieren.¹²⁹

In diesem Zusammenhang wird westlichen Firmen zum Teil arrogantes Verhalten gegenüber chinesischen Geschäftspartnern in Südostasien vorgeworfen und damit im Sinne des Konflikt-szenarios eine Art Kartellbildung westlicher gegenüber asiatischen Unternehmen impliziert. Westliche Unternehmen seien oft nicht bereit, sich ernsthaft auf die asiatische (chinesische) Unternehmenskultur einzulassen. Ihnen fehle oft eine gründliche Vorbereitung auf die örtlichen Verhältnisse und das Verständnis des lokalen Geschäftspartners, seiner Motivation, seiner Fähigkeiten und Erfahrungen. Sie verhielten sich so, als ob sie es wie früher in der Zeit des Kolonialismus mit passiven und willfährigen einheimischen Unternehmern zu tun hätten. Asiatische Geschäftspartner mit deutlich artikulierten eigenständigen Geschäftsinteressen und Strategien trügen daher eher zur Verwirrung westlicher Geschäftspartner bei.¹³⁰ Ein Artikel in der "Harvard Business Review" äußert sich in diesem Zusammenhang über westliche Unternehmen folgendermaßen:

"... they will not realize the full benefits of competitive collaboration until they overcome their arrogance borne out of decades of leadership."¹³¹

Im untersuchten Diskurs gelten in der "FEER", in "Fortune" und in "Business Week" die individuellen Unternehmenspersönlichkeiten, in den akademischen Zeitschriften dagegen die Unternehmen als Konfliktakteure. Dies dürfte mit der personalisierenden journalistischen Herangehensweise im Gegensatz zum analytischen Stil der wissenschaftlichen Zeitschriften zusammenhängen. In der "FEER" stehen die Unternehmerpersönlichkeiten als solche im Mittelpunkt. In "Fortune" und "Business Week" werden sie hingegen gerne als "westliche" bzw. "asiatische" Unternehmer vorgestellt, wobei nicht weiter differenziert wird, ob es sich bei letzteren um chinesische handelt oder nicht. "Asiatische Unternehmer" sind in erster Linie als "nicht-westliche" Unternehmer definiert. Ausgangspunkt der Argumentation bleibt also letztlich die westliche Unternehmenslogik als Normalfall. In den akademischen Businesszeitschriften werden die Unternehmen dagegen nicht pauschal in zwei Gruppen eingeteilt, sondern weiter differenziert. Eine simple Gegenüberstellung "westlicher" und "asiatischer" Unternehmenslogik findet hier nicht statt.

Bei den meist nur implizit erschließbaren Konsequenzen aus der Beschäftigung mit den unterschiedlichen Unternehmenslogiken zeigt sich sehr deutlich, daß zwar ein "ethnisches Unternehmertum" thematisiert wird, daß aber das aus dem Zusammentreffen unterschiedlicher Unternehmenslogiken möglicherweise resultierende Konfliktszenario in seiner Radikalität im untersuchten Diskurs nur wenig Rückhalt findet. Es geht nicht um eine Konfrontation bzw. um die Durchsetzung einer der beiden Logiken, sondern um die bereits zitierte "competitive collaboration".¹³² Da in der "FEER" die unternehmerischen Erfolgsgeschichten, ob chinesische oder westliche, im Vordergrund stehen, besteht kein Anlaß, sich mit dem Konfliktszenario überhaupt zu beschäftigen. Klarer werden in den beiden populären westlichen Business-

¹²⁹ Lasserre (1986:30).

¹³⁰ Lasserre (1983:76).

¹³¹ Hamel/ Doz/ Prahalad (1989:138).

¹³² Hamel/ Doz/ Prahalad (1989:138).

Zeitschriften die beiden Unternehmenslogiken gegenübergestellt, doch mündet dies, ähnlich wie bei den beiden akademischen Zeitschriften, letztlich in dem Rat, sich an die jeweiligen örtlichen Verhältnisse anzupassen. Dies impliziert aber gerade kein Konfliktszenario, denn es wird die Möglichkeit und der Wille zur Modifizierung von Unternehmenspraktiken unterstellt und nicht das Aufeinandertreffen unveränderlicher Unternehmenslogiken. Schließlich geht es ganz im neoliberalen Sinne, dem alle ausgewerteten Zeitschriften verpflichtet sind, um die weitere Öffnung und nicht um die gegenseitige Abschottung der Märkte und Unternehmensnetzwerke.

4.5 Fazit

Die eingangs dieses Kapitels unterstellte Vermutung, daß die Existenz ethnischen Unternehmertums in Form der Netzwerke der Überseechinesen in Südostasien Anlaß zur Konstruktion eines Wirtschaftskriegs-Szenarios bieten könnte, ließ sich im untersuchten einschlägigen wirtschaftspublizistischen Diskurs nicht bestätigen. Zwar wird durchaus die Existenz unterschiedlicher Geschäftspraktiken und Unternehmenslogiken anerkannt. Diese erscheinen aber nicht als unvereinbar, sondern es wird eine Anpassungsfähigkeit der westlichen Unternehmen an die lokalen Verhältnisse gefordert. Das heißt implizit, daß das ethnische Unternehmertum der Chinesen als hegemonial anerkannt wird. Dabei werden nicht nur die Schwächen eines arroganten westlichen Unternehmensverständnisses ohne Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse thematisiert, sondern es wird gelegentlich auch auf die Auswüchse der informellen chinesischen Netzwerksbeziehungen in Form der allgemein verbreiteten Korruption hingewiesen.¹³³

Die Existenz ethnischen Unternehmertums kann also insofern keine "Ethnisierung" via des einschlägigen Diskurses der Wirtschaftselite im Sinne des hier verwendeten Konzepts der konflikthaften Ethnisierung bewirken, solange eine Anpassung "westlicher" an eine "nichtwestlich"-ethnische Geschäftslogik und eine darauf basierende Arbeitsteilung zwischen westlichen und chinesischen Unternehmen für die betroffenen Manager und Unternehmer praktikabel erscheint.

Literatur:

Bleeke, Joel/Ernst, David: The Way to Win in Cross-Border Alliances. In: Harvard Business Review (1991)Nov-Dec.

Chan Kwok Bun/Chiang, Claire: Stepping Out: The Making of Chinese Entrepreneurs. Singapore: Prentice Hall, 1994.

Gambe, Annabelle: Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. Forschungsberichte aus dem Seminar für Politikwissenschaft und Soziologie, TU Braunschweig, Nr. 14, November 1996.

Gambe, Annabelle: Competitive Collaboration: Western Liberal and Overseas Chinese Ethnic

¹³³ vgl. z.B. Worthy (1989).

- Entrepreneurship in Southeast Asia. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig, Nr. 22, November 1997.
- Hamel, Gary/Doz, Yves L./Prahalad, C.K.: Collaborate with Your Competitors and Win. In: Harvard Business Review 67(1989)1, Jan-Feb. S. 133-.
- Hamilton, Garry (ed.): Business Networks and Economic Development in East and Southeast Asia. Hong Kong: Centre for Asian Studies, University of Hong Kong, 1991. (1991a)
- Hamilton, Gary: The Organizational Foundations of Western and Chinese Commerce: A Historical and Comparative Analysis. In: Hamilton, Garry (ed.): Business Networks and Economic Development in East and Southeast Asia, Hong Kong: Centre for Asian Studies, University of Hong Kong, 1991. (1991b)
- Hampden-Turner, Charles: The Boundaries of Business: The Cross-Cultural Quagmire. In: Harvard Business Review (1991)Sep-Oct.
- Kotkin, Joel: Tribes. How Race, Religion and Identity Determine Success in the New Global Economy. New York: Random House, 1993.
- Lasserre, Philippe: Strategic Assessment of International Partnership in ASEAN Countries. In: Asia Pacific Journal of Management 1(1983)1, Sep.
- Lasserre, Philippe: Formulating Strategies for Pacific Asia. In: Euro-Asia Business Review 5(1986)3.
- Lasserre, Philippe: Why Europeans Are Weak in Asia: An Organizational Perspective. Fontainebleau: INSEAD, November 1987.
- Lasserre, Philippe/Probert, Jocelyn: Strategic and Marketing Intelligence in Asia Pacific. Euro-Asia Centre Research Series (1992)8, Jan.
- Mackie, Jamie: Changing Patterns of Chinese Big Business in Southeast Asia. In: McVey, Ruth (ed.): Southeast Asian Capitalists. Ithaca, N.Y. : Southeast Asia Program, Cornell University, 1992.
- Mackie, Jamie: The Ethnic Chinese Economy in Southeast Asia. Paper presented at the International Conference on Southeast Asian Chinese, Singapore, 21-23 January 1993.
- Ohmae, Ken'ichi: The Global Logic of Strategic Alliances. In: Harvard Business Review (1991)Mar-Apr.
- Naisbitt, John: Megatrends Asien. Acht Megatrends, die unsere Welt verändern. Wien: Signum, 1995.
- Pan, Lynn: Sons of the Yellow Emperor. Tokyo: Kodansha, 1990
- Redding, S. Gordon: The Spirit of Chinese Capitalism. Berlin: Walter de Gruyter, 1993.
- Schlossstein, Steven: Asia's New Little Dragons. Chicago: Contemporary Books, 1991.
- Seagrave, Sterling: Lords of the Rim. London: Transworld Publ./Corgi Books, 1996.
- Tong Chee Kiong: Organization of Chinese Firms in Singapore. In: Hamilton, Garry (ed.): Business Networks and Economic Development in East and Southeast Asia, Hong Kong: Centre for Asian Studies, University of Hong Kong, 1991.
- Worthy, Ford: When Somebody Wants a Payoff. In: Fortune, (1989) Special Issue Pacific Rim.
- Worthy, Ford: Key to Japanese Success in Asia. In: Fortune (1991)Oct.7.
- Yoshihara, Kunio. The Rise of Ersatz Capitalism in Southeast Asia. Manila: Atheneo de Manila University Press, 1988.

5. "Globalisierung" oder "Clash of Civilizations"? Vergleichende Auswertung der Fallstudien und friedenspolitische Bewertung (Hartwig Hummel, Ulrich Menzel)

5.1 Der Nachweis ethnischer Tendenzen

Die gesamte Untersuchung behandelt anhand von drei Fallstudien die Rolle der Ethnisierung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen für die Konstruktion einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Diesem Vorgehen liegt ein sozialkonstruktivistischer Ansatz zugrunde, der Weltbilder und Identitäten als konstituierend für (welt)politische Akteure und als Rahmen für deren Handeln ansieht.¹³⁴ Unterstellt wird also, daß Weltbilder und Identitäten nicht nur die Akteure konstituieren, sondern auch deren "Wirklichkeit" konstruieren. Bestimmte Handlungsoptionen erscheinen so als denkbar oder undenkbar, als möglich oder zwangsläufig. Die "Ethnisierung" der internationalen Wirtschaftsbeziehungen als mögliche Nachfolgerin der "ideologischen" Blockbildung aus der Zeit des Kalten Krieges bezieht sich auf primordialistische, d.h. transhistorisch vorgegebene, nicht weiter zu hinterfragende und praktisch unveränderbare kulturelle Identitäten als wesentlichen politischen Orientierungsrahmen und unterstellt im Sinne der "Anarchie der Ethnienwelt" ein Aufeinandertreffen grundsätzlich unvereinbarer kultureller Logiken.

In den drei vorgestellten Fallstudien, die die Problematik möglichst breit erkunden sollten, ging es jeweils darum, ethnische Tendenzen in identitätsbildenden Diskursen über das jeweilige wirtschaftspolitische Thema, nicht in der Sache selbst, nachzuweisen. Die Fallstudien betrafen die Diskurse über den Handelskonflikt zwischen den USA und Japan, über die (Arbeits)Migrationspolitik in Europa an den Beispielen Frankreich und Deutschland und über das Zusammentreffen westlicher Unternehmen mit chinesischen Unternehmensnetzwerken in Südostasien. Dieses abschließende Kapitel wertet den in den einzelnen Fallstudien jeweils herausgearbeiteten Befund und dessen Relevanz für Ethnisierung und das damit verbundene Konfliktpotential vergleichend aus und formuliert daraus Thesen für die weiterführende Beschäftigung der Friedens- und Konfliktforschung mit der inhärent konflikträchtigen Ethnisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Tabelle 5.1).

¹³⁴ vgl. dazu allgemein Lapid/Kratochwill (1996); Goldstein/Keohane (1993).

Tabelle 5.1: Vergleichende Auswertung der Fallstudien: Relevanz der Ethnisierung

	Handelskonflikt Japan-USA	Migrationspolitik in Europa (Frankreich/ Deutschland)	Unternehmertum der Übersee-chinesen in Südostasien
Bezeichnung der ethnisierten Diskurse	Japan-Revisionismus in den USA und Neuer Asianismus in Japan	Fremdenfeindlichkeit gegen "Nichteuropäer"	"Konfliktszenario" des Aufeinandertreffens von unterschiedlichen Unternehmenskulturen
Bedeutung des Endes des Kalten Krieges	Neudefinition des Bündnisses zwischen USA und Japan: "global partnership" statt Antikommunismus	Infragestellung des Asylrechts und des Rechts auf Freizügigkeit als Legitimation der "freien Welt"	Wirtschaftsreform und Öffnung der Volksrepublik China beendet "Stellvertreterkrieg" um Übersee-chinesen
Inhalte der Ethnisierungsdiskurse	unfairer Handel durch ethnische Diskriminierung führt zu ökonomischer Bedrohungsperzeption	Furcht vor Überfremdung und Klage über Überforderung des Wohlfahrtsstaats durch Immigranten	Kampf zwischen verschiedenen Unternehmenskulturen ("clash of capitalisms")
konfliktträchtige Konsequenzen	Politisierung des Außenhandels (Sanktionen, Protektionismus, Industriepolitik; Befürwortung von Wirtschaftsblöcken)	Ausgliederung der Fremden aus der Gesellschaft (Rückführung, Kriminalisierung) oder Zwang zur Assimilation; Verhinderung weiterer Immigration durch verschärfte Grenzkontrollen	wirtschaftliche Kooperation zwischen unterschiedlichen Unternehmenskulturen unmöglich; Intransparenz und Korruption als akzeptierte Wettbewerbsstrategie
Tenor des untersuchten Diskurses	Forderung von "Wettbewerbsstaaten" bzw. eines Regionalismus	kontrollierte Einwanderung nach Europa je nach Arbeitskräftebedarf bei Freizügigkeit innerhalb Europas; Integration demokratie-/ bzw. republikfähiger Migranten	Kooperation auf der Basis der Anpassung westlicher Unternehmen an die jeweiligen lokalen Verhältnisse
Dominanz der Ethnisierung im untersuchten Diskurs	nein wird als Gefahr für eine offenen Weltwirtschaft betrachtet; neoliberaler Diskurs bleibt hegemonial	ja dient als Legitimation für die Abgrenzung des europäischen Arbeitsmarkts bzw. Sozialstaats	Nein die Existenz unterschiedlicher Unternehmenskulturen wird anerkannt; deren gegenseitige Anpassungsfähigkeit wird unterstellt

Ethnisierende Diskurse oder zumindest ethnisierte Elemente im Diskurs lassen sich zwar in allen drei Fallstudien finden. Sie sind allerdings unterschiedlich ausgeprägt. Dies zeigt sich bereits bei der Suche nach passenden Bezeichnungen für die jeweiligen Diskurse. Eindeutig war hier nur die Fallstudie zum Handelskonflikt zwischen den USA und Japan. Der "Japan-Revisionismus" und in abgeschwächter Form auch der "Neue Asianismus" sind als regelrechte Denkschulen erkennbar und werden im jeweiligen Diskurs auch so wahrgenommen. Die ethnisierte Thematisierung des Handelskonflikts wird weitgehend durch wenige prominente Vor-

denker dieser beiden Schulen geprägt. Schwieriger wird es, den ethnisierenden Diskurs für die Fallstudie zur europäischen Migrationspolitik zu bezeichnen. Passend erscheint hier vielleicht der Begriff der "Fremdenfeindlichkeit", die sich gegen Nichteuropäer richtet. In der Fallstudie zur chinesischen versus westlichen Unternehmenskultur scheint es angebracht, von einem vor allem in der einschlägigen Fachliteratur erkennbaren "Konfliktszenario" des Aufeinandertreffens unvereinbarer Unternehmenskulturen zu sprechen, das von den westlichen Zeitschriften zwar erkannt und auch thematisiert wird, dem dort aber entgegengewirkt werden soll. Diese Diskurse stellen aber in allen Fällen keine bruchlose Fortführung eines vermeintlich "traditionellen" ethnisierenden Denkens dar. Es handelt sich vielmehr jeweils eher um eine Neu- oder Rekonstruktion von Identitäten und Weltbildern im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges.

In der Fallstudie zum Handelskonflikt zwischen Japan und den USA veranlaßte das Ende des Kalten Krieges eine Neudefinition des Bündnisses zwischen den USA und Japan. Bisher stand das bilaterale Verhältnis unter dem Zeichen des Antikommunismus. Japan galt primär als Teil des vor allem militärisch-politisch definierten Bündnissystems des Westens gegen den "Ostblock". Handelskonflikte erschienen als nachrangig gegenüber den gemeinsamen Sicherheitsinteressen. Das Selbstverständnis der USA war geprägt durch die Vorstellung ihrer Führungsrolle in der Stabilisierung der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges. Die mit der US-Hegemonie verbundene Militarisierung der Außenpolitik stieß allerdings in der japanischen Öffentlichkeit mehrheitlich auf Ablehnung. Die zurückhaltende Sonderrolle Japans im US-Bündnissystem fand in der These von der Einzigartigkeit Japans (Nihonjinron) ihre diskursive Begründung und prägte für lange Zeit das Denken in Japan. Sowohl der Japan-Revisionismus als auch der Neue Asianismus treten jetzt explizit mit der Forderung zum Umdenken auf. Die Revisionisten verlangen, daß die USA ihre kostspielige Führungsrolle aufgeben, sich primär auf die unmittelbaren Eigeninteressen besinnen und endlich der lange Zeit ignorierten ökonomischen Bedrohung durch Japan entgentreten. Die Neuen Asianisten plädieren dafür, die nicht mehr zeitgemäße isolationistische Selbstbeschränkung der japanischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik aufzugeben und sich angesichts der Bedrohung durch den Westen auf die Gemeinschaft mit anderen asiatischen Nationen zu besinnen.

In der Fallstudie zur europäischen Migrationspolitik bedeutet das Ende des Kalten Krieges, daß sich "West"-Europa nicht mehr länger durch Asylrecht und Freizügigkeit ideologisch gegenüber einem als totalitär geltenden "Ost"-Europa legitimieren muß. Die Migration in den Westen erscheint nun nicht mehr als Abstimmung mit den Füßen gegen das Gesellschaftsmodell des Sozialismus und seiner Varianten in der Dritten Welt.

In der Fallstudie zur chinesischen Unternehmenskultur werden die Überseechinesen nicht mehr in erster Linie als Verbündete der Volksrepublik China oder des westlichen orientierten Taiwans betrachtet. Durch die Wirtschaftsreform und Öffnung der Volksrepublik China hat sich dieser "Stellvertreterkrieg" um die Überseechinesen erübrigt. Im Vordergrund steht nun das "ethnische Kapital", das den Überseechinesen einen Konkurrenzvorsprung gegenüber nichtchinesischen Firmen beim Zugang zum südostasiatischen, aber mehr noch zum zukunftssträchtigen chinesischen Markt verschafft.

Inhaltlich geht es beim ethnisierenden Diskurs in der ersten Fallstudie im wesentlichen um den Vorwurf unfairen Handels aufgrund ethnischer Diskriminierung. Das Argument aus der Sicht der Revisionisten lautet, daß die auf ethnischer Gemeinsamkeit beruhende Kartellbildung japanischer Firmen untereinander ("keiretsu") und die Bevorzugung japanischer Firmen durch den japanischen Staat im Rahmen einer "Japan AG" die Grundlage für die japanische Wirtschaftsoffensive zur Beherrschung des Weltmarkt darstellt und die ökonomische Sicherheit der USA bedroht. Aus der Sicht der Neuen Asianisten lautet das Argument, daß im Westen eine unterschwellige rassistische Diskriminierung gegenüber nichtwestlichen Ländern stattfindet, denen eine echte wirtschaftliche Gleichberechtigung vorenthalten wird. In der zweiten Fallstudie wird vor allem die Furcht vor kultureller Überfremdung thematisiert, also der Verlust der republikanischen (Frankreich) bzw. sozialstaatlichen (Deutschland) Basis des politischen Systems durch die nichteuropäischen Immigranten, gegen die sich Europa abschotten müsse. In der dritten Fallstudie schließlich geht es um die Konkurrenz zwischen chinesischer und westlicher Unternehmenskultur.

Aus diesen ethnisierenden Sichtweisen ergeben sich jeweils konflikträchtige Konsequenzen für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In der Fallstudie 1 folgt aus der ethnisierenden Sichtweise die Forderung nach Wirtschaftssanktionen gegen unfairen Handel, nach Protektionismus und staatlich koordiniertem "strategischem Handel", also nach einer Politisierung des Außenhandels. Außerdem unterstützt dieser Diskurs die Bildung von Wirtschaftsblöcken auf der Basis kultureller Nähe. In der Fallstudie 2 begründet der ethnisierende Diskurs unter Bezug auf die hohe Arbeitslosigkeit und die angespannten Sozialhaushalte die Abschottung der Außengrenzen Europas ("das Boot ist voll") und die aktive Ausgliederung der Fremden aus der europäischen Gesellschaft durch Rücksiedlung oder Kriminalisierung. Falls das nicht möglich ist, wird zumindest die vollständige Assimilierung der Migranten angestrebt. In der Fallstudie 3 impliziert der ethnisierende Diskurs als Konsequenz, daß wirtschaftliche Kooperation zwischen unterschiedlichen Unternehmenskulturen nicht möglich ist. Dem unerbittlichen Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Unternehmenskulturen werden nötigenfalls auch liberale Marktprinzipien wie Transparenz oder Neutralität des Staates geopfert und heimliche Absprachen oder Korruption geduldet.

Indem zusätzlich zur Identifizierung ethnisierender Argumente auch der Tenor bzw. die vorherrschende Meinung der repräsentativ untersuchten Diskurse herausgearbeitet wird, können Aussagen zur relativen Bedeutung ethnisierender Diskurse getroffen werden. Im Diskurs der außenpolitischen Eliten zum Handelskonflikt zwischen den USA und Japan dominiert eindeutig die Befürwortung einer weiteren Marktöffnung auf beiden Seiten durch die Beseitigung "struktureller" Handelshemmnisse und die Herbeiführung eines offenen Regionalismus. Eine direkte Politisierung des Außenhandels wird als störend abgelehnt. Der Staat soll als "Wettbewerbsstaat" vielmehr die jeweiligen nationalen Hindernisse für weltweit ungehinderten privatwirtschaftlichen Wettbewerb schaffen. Im an die allgemeine Öffentlichkeit gerichteten Diskurs der Publikumszeitschriften zur Migrationspolitik in Europa dominiert die Forderung nach streng kontrollierter Einwanderung integrierbarer Migranten bei Freizügigkeit innerhalb Europas. Kriterium für die Integrierbarkeit von Migranten - und damit auch Kriterium für die Erweiterung des EU-Raums der Freizügigkeit - ist deren Demokratie- bzw. Republikfähigkeit. Ethnisieren-

de Argumente sind hier sowohl in Frankreich wie in Deutschland hegemonial. Im Diskurs der an die Businesseliten gerichteten Wirtschaftszeitschriften wird der Erfolg der einzelnen Unternehmen, nicht der ethnischen Gemeinschaft, in den Mittelpunkt gestellt. Eine Zusammenarbeit zwischen als existent erachteten verschiedenen Unternehmenskulturen auf der Basis der Anpassung an die lokalen Verhältnisse wird als möglich und erstrebenswert betrachtet.

Daraus folgt, daß in zwei der drei untersuchten Fallstudien nicht von einer Dominanz der Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen gesprochen werden kann. In der Fallstudie 1 wird sie aus der Sicht der politischen Eliten als Gefahr für eine offene Weltwirtschaft betrachtet. In der Fallstudie 3 wird vom Standpunkt der Wirtschaftseliten zwar die Existenz unterschiedlicher Unternehmenskulturen anerkannt, ihnen aber eine gegenseitige Anpassungsfähigkeit unterstellt. Deshalb kann hier von einer Ethnisierung des Diskurses nicht die Rede sein. Im Diskurs, der in Fallstudie 2 untersucht wurde, herrscht dagegen ethnisierendes Denken vor. Die Ethnisierung der Migrationspolitik in Europa legitimiert die Abschottung des europäischen Arbeitsmarkts und Sozialstaats.

Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse lassen sich die Großregionen als Bezugspunkte bzw. Akteure der neuen Weltordnung und ihre jeweiligen geopolitischen Identitäten herausarbeiten (Tabelle 5.2). Im Falle des Handelskonflikts zwischen Japan und den USA lehnen die politischen Eliten die Formierung von Wirtschaftsblöcken wie dem East Asian Economic Caucus oder einer gegen Asien gerichteten Trans-Atlantic Free Trade Area ab. Sie orientieren sich vielmehr an der Identität einer Asiatisch-pazifischen Gemeinschaft, die sich im offenen Regionalismus der APEC konkretisiert. Bei der Migrationspolitik in Europa beherrscht dagegen das ethnisierende Konzept eines "Kerneuropa" des politischen Diskurses, das sich aus deutscher Sicht beispielsweise im Schengen-Raum oder in der Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei, aus französischer Sicht im Widerstand gegen die Ausbreitung des Islam in Frankreich bzw. Europa konkretisiert. Die Wirtschaftseliten sehen chinesisches Unternehmertum nicht nur als Ausdruck eines "Greater China", sondern identifizieren es mit den Industrialisierungserfolgen der Schwellenländer Südostasiens.

Tabelle 5.2: Vergleichende Auswertung der Fallstudien: Geopolitische (makroregionale) Identitäten

	Handelskonflikt Japan-USA	Migrationspolitik in Europa (Frankreich/Deutschland)	Unternehmertum der Überseechinesen in Südostasien
geopolitische Identität im Rahmen einer Ethnisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen	Wirtschaftsblöcke: East Asian Economic Caucus (EAEC) bzw. Trans-Atlantic Free Trade Area (TAFTA)	"Kerneuropa"	"Greater China"
dominante geopolitische Identität in den untersuchten Diskursen	asiatisch-pazifische Gemeinschaft (APEC)	Kerneuropa (z.B. Schengen-Gebiet)	Newly Industrialized Economies (NIEs) in Ost- und Südostasien

Die explorativ angelegte Untersuchung konnte in den jeweiligen Fallstudien durchaus unterschwellige bzw. latente, im Falle des allgemeinen politischen Diskurses über die Migrationspolitik in Europa sogar manifeste, ethnisierende Tendenzen aufdecken. Der weiteren Forschung muß es überlassen bleiben, die Bedingungen und Entwicklungstendenzen der Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen weiter nach Politikfeld, Diskursebene und Region zu untersuchen. Auch die Bestimmung der Relevanz der Ethnisierung bezüglich eines hier nur tentativ angedeuteten "Tenors" von Diskursen bedarf der weiteren Präzisierung. Möglicherweise können hier Ansätze einer kritischen Theorie der internationalen Beziehungen fruchtbar verfolgt werden.¹³⁵

5.2 Friedenspolitische Bewertung

Abschließend geht es um eine friedenspolitische Bewertung der Untersuchungsergebnisse. Die vorliegende Untersuchung zeigt, daß die neue Weltordnung nicht automatisch eine zivilisiertere oder friedlichere sein muß. Vielmehr kommt es in Verbindung mit dem Ende des Kalten Krieges durchaus zu einer Rekonstruktion konfliktträchtiger ethnisierender Diskurse. Mit "Rekonstruktion" ist gemeint, daß nicht einfach frühere, "traditionelle" ethnisierende Diskurse, vom Panzer des Kalten Krieges befreit, wiederaufleben. Rekonstruktion bedeutet vielmehr, daß ethnisierende Diskurse sich neu konstituieren. Aus friedenswissenschaftlicher Sicht verbietet es sich daher, frühere Gegenkonzepte gegen eine konfliktträchtige Ethnisierung, beispielsweise das Konzept der Weltgemeinschaft (Völkerbund, UNO) ohne weiteres als Alternative zum Nationalismus auf die Bedingungen einer neuen Weltordnung zu übertragen.

Ausgehend vom Konzept der "strukturellen Gewalt" lassen die Untersuchungsergebnisse vermuten, daß die Ethnisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine - aus friedenswissenschaftlicher Sicht letztlich destruktive und daher abzulehnende - Verarbeitung der Widersprüche der neuen, neoliberalen Weltwirtschaftsordnung repräsentiert. Der schnelle industrielle Strukturwandel durch die Öffnung der nationalen Märkte, die Transformation der Arbeitsgesellschaft in Verbindung mit dem Umbau der Wohlfahrtsstaaten zu Wettbewerbsstaaten und der Aufstieg neuer Unternehmertypen in den Schwellenländern, die mit den etablierten Unternehmen konkurrieren, bilden den Hintergrund für die Formierung ethnisierender Diskurse in Form des Japan-Revisionismus oder des Neuen Asianismus, in Form der Fremdenfeindlichkeit in Europa gegen Nichteuropäer und in Form eines Konfliktszenario von Aufeinandertreffen unvereinbarer Unternehmenskulturen in Südostasien. Zwar bleibt diese Ethnisierung - vor allem auf der Ebene der dem Neoliberalismus verpflichteten politischen und wirtschaftlichen Eliten – eher latent. Doch daß das vorhandene Potential für eine Ethnisierung unter Umständen auch manifest und diskursprägend werden kann, zeigt bereits das Beispiel des Migrationsdiskurses in Europa. Der Grund ist darin zu vermuten, daß hier nicht der Erfahrungsbereich von Eliten und deren Interessen, sondern breite Kreise der Bevölkerung unmittelbar betroffen sind. Die Hoffnung auf die Eindämmung der Ethnisierung durch die Eliten könnte sich überdies als trügerisch erweisen. Am Beispiel des Handelskonflikts zwischen den USA und Japan lassen sich nämlich durchaus Hinweise finden, daß eine Ethnisierung punktuell durchaus auch von Seiten der Eliten instrumentalisiert werden kann und auch instrumentalisiert wird. Ob sie eine derartige, taktische Ethnisierung immer unter Kontrolle behalten können, erscheint zweifelhaft. Die neue, an den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ansetzende Ethnisierung, ist konfliktträchtig, weil sie die grundsätzliche Unvereinbarkeit verschiedener Wirtschaftskulturen im Sinne einer "Anarchie der Ethnienwelt" unterstellt und letztlich die kulturell getrennte Entwicklung von Kulturräumen und kulturellen Großgemeinschaften ("civilizations") im Sinne einer "global apartheid"¹³⁶ legitimiert. Welche Implikationen solch eine konfliktträchtige Ethnisierung hat, konnte in den einzelnen Fallstudien detailliert herausgearbeitet werden.

Die Konfliktträchtigkeit der Ethnisierung ergibt sich aus der Konstruktion einer Weltordnung, in der Frieden auf Grundlage universalistischer Wertvorstellungen nicht denkbar ist und daher utopisch bleiben muß. Er ist allenfalls als kulturellrelativistische Koexistenz vorstellbar. Durch eine Dekonstruktion der Ethnisierung läßt sich aber zeigen, daß die Unmöglichkeit des Friedens keine unumstößliche Tatsache, sondern selber ein historisches Konstrukt ist. Friede wird in der neuen Weltordnung dann möglich, wenn er denkbar gemacht wird. Dazu beizutragen, ist Aufgabe einer Kritik der Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

¹³⁵ vgl. z.B. Cox (1987), Gill (1993), Luke (1993), George (1994), Sjolander/ Cox (1994).

¹³⁶ Kohler (1978), Richmond (1994), Titus (1996).

Literatur:

- Cox, Robert W.: Production, Power, and World Order: Social Forces in the Making of History. New York/NY: Columbia University Press, 1987.
- George, Jim: Discourses of Global Politics: A Critical (Re)Introduction to International Relations. Boulder/CO: Lynne Rienner, 1994.
- Gill, Stephen (ed.): Gramsci, Historical Materialism and International Relations. Cambridge, New York: Cambridge University Press, 1993.
- Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (eds.): Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions and Political Change. Ithaca, NY: Cornell University Press, 1993.
- Kohler, Gernot: Global Apartheid. New York: Institute for World Orders, 1978.
- Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (eds.): The Return of Culture and Identity in IR Theory. Boulder, Col.: Lynne Rienner, 1996.
- Luke, Timothy W: Discourses of Disintegration, Texts of Transformation: Re-Reading Realism in the New World Order. In: Alternatives 18 (1993) 2. S. 229-258.
- Richmond, Anthony H.: Global Apartheid: Refugees, Racism, and the New World Order. Toronto: Oxford University Press, 1994.
- Sjolander, Claire Turenne/ Cox, Wayne S. (eds.): Beyond Positivism: Critical Reflections on International Relations. Boulder/CO, 1994.
- Titus, Alexander: Unravelling Global Apartheid: An Overview of World Politics. Cambridge, 1996.